

Einzelplan 04

Innenministerium

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramme	5
Kap. 04 01 Ministerium	7
Kap. 04 02 Sport	30
Kap. 04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster	34
Kap. 04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens zu Kapitel 04 07	43 56
Kap. 04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	57
Kap. 04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	94
Einnahmen und Ausgaben 2011	110
Einnahmen und Ausgaben 2012	112
VE-Abschluss 2011	114
VE-Abschluss 2012	115
Einnahmen MG/TG 2011	116
Ausgaben MG/TG 2011	117
Einnahmen MG/TG 2012	120
Ausgaben MG/TG 2012	121
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 01	124
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 02	125
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 03	127
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 05	137
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 10	139
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 16	145
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	149

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Der Geschäftsbereich des Innenministeriums umfasst neben zentralen Aufgaben der Personalwirtschaft und der allgemeinen Verwaltung vor allem die strategischen Aufgabenbereiche

1. Unterstützung der politischen Steuerung

Hierzu gehört neben den Querschnittsaufgaben der Allgemeinen Abteilung noch die Bereitstellung der benötigten statistischen Daten und Geodaten, das Vermessungswesen sowie das Personalrecht. Veranschlagt ist dieser Aufgabenbereich im Kapitel Ministerium (0401) sowie im Kapitel Geo-Informationen (0403).

2. Verfassungsrecht/Gesetzgebung

Dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt.

3. Kommunale Angelegenheiten

Dieser Bereich umfasst im Wesentlichen die Kommunalaufsicht, die im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt ist.

4. Sport

Dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel Sport (0402) veranschlagt.

5. Innere Sicherheit

Zum Aufgabenbereich der Inneren Sicherheit zählen die Polizei und der Katastrophen- und Zivilschutz (0410), der Brandschutz (0405) sowie der Verfassungsschutz, der im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt ist.

6. Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Veranschlagt im Kapitel Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen (0416).

7. Aufgaben der Landesplanung und Raumordnung

Dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt.

Das Ministerium gliedert sich in folgende Abteilungen:

- Allgemeine Abteilung
- Landesplanung, Stadtentwicklung, Wohnraumförderung, Bau- und Vermessungswesen
- Kommunale Angelegenheiten, Ordnungsrecht, Wahlen und Sport
- Polizei, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz
- Verfassungsschutz

Dem Ministerium sind zugeordnet:

- das Landespolizeiamt (Bildung eines Landespolizeiamtes -GVOBl. Schl.-H. 2004 S. 408-),
- das Landeskriminalamt (Bildung eines Landeskriminalamtes -GVOBl. Schl.-H. 1994 S. 138-),
- das Amt für Katastrophenschutz (Organisationserlass über die dem Ministerium zugeordneten Ämter -Amtsbl. Schl.-H. 1997 S. 57).

Dem Ministerium unterstehen folgende Landesbehörden und Einrichtungen:

- das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (GVOBl. Schl.-H. 2010, S. 782),
- die Landesfeuerwehrschule als nicht rechtsfähige Anstalt für die Ausbildung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, die Führungsausbildung im Katastrophenschutz sowie ab 2003 die Ausbildung der Nachwuchskräfte für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes nach § 18 Brandschutzgesetz (GVOBl. Schl.-H. 1996 S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Februar 2005 (GVOBl. Schl.-H. 2005, S. 57),
- 8 Polizeidirektionen, die Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei sowie weitere den Polizeidirektionen nachgeordnete Dienststellen einschließlich 4 Bezirkskriminalinspektionen (Polizeiorganisationsgesetz vom 12. November 2004, GVOBl. Schl.-H. S. 408),

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Gemäß Organisationserlass des Ministerpräsidenten vom 27. Oktober 2009 sind aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums folgende Aufgabenbereiche zum 1. Januar 2010 in Geschäftsbereiche anderer Ministerien übergegangen:

- Die Angelegenheiten der ressortübergreifenden Personalentwicklung einschließlich der ressortübergreifenden Aus- und Fortbildung und der Nachwuchskräfte der allgemeinen Verwaltung in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten
- Die Angelegenheiten der Aufnahme und Integration von Migranten unter Einschluss des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten, des Staatsangehörigkeitsrechts, des Aufenthalts-, Asyl- und Freizügigkeitsrechts und der Geschäftsstelle Härtefallkommission in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration
- Die Angelegenheiten des öffentlichen Dienstrechts (ohne die Kommunalaufsicht in dienstrechtlicher Hinsicht und ohne das Disziplinarrecht) sowie des Landesbeamtenausschusses in den Geschäftsbereich des Finanzministeriums

Das Landesvermessungsamt und die 8 Katasterämter wurden durch Verordnung vom 15. Dezember 2010 aufgelöst und zum Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein zusammengelegt (GVOBl. Schl.- H. 2010, S. 782).

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Im Rahmen der Änderung der Geschäftsverteilung zum 1. Januar 2010 wurde

- Kapitel 0401 - TG 62 überwiegend in das Kapitel 0301 bzw. anteilig in die Kapitel 0401, 0507 und 0901, sowie
- Kapitel 0407 überwiegend in das Kapitel 0913 bzw. anteilig in das Kapitel 0901 übertragen.

Kapitel 0410 - TG 65 wurde nach Kapitel 0405 - TG 65 übertragen.

Kapitel 0410 - TG 71 wurde neu eingerichtet

Im Kapitel 0416 - MG 04 wurden die bisherigen Titel der Bund-Länder-Programme auf je einen Einnahme- bzw. Ausgabetitel für die Bundesfinanzhilfen und einen Ausgabetitel für die Landesmittel übertragen.

Kapitel 0403 – TG 61 wurde auf die Titel der OG 42 im Kapitel 0403 übertragen.

D. Leerstellen (ohne kostenwirksame Stellen)

Leerstellen	
Kapitel	01.02.2010
0401	1
0403	1
0405	0
0410	162
<hr/>	
Epl. 04	164

Diese Leerstellen sind im Kapitel- und Einzelplanabschluss nicht enthalten.

E. Personalbudget

Personalkostenbudget 2011: 333.301,0 T€

Personalkostenbudget 2012: 331.598,5 T€

Vollzeitäquivalente im Jahr: 2009: 8.754
2010: 8.557

Nachrichtlich:

1.	Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger			
a)	Anzahl	Stand 01.01.2009:	5.222	
		Stand 01.01.2010:	5.222	
b)	Ist	2009 - in T€ - :	130.016,3	
	Soll	2010 - in T€ - :	129.310,3	
	Soll	2011 - in T€ - :	138.073,2	
	Soll	2012 - in T€ - :	141.691,0	
2.	Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger			
a)	Anzahl:	2008: 17		
		2009: 14		
b)	durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze:	2008: 13 Jahre, 9 Monate		
		2009: 10 Jahre, 11 Monate		
3.	Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2009)			
	Arbeitsplätze nach dem SGB IX		8.573	
	Pflichtquote (5 %)		428	
	durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze		444	

F. Sonstiges

Die Landesregierung hat oder wird dem Bundesrat Gesetzentwürfe vorlegen, durch die Änderungen im Bundesrecht herbeigeführt werden sollen, mit dem Ziel die durch Bundesrecht bedingten Ausgaben des Landes zu senken. Ebenso hat oder wird die Landesregierung solche Gesetzentwürfe unterstützen. Gleiches gilt für Änderungen auf EU-Ebene. Im Falle erfolgreicher Initiativen können sich nennenswerte Minderbedarfe in den Haushaltsjahren 2011/2012 bei den entsprechenden Ausgabetiteln ergeben. Gemäß § 4 Abs. 1 HG 2011/2012 kann das Finanzministerium die Ansatzmittel der betroffenen Titel in Höhe der Minderbedarfe sperren (Vgl. § 4 Abs. 1 HG 2011/2012).

G. Outputorientierte Budgetierung

Im Hinblick auf die outputorientierte Budgetierung wurden die mit strategischen Aufgabenbereichen verbundenen Personalausgaben in die dazugehörigen Kapitel wie nachfolgend dargestellt umgesetzt:

Ministerium

(Kapitel 0401)

Sport

(Kapitel 0402)

Geo-Informationen und Statistik

(Kapitel 0403, Kapitel 0401 MG 07)

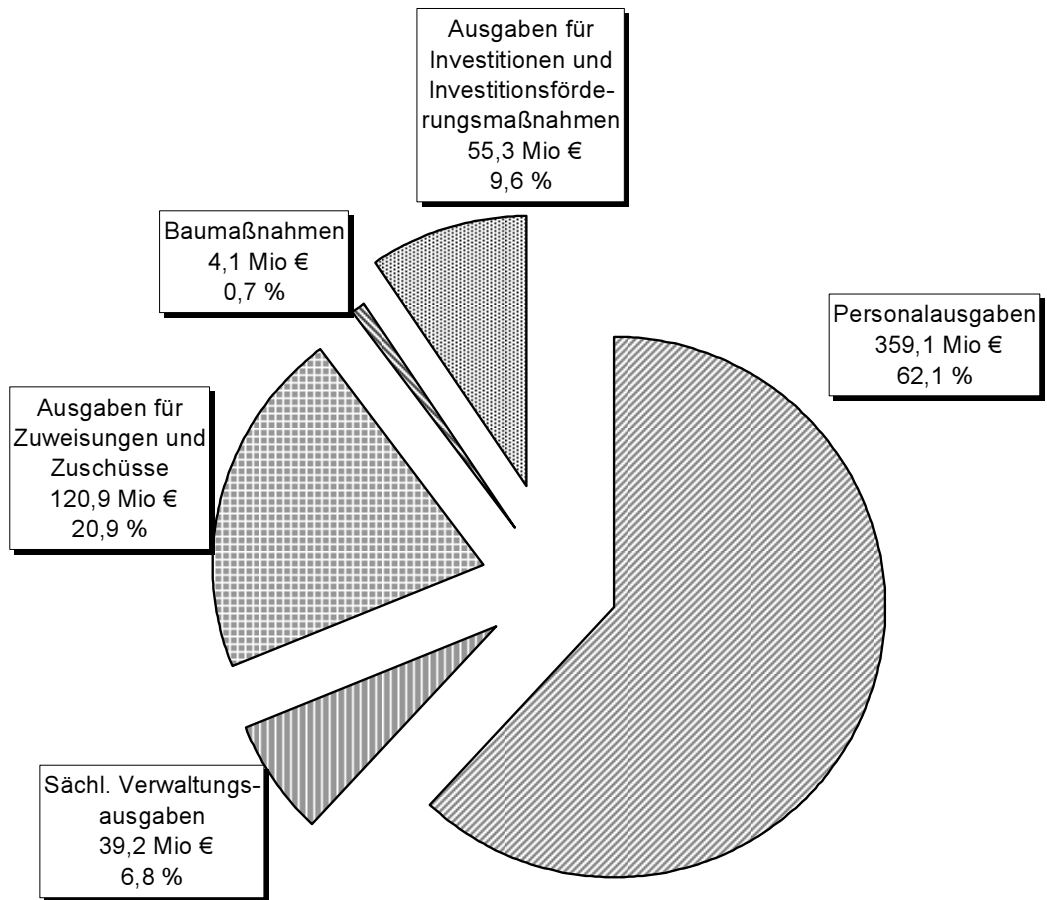
Innere Sicherheit

(Kapitel 0410 „Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz“, Kapitel 0405 „Brandschutz“ und Titel 0401 - 535 01 „Verfassungsschutz“)

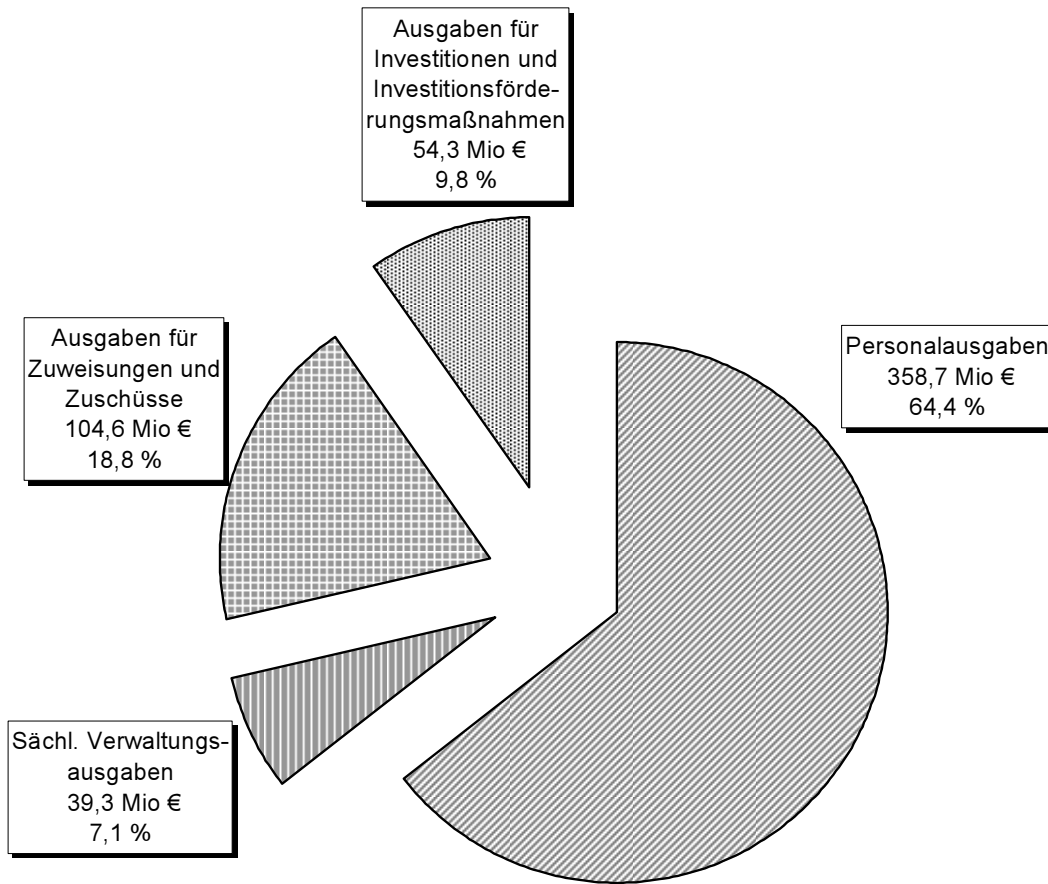
Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

(Kapitel 0416)

Einzelplan 04 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2011



Einzelplan 04 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2012



04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Das Kapitel 04 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums
- 69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

Ausgaben

- 06 Raumordnung
- 07 Statistik
- 61 Modernisierung der Verwaltung
- 62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums
- 66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX
- 69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	150,0 163,0	150,0	150,0
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Gebühren für Erlaubnisse und Beglaubigungen	124.000	124.000
2.	Sonstiges	26.000	26.000
	Summe	150.000	150.000

111 02	011	Erstattung von Prozesskosten	10,0 3,1	10,0	10,0
---------------	------------	-------------------------------------	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen nach dem Zeugen- und Sachverständigengesetz (ZSEG) für das gesamte Ressort (einschl. Polizei) wie z. B. Fahrtkosten, Portokosten, Tagegelder bei Gerichtsverfahren usw., die aufgrund von Gerichtsbeschlüssen oder Urteilen von einer Prozesspartei erstattet werden müssen.

112 01	011	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1,0 0,0	1,0	1,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Geldstrafen für gerichtlich oder sonst anerkannte Strafen, Ordnungsstrafen, Disziplinarstrafen, Sühnegelder und Geldbußen einschließlich damit zusammenhängender Prozesskosten usw.

119 01	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	200,0 312,1	200,0	200,0
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 119 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Abonnenten- und Einzelverkauf für Verkündungsblätter	170.000	170.000
2.	Kostenerstattung für Veröffentlichungen Dritter (nicht Landesbehörden)	30.000	30.000
Summe		200.000	200.000

Vgl. Titel 531 03.

119 02	011	Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Ministeriums	3,0 1,8	2,0	2,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer und entbehrlicher Gegenstände, Rückzahlungen von in Vorjahren geleisteten Ausgaben und Kostenbeiträge für private Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw. sowie sonstige Verwaltungseinnahmen.

119 03	011	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen	0,0 4,7	0,0	0,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 06	011	Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren	0,5 0,5	0,5	0,5
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei der MG 06 zu verwenden.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	10,0 2,3	3,0	3,0
---------------	------------	-----------------------------	--------------------	------------	------------

124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 124 01.

131 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

Mit Neuanmietung verbundene Veräußerungen bedürfen der Einwilligung des FM.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

132 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	5,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

231 01	011	Erstattungen des Bundes für den "Zensus 2011"	0,0 0,0	6.646,6	0,0
---------------	------------	--	-------------------	----------------	------------

Erläuterungen:

Gemäß § 25 des Zensusgesetzes 2011 i. V. m. der Verwaltungsvereinbarung zum Zensusgesetz 2011 erhält das Land SH eine Finanzzuweisung des Bundes zum Ausgleich der Kosten der Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2011. Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der MG 07 zu verwenden.

231 02	011	Zuweisungen der Kosten der Bundestagswahl durch den Bund	0,0 1.759,0	0,0	0,0
---------------	------------	---	-----------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Titel 541 01.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
231 03	011	Zuweisungen der Kosten der Europawahl durch den Bund	0,0 1.551,8	0,0	0,0
		Erläuterungen: Nach § 25 Abs. 1 EuWG i.V.m. § 50 BWG erstattet der Bund den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben. Vgl. Titel 541 03.			
231 04	249	Zuweisungen des Bundes nach dem Gräbergesetz	809,8 1.054,1	1.053,5	1.053,5
		Erläuterungen: Der Bund trägt die Kosten für die in § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewalt-herrschaft (Gräbergesetz) i.d.F. vom 29. Januar 1993 (BGBl. I S. 178) bezeichneten Maßnahmen für die öffentlich gepflegten Gräber. Vgl. Titel 633 02.			
231 05	249	Zuweisungen des Bundes für die Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	13,1 12,7	13,1	13,1
		Erläuterungen: Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben für die Instandsetzung und laufende Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe. Vgl. Titel 633 03.			
231 06	422	Erstattungen des Bundes für Projekte der Raumordnung	5,0 0,0	5,0	5,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der MG 06 zu verwenden.			
271 06	625	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes CoastPlan im Rahmen von Interreg III C	0,0 0,0	0,0	0,0
271 07	625	Erstattungen der EU für die Beteiligung an INTERREG-Projekten der Landesplanung	5,0 0,0	5,0	5,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei der MG 06 zu verwenden.			
281 01	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben in Enteignungsverfahren	3,0 5,6	5,0	5,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Verwaltungsgebühren und zu erstattende Auslagen, die im Zusammenhang mit Enteignungsverfahren entstehen und von den jeweiligen Antragstellern - ausgenommen das Land Schleswig-Holstein - zu tragen sind.			
282 01	011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 0401 - 546 02 zu verwenden.			
356 05	951	Entnahme aus der Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 422 01.			
359 01	951	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 422 01.			

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
359 02	951	Entnahme aus der Rücklage Budget 1	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben aller Kapitel des Einzelplans der Hauptgruppen 4 und 5 (ohne Obergruppen 41, 42 und 56 bis 59) zur Verfügung.			
359 03	951	Entnahme aus der Rücklage des Budgets 2	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben aller Kapitel des Einzelplans der Hauptgruppen 6 bis 8 und der Obergruppe 98 zur Verfügung.			
359 07	951	Entnahme aus der Rücklage "Zensus 2011"	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: vgl. MG 07			
381 01	991	Anteile der Fachressorts für Statistiken	0,0 7.249,2	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 685 10 (MG 07).			
63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums					
119 63	011	Erstattung von Leasingkosten	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 63)		Die Einnahmen sind zweckgebunden bei der TG 63 zu verwenden.			
Summe der Titelgruppe 63			0,0 0,0	0,0	0,0
69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg					
153 69	692	Zinseinnahmen von Kreisen und Gemeinden	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 69)					
173 69	692	Darlehensrückflüsse von Kreisen und Gemeinden	6,7 108,9	6,7	6,7
(TG 69)					
332 69	692	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg an Schuldendiensthilfen, Darlehen und Zuschüssen	0,0 647,3	0,0	0,0
(TG 69)		Erläuterungen: Vorgesehen für den Finanzierungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 50 v.H. an den Schuldendiensthilfen, Darlehen und Zuschüssen. Vgl. Ausgabe-TG 69.			
333 69	692	Sonstige Einnahmen	0,0 10,0	0,0	0,0
(TG 69)					

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 333 69

Erläuterungen:

Vorgesehen für Einnahmen aus Aufhebungen von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförder-
ten Maßnahmen.

Vgl. Ausgabe-TG 69.

		Summe der Titelgruppe 69	6,7 766,2	6,7	6,7
71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg					
153 71	692	Zinseinnahmen von Kreisen und Gemeinden	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 71)					
173 71	692	Darlehensrückflüsse von Kreisen und Gemeinden	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 71)					
332 71	692	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg an Zuweisungen für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen beider Länder	871,0 273,3	600,0	600,0
(TG 71)					
Erläuterungen:					
Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 50 v.H. an den Zuweisungen. Vgl. Titel 883 71 (TG 71).					
333 71	692	Sonstige Einnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 71)					
Erläuterungen:					
Vorgesehen für Einnahmen aus Aufhebungen von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförder- ten Maßnahmen. Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 71 zu verwenden.					
		Summe der Titelgruppe 71	871,0 273,3	600,0	600,0
		Summe der Einnahmen	2.093,1 13.159,4	8.701,4	2.054,8

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	139,1 84,4	145,0	145,0
--------	-----	---	---------------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Bezüge	143.282	143.282
2.	Aufwandsentschädigung	1.718	1.718
Summe		145.000	145.000

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	18.935,1 8.601,1	8.782,4	8.133,7
--------	-----	--	---------------------	---------	---------

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0401 - 356 05 und 0401 - 359 01 überschritten werden.

Über § 10 Abs. 1 HG 2011/12 hinaus einseitig deckungsfähig zu Gunsten 916 05 und 919 01.

821,8 T€ übertragen von 0401 - 422 02.

Eingespart wurden jeweils 622,5 T€ gemäß Konzept "10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020".

98,6 T€ übertragen nach 0901 - 422 01.

400,0 T€ übertragen von 0401 - 428 63.

422 02	011	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	821,8 19,6	0,0	0,0
--------	-----	---	---------------	-----	-----

Künftig wegfallend.

821,8 T€ aufgrund der Änderung des Dienstrechts übertragen nach 0401 - 422 01.

427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	17,5 0,1	18,2	18,2
--------	-----	--	-------------	------	------

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.271,7 4.635,4	4.972,2	4.972,2
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,2 1,2	12,2	12,2
--------	-----	--	-------------	------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld	6.100	6.100
2.	Umzugskostenvergütung	6.100	6.100
Summe		12.200	12.200

459 03	012	Ideenmanagement "misch mit"	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	------------------------------------	------------	-----	-----

Weggefallen

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	350,0 568,9	613,0	613,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:			
				2011	2012
				EUR	EUR
		1. Büromaterial		100.000	100.000
		2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.		52.000	52.000
		3. Druck- und Buchbinderarbeiten		3.000	3.000
		4. Post-, Fernmelde-, Rundfunkgebühren, Datenfernübertragung, Geb. Alarmanlage		403.000	403.000
		5. Ersatzbeschaffung von Geräten		25.000	25.000
		6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten		5.000	5.000
		7. Unterhaltung von Geräten		20.000	20.000
		8. Sonstiges		5.000	5.000
		Summe		613.000	613.000
		Zu Position 4: Veranschlagt sind die Entgelte für Brief- und Frachtdienste für die Staatskanzlei, Ministerien, Landesamt für Denkmalpflege, Landesbibliothek, Landeszentrale für politische Bildung sowie Fernmeldeentgelte für Mobiltelefone.			
517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 33,7	20,0	20,0
517 91	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH	0,0 0,0	0,0	0,0
		Künftig wegfallend. Übertragen nach 1220 - 517 91.			
518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	120,0 38,3	50,0	50,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Mieten für Geräte und Kosten für mietvertraglich vereinbarte Wartungen, notwendige Instandsetzungen und Kopierkosten für Fotokopiergeräte. Weniger, aufgrund neuer Ausschreibung.			
518 91	011	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0	0,0
		Künftig wegfallend. Übertragen nach 1220 - 518 91.			
525 01	011	Ausbildung und Fortbildung	66,2 0,0	100,0	100,0
		Erläuterungen: Für fachbezogene und fachübergreifende Fortbildung der Beschäftigten des Innenministeriums mit Ausnahme des Bereichs Polizeivollzugsdienst			
526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	100,0 19,3	40,0	40,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Kosten für Rechtsstreitigkeiten für den gesamten Bereich des Innenministeriums (ohne Polizei).			
526 02	011	Kosten einer Kontaktstelle zur Bekämpfung der Korruption in Schleswig-Holstein	10,0 4,1	7,0	7,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 526 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die monatliche Aufwandsentschädigung, Reise- und Fortbildungskosten sowie Sachmittelausstattung des Antikorruptionsbeauftragten gemäß Vereinbarung mit dem Land Schleswig-Holstein vom 9. September 2009.

526 03	011	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse; Landesplanungsrat	36,5 42,6	24,5	24,5
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag Schleswig-Holsteins nach dem Königsteiner Schlüssel für einen unabhängigen, länderübergreifenden Fachbeirat Glücksspielsucht und die dazugehörige Geschäftsstelle nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Glücksspielstaatsvertrag i.V.m. § 13 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag sowie für die Arbeitsgruppe Evaluation. Die Auswirkungen des Staatsvertrages sind von der Arbeitsgruppe unter Mitwirkung des Fachbeirats innerhalb von drei Jahren zu evaluieren.

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Fachbeirat Glücksspielsucht und Arbeitsgruppe Evaluation	24.000	24.000
2.	Landesplanungsrat	500	500
	Summe	24.500	24.500

526 04	011	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	36,0 16,4	61,1	61,1
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

27,5 T€ übertragen von 0401 - 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	39.100	39.100
2.	Dolmetscherkosten	1.500	1.500
3.	Sonstige Ausgaben	20.500	20.500
	Summe	61.100	61.100

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	2,5 0,2	2,5	2,5
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

526 06	011	Kosten der Einigungsstelle	0,5 0,0	0,5	0,5
---------------	-----	-----------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährung einer Pauschalentschädigung an Mitglieder der Einigungsstelle gem. § 53 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein vom 11. Dezember 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Februar 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 184).

526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	26,0 27,5	26,0	26,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für kleinere Gutachten und Stellungnahmen von Sachverständigen außerhalb der Landesverwaltung, insbesondere für den Bereich der Landesplanung.

527 01	011	Dienstreisen	96,7 71,9	65,7	65,7
---------------	-----	---------------------	---------------------	-------------	-------------

27,5 T€ übertragen nach 0401 - 526 04

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	60.700	60.700
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	5.000	5.000
Summe		65.700	65.700

529 02	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers für Kooperationsmaßnahmen im Ostseeraum, insbesondere mit osteuropäischen Ländern	20,0 4,2	20,0	20,0
--------	-----	--	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern im Ostseeraum, insbesondere Beratung, Ausbildung und Fortbildung von Praktikantinnen und Praktikanten.

529 10	011	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	7,6 1,1	7,6	7,6
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Die Mittel sind nach den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	4,0 0,0	2,0	2,0
--------	-----	------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums für Broschüren usw. und Informationsveranstaltungen incl. aller Nebenkosten.

Im Einzelplan sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Öffentlichkeitsarbeit		
	Titel 0410 - 531 02	5.000	5.000
	Titel 0416 - 531 02	25.000	25.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>30.000</i>	<i>30.000</i>
2.	Fachinformationen		
		0	0
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Zusammen		30.000	30.000

531 03	011	Herausgabe der Verkündungsblätter und anderer Veröffentlichungen	175,0 188,8	175,0	175,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 01 geleistet werden.

533 01	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	90,0 79,7	95,0	100,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz eines privaten Dienstleistungsunternehmens in der Pfortnerei/Telefonzentrale des Innenministeriums.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
533 02	681	Kostenerstattung im Rahmen der Marktüberwachung von Bauprodukten	0,0 0,0	200,0	200,0
		Erläuterungen: Gemäß europäischer Verordnung Nr. 765/2008/EG ist das Land Schleswig-Holstein zur Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten verpflichtet. Diese Aufgabe wird gegen Kostenerstattung der GMSH übertragen.			
533 08	011	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Personalauswahlverfahren	0,0 0,0	0,0	0,0
534 01	011	Umzug und Verlegung von Dienststellen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
534 02	011	Orden und Ehrenzeichen	3,0 1,2	3,0	3,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für die Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille.			
534 03	012	Gesundheitsförderung	0,0 115,1	0,0	0,0
		Einseitig deckungsfähig zu Lasten 0401-TG 72.			
534 04	011	Veranstaltungen mit Gesellschaften, kommunalen Spitzenverbänden usw.	4,0 1,1	2,5	2,5
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für den Erfahrungsaustausch mit Gesellschaften und Verbänden. Die Mittel sind analog den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.			
535 01	049	Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes	896,0 717,7	949,1	945,1
		Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Verfassungsschutzes wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft. § 20 Abs. 2 LHO findet nur mit Zustimmung des FM Anwendung.			
		Erläuterungen: Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit. Vgl. Vorwort Buchstabe G. Das Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein vom 23. März 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 203), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 651), besagt, dass die Aufgaben des Verfassungsschutzes ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen werden. Verfassungsschutzbehörde ist das Innenministerium. Hier sind alle Ausgaben veranschlagt, die bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben entstehen.			
536 02	012	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	1,1 1,5	2,2	2,2
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Beiträge an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel und Transparency International Deutschland e.V..			
541 01	011	Durchführung der Bundestagswahl	0,0 1.758,8	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 02 geleistet werden.			
541 02	011	Durchführung der Landtagswahl	55,0 43,5	0,0	54,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 541 02

Erläuterungen:

Das schleswig-holsteinische Verfassungsgericht hat mit Urteil vom 30. August 2010 das Landeswahlgesetz in Teilen für verfassungswidrig erklärt und Neuwahlen bis 30. September 2012 angeordnet.

541 03	011	Durchführung der Europawahl	0,0 1.551,7	0,0	0,0
---------------	-----	------------------------------------	-----------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 03 geleistet werden.

541 04	011	Durchführung der Kommunalwahl	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--------------------------------------	-------------------	------------	------------

541 05	011	Durchführung des Volksabstimmungsgesetzes	179,9 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	---------------------	------------	------------

546 01	011	Kosten einer Ländertagung und sonstiger länderübergreifender Veranstaltungen	6,0 0,7	4,5	4,5
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die Durchführung von Sitzungen des AK III und des AK VI, Kosten für Sitzungen der IMK Nord und Kosten für die Arbeitsgruppe des Statistik-Verbundes. Aus dem Ansatz dürfen auch Bewirtungskosten beglichen werden. Die Bewirtungskosten sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.

546 02	011	Ausgaben für Vorhaben aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	0,0 9,6	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	17,0 9,4	18,0	18,0
---------------	-----	---	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	1.000	1.000
2.	Nachrufe, Kranzspenden	3.200	3.200
3.	Auslagen des Personalrats	300	300
4.	Veröffentlichungen in Tageszeitungen	13.500	13.500
	Summe	18.000	18.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen anstelle einer Kranzspende auch Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

613 01	911	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen	300,0 160,0	200,0	200,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Aus Mitteln dieses Ansatzes werden Zuweisungen gemäß § 31 b Finanzausgleichsgesetz für freiwillige gemeindliche Gebietsänderungen wie Eingemeindung, Vereinigung und Auflösung gewährt.

632 01	011	Kostenanteil an den Geschäftsstellen der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder und der Innenministerkonferenz	6,0 4,8	5,4	5,4
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
632 05	419	Beitrag für den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung e.V., Berlin	31,5 29,8	32,0	32,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt ist der Anteil des Landes am Deutschen Institut für Normung e.V. (DIN) gem. Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem DIN vom 29. Mai 1997 nach dem Königsteiner Schlüssel:					
				2011	2012
				EUR	EUR
1.		Normenausschuss Bauwesen im DIN		29.000	29.000
2.		Europäische Normungsarbeit, Fachbereich Vermessungswesen		3.000	3.000
Summe				32.000	32.000
632 06	419	Beitrag für die Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder -ARGEBAU-	9,0 8,4	9,0	9,0
Erläuterungen:					
Nach der Verwaltungsvereinbarung über die Tätigkeit und Finanzierung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder (ARGEBAU) vom 1. Juli 1991 werden die Personal- und Sachausgaben für die Geschäftsstelle der ARGEBAU von den Ländern gemeinsam getragen. Die auf die Länder entfallenden Anteile werden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahlen errechnet.					
633 01	011	Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen der Funktionalreform	0,0 0,0	0,0	0,0
633 02	249	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden nach dem Gräbergesetz	809,8 1.066,2	1.053,5	1.053,5
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 04 geleistet werden.					
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Kosten gem. § 1 der Verordnung über die Pauschale für Anlegung, Instandsetzung und Pflege der Gräber, Verlegung und Identifizierung im Sinne des Gräbergesetzes vom 17. Dezember 2004 und gem. Anerkennung der Ruhe-rechtsentschädigung für die Friedhöfe Friedenshügel und Mühlenfriedhof in Flensburg.					
633 03	249	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für die Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	26,2 23,4	26,2	26,2
Erläuterungen:					
Bund und Land tragen nach einem Abkommen die Kosten für die Instandhaltung und Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe in Schleswig-Holstein je zur Hälfte. Vgl. Titel 231 05.					
671 01	873	Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein	41,4 23,6	0,0	0,0
Künftig wegfallend.					
681 01	019	Ehrungen	0,6 0,1	0,0	0,0
Künftig wegfallend.					
Erläuterungen:					
Einsparung zur Einhaltung des Konsolidierungspfades					
681 02	019	Ersatzleistungen für Schäden aus Staatshaf-tung	5,0 0,0	2,5	2,5

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 681 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zahlungen für Schäden aus Staatshaftung nach dem Gesetz über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein in der Fassung vom 3. April 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 406), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Februar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), sowie Zahlungen für sonstige Schäden aus Staatshaftung. Der Ansatz ist geschätzt.

685 01	249	Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864	3,0 3,0	3,0	3,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Die Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864 wird vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund wahrgenommen. Die dabei entstehenden Kosten werden jeweils jährlich abgerechnet.

685 02	019	Zuschüsse an deutsche Vereine und Organisationen	0,4 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Einsparung zur Einhaltung des Konsolidierungspfades

685 05	681	Anteil an den Kosten des Deutschen Instituts für Bautechnik, Berlin	162,0 160,6	195,0	195,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes am Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt), Berlin, gemäß Gesetz über das DIBt-Änderungsabkommen vom 6. Juni 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 287) nach dem Königsteiner Schlüssel.

685 06	681	Anteil an den Kosten des Forschungsprogramms bei dem Deutschen Institut für Bautechnik, Berlin	38,0 36,6	37,0	37,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes gemäß Beschluss der Ministerkonferenz der ARGEBAU vom 22. Februar 1973 zur Finanzierung von bautechnischen Untersuchungen auf dem Gebiet der Bauaufsicht über das Deutsche Institut für Bautechnik Berlin nach dem Königsteiner Schlüssel.

812 01	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	20,0 34,6	622,0	22,0
---------------	-----	--	---------------------	--------------	-------------

Erläuterungen:

Mehr in Folge der Veranschlagung der Kosten für den Ersatz der Deckenbeleuchtung in den Büroräumen des Innenministeriums.

893 01	873	Zuweisungen an den Kommunalen Investitionsfonds für Zinszuschüsse aus dem Schleswig-Holstein Fonds	4.000,0 2.403,3	0,0	0,0
---------------	-----	---	---------------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

916 05	951	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 24,1	0,0	0,0
---------------	-----	---	--------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Titel 422 01 geleistet werden.

919 01	951	Zuführung an die Rücklage "Personal"	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln der OG 42 geleistet werden; Personalausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen sind hiervon unberührt.

919 02	951	Zuführung an die Rücklage "Budget 1"	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 919 02

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen der Hauptgruppen 4 und 5 (ohne Obergruppen 41, 42 und 56 bis 59) aller Kapitel des Einzelplans geleistet werden.

919 03	011	Zuführung an die Rücklage "Budget 2"	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen der Hauptgruppen 6 bis 8 und der Obergruppe 98 aller Kapitel geleistet werden.

972 02	989	Globale Minderausgaben	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	-------------------------------	-------------------	------------	------------

Die Globalen Minderausgaben können grds. auch durch nicht zweckgebundene Mehreinnahmen sowie durch Mehreinnahmen bei 0401 - 131 01 gedeckt werden.

06 Raumordnung

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 119 06, 231 06 und 271 07 geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

In der MG 06 sind die Kosten für die Erarbeitung/Beschaffung von Planungsgrundlagen, Anhörungsentwürfen und Veröffentlichungen von Raumordnungsplänen und -berichten sowie die Durchführung von Raumordnungskonferenzen/-Workshops zusammengefasst.

Die Abteilung Landesplanung nutzt zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch externen Sachverstand und Beratung.

531 06	422	Raumordnungspläne und -berichte	20,0 (MG 06) 0,0	20,0	20,0
---------------	-----	--	----------------------------	-------------	-------------

535 06	422	Raumentwicklung	56,0 (MG 06) 21,0	34,0	34,0
---------------	-----	------------------------	-----------------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für die Erarbeitung von Planungsgrundlagen für Raumordnungspläne und -berichte sowie Förderung interkommunaler/ regionaler Zusammenarbeit:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Kommunikationskonzept Landesplanung	10.000	0
2.	Weiterentwicklung und Unterstützung interkommunaler/regionaler Zusammenarbeit	21.000	31.000
3.	Raumordnerische Abstimmungsverfahren On- und Offshore Wind	2.000	2.000
4.	Beschaffung analoger Karten und digitaler Daten	1.000	1.000
Summe		34.000	34.000

632 02	422	Raumordnungskonferenzen	72,0 (MG 06) 104,0	68,9	68,9
---------------	-----	--------------------------------	------------------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Ziel:

Stärkung der schleswig-holsteinischen Teilhabe an der Metropolregion Hamburg und der norddeutschen Kooperation sowie Weiterentwicklung der europäischen Raumordnung einschließlich der Mitfinanzierung europäischer Kooperationsprojekte.

Über die Erarbeitung von Plänen hinaus sollen raumordnungspolitische Leitbilder entwickelt und in konkrete Handlungskonzepte umgesetzt werden.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 632 02

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg	51.000	51.000
2.	Förderung der europäischen Raumordnung sowie europäischer Kooperationsprojekte	17.900	17.900
Summe		68.900	68.900

633 06	011	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	40,0	0,0	0,0
(MG 06)			53,3		
685 07	692	Zuschüsse aus den Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	10,0	0,0	0,0
(MG 06)			0,0		
Summe der Maßnahmegruppe 06			198,0	122,9	122,9
			178,3		

07 Statistik

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe Mehreinnahmen bei 231 01 und der Einnahmen bei 359 07 und 381 01 geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Geo-Informationen und Statistik.
Vgl. Vorwort Buchstabe G.

Veranschlagt ist der anteilige Zuschuss des Trägerlandes Schleswig-Holstein für das Statistische Amt Hamburg und Schleswig-Holstein gem. Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung eines gemeinsamen Statistischen Amtes als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts vom 27. August 2003.

633 07	014	Erstattung von Ausgaben der Gemeinden für die Durchführung des Zensus 2011	0,0	6.460,0	0,0
(MG 07)			0,0		
685 09	014	Zuschuss an Hamburg für Personal- und Verwaltungsausgaben des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein	16.836,2	12.374,7	5.947,7
(MG 07)			8.639,6		
		343,8 T€ übertragen nach 0501 - 685 04			
		61,1 T€ übertragen nach 0601 - 685 04			
685 10	014	Zuschuss an Hamburg für Statistiken der Fachressorts	0,0	8.584,0	8.584,0
(MG 07)			7.249,2		
894 01	014	Zuschuss an Hamburg für Investitionen des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein	258,0	258,0	258,0
(MG 07)			258,0		
919 07	951	Zuführung an die Rücklage "Zensus 2011"	0,0	0,0	0,0
(MG 07)			0,0		
Summe der Maßnahmegruppe 07			17.094,2	27.676,7	14.789,7
			16.146,8		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

61 Modernisierung der Verwaltung

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Durchführung und Umsetzung von Modernisierungsprojekten der Landesregierung im Geschäftsbereich des Innenministeriums (ohne Polizei).

511 61	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	0,0	0,0
(TG 61)			0,0		

525 61	011	Aus- und Fortbildung	31,0	31,0	25,3
(TG 61)			4,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Revisionslehrgänge	12.000	8.500
2.	Ergänzungslehrgänge dMB (Berichtswesen usw.)	9.000	8.400
3.	KLR-Seminare	10.000	8.400
	Summe	31.000	25.300

534 61	011	Kosten der Verwaltungsreform und der Modernisierung	1,0	2,0	2,0
(TG 61)			1,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Durchführung von Sitzungen incl. Nebenkosten der unterschiedlichen Projektarbeitsgruppen und sonstigen Pilotvorhaben zur Verwaltungsreform und -modernisierung im Innenministerium.

Summe der Titelgruppe 61		33,0	33,0	27,3
		6,2		

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die gesamten Kosten der Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

422 62	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			691,6		

Künftig wegfallend.

Übertragen nach 0301 - 422 63 (TG 63).

428 62	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			477,2		

Künftig wegfallend.

Übertragen nach 0301 - 428 63 (TG 63).

453 62	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Übertragen nach 03 01 - 453 63 (TG 63).

525 62	012	Aus- und Fortbildung	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			442,5		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 525 62

451,9 T€ übertragen nach 03 01 - 525 63 (TG 63),
1,0 T€ übertragen nach 05 07 - 525 01,
66,2 T€ übertragen nach 04 01 - 525 01,
2,6 T€ übertragen nach 09 01 - 525 02.

526 62	011	Ärztliche Untersuchungen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			3,5		
		Übertragen nach 03 01 - 526 63 (TG 63).			
632 62	131	Kostenanteil des Landes für die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			82,6		
		Übertragen nach 03 01 - 632 63 (TG 63).			
671 62	012	Anteilige Erstattung für die Mitbenutzung der Kantine von Dataport durch die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			35,8		
		Übertragen nach 03 01 - 671 63 (TG 63).			
685 62	133	Kostenanteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			385,5		
		Übertragen nach 03 01 - 685 63 (TG 63).			
Summe der Titelgruppe 62			0,0	0,0	0,0
			2.118,7		

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

Die tatsächlichen Einnahmen des Titels 119 63 (TG 63) dürfen zweckgebunden für Ausgaben innerhalb der TG 63 verwendet werden.

422 63	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagte Personalkosten im Hinblick auf die outputorientierte Budgetierung.			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
425 63	011	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		
		Weggefallen			
428 63	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.828,1	2.546,8	2.546,8
(TG 63)			2.290,1		
		400,0 T€ übertragen nach 0401 - 422 01.			
511 63	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0	12,0	12,0
(TG 63)			17,5		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 511 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	3.000	3.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	1.000	1.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0	0
4.	Fernmeldebegühren	4.000	4.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.000	1.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	0	0
7.	Unterhaltung von Geräten	3.000	3.000
8.	Sonstiges	0	0
Summe		12.000	12.000

514 63	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	497,0	498,0	498,0
(TG 63)			319,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	141.000	141.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	8.000	8.000
3.	Verbrauchsmittel	334.000	334.000
4.	Kraftfahrzeugsteuer	15.000	15.000
Summe		498.000	498.000

Der Ministerpräsident bzw. die Ministerpräsidentin, die Landesministerinnen und Landesminister, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die Regierungssprecherin bzw. der Regierungssprecher können über Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinie der Landesregierung für die persönliche Benutzung von Dienstkraftwagen im Lande Schleswig - Holstein vom 10. März 1994 verfügen.

Bei der Dienst- und Schutzkleidung ist die Ersatzbeschaffung für 1 Kfz.- Meisterin oder Kfz.- Meister, 34 Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer, 1 Buchbinderin oder Buchbinder, 1 Vervielfältigerin oder Vervielfältigers sowie die Reinigung der Schutzkleidung berücksichtigt.

Bestand an Fahrzeugen	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Bestand am 01.02.2010
Sicherheitsfahrzeug	1	1	1	1
PKW mit Fahrer	32	32	32	32
Selbstfahrer	40	44	44	44
Zusammen	73	77	77	77

518 63	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume, Leasingkosten für Dienstkraftfahrzeuge	201,0	216,0	216,0
(TG 63)			164,7		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Garagenmieten für Dienstkraftfahrzeuge	11.000	11.000
2.	Leasingkosten für 67 Dienstkraftfahrzeuge incl. Chefwagen	205.000	205.000
Summe		216.000	216.000

525 63	011	Aus- und Fortbildung	8,0	10,0	10,0
(TG 63)			7,2		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 525 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Fortbildungskosten für die Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer für das Sicherheitstraining mit Fahrzeugen und Fortbildung für das Büropersonal (Dispositions-, Fuhrparkprogramm)

527 63	011	Dienstreisen	51,0	48,0	48,0
(TG 63)			39,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	46.000	46.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	2.000	2.000
	Summe	48.000	48.000

811 63	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	49,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen	0	0
2.	Ersatzbeschaffungen	0	0
	Summe	0	0

Summe der Titelgruppe 63	3.644,1	3.330,8	3.330,8
	2.838,7		

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

Erläuterungen:

In der TG 66 werden die im Zusammenhang mit der Beschäftigung Schwerbehinderter anfallenden Ausgaben des Innenministeriums zentral zusammengefasst.

422 66	291	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0	0,0
(TG 66)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

425 66	291	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 66)			0,0		

Weggefallen

428 66	291	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	56,8	59,2	59,2
(TG 66)			64,2		

632 66	291	Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX)	63,0	20,0	20,0
(TG 66)			0,0		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 632 66

Erläuterungen:

Nach § 77 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 444), sind die Arbeitgeber verpflichtet, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Pflichtquote liegt bei 5 v.H. Als Ausgleichsabgabe sind pro nicht besetzten Arbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von 3 v.H. bis unter 5 v.H. monatlich 105 € zu zahlen. Die Abrechnung erfolgt für das vorangegangene Kalenderjahr.

Für das Land Schleswig-Holstein lag die Beschäftigungsquote im Jahr 2009 bei 5,04 v.H. Eine Ausgleichsabgabe war folglich nicht zu zahlen. Folgende Daten wurden für das Kalenderjahr 2009 zu Grunde gelegt:

Pflichtplätze: 33.653 - davon besetzt durch schwerbehinderte Menschen 33.891 - unbesetzte Pflichtplätze: keine.

	Arbeitsplätze nach § 73 Abs. 1- 3 SGB IX	Pflichtquote (5 v.H.)	Durch Schwer- behinderte besetzte Arbeits- plätze
Landtag	1.448	72	116
Landesrechnungshof	1.077	54	109
Staatskanzlei	3.634	182	462
Innenministerium	102.887	5.144	5.337
Finanzministerium	61.056	3.053	2.527
Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	87.264	4.363	4.552
Ministerium für Bildung und Frauen	319.913	15.996	13.990
Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa	60.647	3.032	3.277
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	10.261	513	1.274
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	24.867	1.243	2.247
Zusammen	673.054	33.652	33.891

Summe der Titelgruppe 66	119,8	79,2	79,2
	64,2		

**69 Maßnahmen in der Metropolregion Ham-
burg**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 69 überschritten werden.

Erläuterungen:

Vgl. TG 71.

Die TG 69 dient der Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen aus den Vorjahren. Neuverpflichtungen erfolgen zukünftig aus Mitteln der TG 71.

883 69	692	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			697,0		

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

887 69	692	Zuweisungen an Zweckverbände	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			0,0		

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

Summe der Titelgruppe 69	0,0	0,0	0,0
	697,0		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 333 71 (TG 71) und der Mehreinnahmen bei 332 71 (TG 71) überschritten werden.

Erläuterungen:

Am 1. Dezember 2005 haben die Länder Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein einen trilateralen Staatsvertrag mit dem Ziel abgeschlossen, die Förderfonds Hamburg-Niedersachsen und Hamburg-Schleswig-Holstein als die zentralen Instrumente der Zusammenarbeit der drei Länder zur Unterstützung des gemeinsamen Entwicklungsprozesses in der Metropolregion haushaltswirtschaftlich auf ein belastbares Fundament zu stellen.

Die Fördergebietskulisse bilden die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum-Lauenburg, Steinburg und Dithmarschen. Aus dem Ansatz können auch Landesgrenzen übergreifende Maßnahmen im Gebiet der Metropolregion Hamburg gefördert werden, die im Interesse der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg liegen.

883 71	692	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	1.742,0	1.200,0	1.200,0
(TG 71)			762,0		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2011	2012
Neuverpflichtung insgesamt	800	800
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	500	
Davon fällig Haushaltsjahr 2013	300	500
Davon fällig Haushaltsjahr 2014		300
Davon fällig Haushaltsjahr 2015 ff		

Erläuterungen:

Die Belastung aus

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	in Anspruch genommene VE aus Vorvorjahren	0	0
2.	voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE des Vorjahres	500.000	0
3.	voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2011		500.000
	Summe	500.000	500.000

Die Freie und Hansestadt Hamburg trägt 50 v.H. der Ausgaben gemäß Staatsvertrag vom 1. Dezember 2005. Vgl. Titel 332 71 (TG 71).

887 71	692	Zuweisungen an Zweckverbände	0,0	0,0	0,0
(TG 71)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 71	1.742,0	1.200,0	1.200,0
	762,0		

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit

Erläuterungen:

Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Innenministeriums. Die Unfallverhütungsvorschrift wurde aufgrund des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz - ArbSichG /ASiG) vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S.1885), zuletzt geändert durch Artikel 226 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), erlassen.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
427 72 (TG 72)	012	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
511 72 (TG 72)	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30,0 1,3	30,0	30,0
518 72 (TG 72)	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	1,0 0,0	1,0	1,0
525 72 (TG 72)	012	Aus- und Fortbildung	10,0 0,7	10,0	10,0
527 72 (TG 72)	012	Dienstreisen	0,0 0,0	5,0	5,0
533 72 (TG 72)	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit	250,0 170,2	240,0	240,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Maßnahmen zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Innenministeriums sowie allgemeine Ausgaben für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung.			
546 72 (TG 72)	012	Sonstige Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit	0,0 0,0	5,0	5,0
812 72 (TG 72)	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
Summe der Titelgruppe 72			291,0 172,2	291,0	291,0
Summe der Ausgaben			55.075,4 45.611,4	51.338,4	37.252,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	386,2 596,4	373,2	373,2
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	835,9 4.383,2	7.728,2	1.081,6
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	871,0 930,6	600,0	600,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 7.249,2	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			2.093,1 13.159,4	8.701,4	2.054,8
41 - 49		Personalausgaben	27.082,3 16.864,9	16.536,0	15.887,3
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.470,0 6.501,0	3.651,2	3.700,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	18.454,1 18.066,5	29.071,2	16.184,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	6.069,0 4.154,9	2.080,0	1.480,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 24,1	0,0	0,0
Gesamtausgaben			55.075,4 45.611,4	51.338,4	37.252,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-52.982,3 -32.452,0	-42.637,0	-35.197,2

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Das Kapitel 04 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

Einnahmen

119 02	324	Rückzahlungen aus der Förderung des außerschulischen Sports	0,0 10,0	0,0	0,0
--------	-----	--	--------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorgesehen für Einnahmen aus der Aufhebung von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 0402 - 686 02 zu verwenden.

331 01	323	Zuweisungen von Bundesmitteln zur Finanzierung/Förderung des Baues von Sportstätten für den Hochleistungssport	60,0 56,4	60,0	60,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 0402 - MG 03 zu verwenden.

381 01	991	Einnahmen aus dem Zweckertrag nach dem Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (GlüStV AG)	6.174,0 6.174,0	6.174,0	6.174,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Nach § 10 Abs. 1 GlüStV AG vom 13. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H S. 524) hat "NordwestLotto Schleswig-Holstein" Zweckabgaben an das Land abzuführen.

Nach Abzug der sich aus § 10 Absätze 2 und 3 GlüStV AG ergebenden Verpflichtungen sind gem. § 10 Abs. 4 Nr. 1 GlüStV AG vom verbleibenden Betrag 8 %, mindestens 6,3 Mio. €, zur Förderung des Sports nach § 11 GlüStV AG zu verwenden.

Gem. § 11 Abs. 1 GlüStV AG sind durch das für Sport zuständige Ministerium 90 % dem Landessportverband Schleswig-Holstein e.V. zur Förderung des Sports zuzuwenden (siehe Titel 684 02). Für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports (zuständig ist das Innenministerium, siehe Titel 686 02) stehen 8 % und für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports (zuständig ist das Ministerium für Bildung und Frauen) 2 % zur Verfügung.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 684 02 und 686 02 zu verwenden.

Summe der Einnahmen			6.234,0 6.240,4	6.234,0	6.234,0
----------------------------	--	--	---------------------------	----------------	----------------

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

422 01	324	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	102,6 88,0	106,9	106,9
--------	-----	--	----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.

428 01	324	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 01	324	Kosten der Sportministerkonferenz	80,0 43,0	0,0	0,0
--------	-----	--	---------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

684 02	324	Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen	5.670,0 5.670,0	5.670,0	5.670,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zu 91,84 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 381 01 geleistet werden.

Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.

Erläuterungen:

Siehe Titel 381 01.

686 02	324	Förderung des außerschulischen Sports	504,0 509,6	504,0	504,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 119 02 geleistet werden.

Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.

Darüber hinaus dürfen Mehrausgaben in Höhe von 8,16 v.H. der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 0402 - 381 01 geleistet werden.

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 01 geleistet werden.

Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.

Erläuterungen:

Der Bund fördert nach den "Förderrichtlinien Stützpunktsystem" (FRS) Olympiastützpunkte, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkte bei anteiliger Beteiligung des Landes und der Kommunen. Landesmittel sind bei Titel 0402 - 686 02 veranschlagt.

883 03	323	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Kreise und Gemeinden	60,0 56,4	60,0	60,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

(MG 03)

Erläuterungen:

In Schleswig-Holstein werden Olympiastützpunkte/Häuser der Athleten gefördert; z. Zt. Ratzeburg/Rudern. Siehe Titel 331 01.

893 03	323	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Verbände und Vereine	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

(MG 03)

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 893 03

Erläuterungen:

siehe Titel 331 01 und 883 03 (MG 03).

Summe der Maßnahmegruppe 03		60,0	60,0	60,0
		56,4		
Summe der Ausgaben		6.416,6	6.340,9	6.340,9
		6.367,0		

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 10,0	0,0	0,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	60,0 56,4	60,0	60,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	6.174,0 6.174,0	6.174,0	6.174,0
Gesamteinnahmen			6.234,0 6.240,4	6.234,0	6.234,0
41 - 49		Personalausgaben	102,6 88,0	106,9	106,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	80,0 43,0	0,0	0,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	6.174,0 6.179,6	6.174,0	6.174,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	60,0 56,4	60,0	60,0
Gesamtausgaben			6.416,6 6.367,0	6.340,9	6.340,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-182,6 -126,6	-106,9	-106,9

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Das Kapitel 04 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Einnahmen

111 01	421	Gebühren und tarifliche Entgelte	10.900,0 10.229,9	10.000,0	9.000,0
--------	-----	---	-----------------------------	-----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren nach der Landesverordnung über Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 40), geändert durch Verordnung vom 26. November 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 726).

112 01	421	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	0,5 0,0	0,5	0,5
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

119 02	421	Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Landesamt für Vermessung und Geoinformation	1,5 0,0	1,0	1,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterial, Einnahmen aus Aufträgen Dritter und sonstige Verwaltungseinnahmen.

119 99	421	Vermischte Einnahmen	2,0 1,8	2,0	2,0
--------	-----	-----------------------------	-------------------	------------	------------

124 01	421	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	4,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Wegfall nach Zentralisierung von Mieten beim Finanzministerium.

125 01	421	Einnahmen aus der Abgabe von amtlichen Karten und Sonderkarten	190,0 164,9	170,0	170,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

125 02	421	Einnahmen aus Vermessungs-, kartographischen, photographischen, kopiertechnischen und Druckarbeiten	400,0 351,3	400,0	400,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

125 04	421	Einnahmen aus der Bearbeitung der hamburgischen Gebietsanteile der topographischen Kartenwerke	25,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	--------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Durch Umstellung auf digitale Bearbeitungsverfahren werden die bisher von Schleswig-Holstein geleisteten Arbeiten künftig von der Freien und Hansestadt Hamburg selbst durchgeführt. Die Erstattung der Selbstkosten entfällt somit.

132 01	421	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	8,0 1,9	5,0	5,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Erlös aus dem Verkauf von auszusondernden Dienstfahrzeugen. Vgl. Titel 811 01.

233 01	421	Zuweisungen von Kreisen und Gemeinden	135,0 150,8	150,0	150,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 233 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:
Erstattung der Sachkosten für die Führung und Unterhaltung der Geschäftsstelle der Gutachterausschüsse

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Hansestadt Lübeck	45.000	45.000
2.	Stadt Flensburg	20.000	20.000
3.	Kreis Ostholstein	35.000	35.000
4.	Kreis Pinneberg	20.000	20.000
5.	Kreis Plön	15.000	15.000
6.	Kreis Herzogtum Lauenburg	15.000	15.000
	Summe	150.000	150.000

261 01	421	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben in Flurbereinigungsverfahren u.ä.	30,0		30,0		30,0
			55,5				

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen von Nebenkosten und Auslagen für Schlussvermessungen im Flurbereinigungsverfahren durch die Teilnehmergeellschaften.

Summe der Einnahmen	11.696,0	10.758,5	9.758,5
	10.956,1		

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

422 01	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	4.136,8 3.854,9	5.720,4	5.720,4
---------------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

1.353,0 T€ übertragen von 422 61 (TG 61).

427 01	421	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	444,1 3,1	462,7	462,7
---------------	-----	--	---------------------	--------------	--------------

98,3 T€ übertragen von 427 61 (TG 61).

428 01	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	14.934,9 14.984,5	19.203,9	18.141,0
---------------	-----	--	-----------------------------	-----------------	-----------------

Eingespart wurden jeweils 1.020,0 T€ gemäß Konzept "10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020".
4.274,9 T€ übertragen von 428 61 (TG 61).

453 01	421	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	50,0 0,7	50,0	50,0
---------------	-----	---	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld	17.000	17.000
2.	Umzugskostenvergütungen	33.000	33.000
	Summe	50.000	50.000

511 01	421	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	355,0 342,8	355,0	355,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	75.000	75.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.	15.000	15.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	5.000	5.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	115.000	115.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	75.000	75.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	10.000	10.000
7.	Unterhaltung von Geräten	55.000	55.000
8.	Sonstiges	5.000	5.000
	Summe	355.000	355.000

514 01	421	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	520,0 412,2	510,0	510,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 514 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	240.000	240.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung (einschl. Feldaufwandsentschädigung)	60.000	60.000
3.	Verbrauchsmittel	200.000	200.000
4.	Sonstiges	10.000	10.000
	Summe	510.000	510.000

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Bestand am 1.2.2010
Anhänger	18	14	14	14
Kleintraktoren	1	1	1	1
Selbstfahrer-Pkw	2	3	4	2
Vermessungswagen	57	47	42	54
Zusammen	78	65	61	71

517 01	421	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	220,0 4,6	10,0	10,0
---------------	------------	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Nebenkosten und tlw. Bewirtschaftungskosten für Dienststellen, die in nicht von der LVSH angemieteten Gebäuden untergebracht sind.

517 91	421	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

518 01	421	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

518 02	421	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	4,5 4,7	5,0	5,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Anmietung eines Reprozeichners beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation.

518 91	421	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

525 01	421	Aus- und Fortbildung	71,0 50,0	67,0	67,0
---------------	------------	-----------------------------	---------------------	-------------	-------------

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten:

			2011	2012
			EUR	EUR
1.	Ausbildung			
1.1	Internatsmäßige Unterbringung der Auszubildenden im Rahmen des Berufsschulunterrichts		18.000	18.000
1.2	Unterrichtsentschädigungen, Prüfungsvergütungen, Lehrgangsgebühren usw.		10.000	10.000
1.3	Reisekostenvergütungen, Fahrkostenerstattungen im Rahmen der Ausbildung		18.000	18.000
	<i>Summe zu 1.</i>		<i>46.000</i>	<i>46.000</i>
2.	Fortbildung			
2.1	Fortbildungsmaßnahmen der Katasterverwaltung bei verschiedenen Veranstaltern		21.000	21.000
	<i>Summe zu 2.</i>		<i>21.000</i>	<i>21.000</i>
Zusammen			67.000	67.000

Schulungskosten für Automationsvorhaben sind bei 1103-525 37 veranschlagt.

526 03	421	Ausgaben für die Gutachterausschüsse	25,0 23,6	25,0	25,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

An die Mitglieder der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte sind Entschädigungen nach § 6 der Landesverordnung über die Bildung von Gutachterausschüssen über die Ermittlung von Grundstückswerten vom 6. Dezember 1989 (GVOBl. Schl.-H. S. 181) in der zurzeit geltenden Fassung zu zahlen.

Veranschlagt aufgrund der Verträge zur Übertragung der Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in den Kreisen Pinneberg, Plön und Herzogtum Lauenburg auf die örtlich zuständigen Katasterämter.

526 04	421	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	4,0 2,2	1,8	1,8
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Nach § 34 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Personalräte (MBG Schl.-H.) vom 11. Dezember 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Februar 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 184) sind an die Mitglieder des Personalrates bei Sitzungen von mehr als einer Stunde Sitzungsgelder zu zahlen.

526 05	421	Ärztliche Untersuchungen	3,0 0,6	2,0	2,0
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

527 01	421	Dienstreisen	230,0 175,8	200,0	200,0
---------------	-----	---------------------	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2011	2012
			EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		200.000	200.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		0	0
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		0	0
Summe			200.000	200.000

531 01	421	Veröffentlichungen	2,0 0,4	2,0	2,0
---------------	-----	---------------------------	-------------------	------------	------------

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 531 01

Erläuterungen:

Das erneuerte Liegenschaftskataster ist durch Offenlegung bekanntzugeben. Vor Beginn der Offenlegungsfrist sind Ort und Zeit der Offenlegung in ortsüblicher Weise (entsprechend der Rechtsvorschriften der betreffenden Gemeinden) bekanntzumachen.

533 01	421	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	179,5 167,0	180,0	180,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Druck- und kartographische Arbeiten	30.000	30.000
2.	Vermessungs- und katastertechnische Arbeiten durch Dritte	5.000	5.000
3.	Vergabe von Bildflügen	135.000	135.000
4.	Sonstige Leistungsentgelte	10.000	10.000
Summe		180.000	180.000

534 01	421	Kosten für Umzüge von Katasterämtern	0,0 0,0	0,0	55,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Umzüge von Dienststellen im Rahmen der Reorganisation der Vermessungs- und Katasterverwaltung.

535 01	421	Kosten aus Entschädigungsansprüchen Dritter	0,5 0,0	0,5	0,5
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bereinigung von Flurschäden bei örtlichen Vermessungsarbeiten.

545 01	421	Zahlung von Umsatzsteuer an die Finanzämter	0,0 812,9	0,0	0,0
---------------	-----	--	---------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 0403 - 111 01, 0403 - 119 02, 0403 - 119 99, 0403 - 125 01, 0403 - 125 02, 0403 - 132 01 und 0403 - 233 01 geleistet werden.

546 99	421	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,5 5,1	8,5	8,5
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	4.000	4.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	4.500	4.500
Summe		8.500	8.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	421	Beitrag für die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder in Hannover	10,2 10,1	11,0	11,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

811 01	421	Erwerb von Dienstfahrzeugen	130,0 199,8	137,0	137,0
---------------	-----	------------------------------------	-----------------------	--------------	--------------

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 811 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Beschaffung	0	0
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Vermessungswagen, 2,4 Liter, 65 kw (2011: 3, 2012: 3)	114.000	114.000
2.2	Pkw, 1,9 Liter, 65 kw (2011: 1, 2012: 1)	23.000	23.000
Summe		137.000	137.000

812 01	421	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	175,0	170,0	136,0
			107,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	elektrooptische Entfernungsmessgeräte/GPS-Empfänger mit Registriermöglichkeit und Zubehör für Katasterämter -Ersatz- (2011: 5, 2012: 4)	170.000	136.000
Summe		170.000	136.000

61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein

Erläuterungen:

Das Landesvermessungsamt wird ab 01.01.2011 mit den acht Katasterämtern zu einer neuen Behörde zusammengefasst.

422 61	421	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	1.353,0	0,0	0,0
(TG 61)			1.367,4		

Künftig wegfallend.

Übertragen nach 0403-422 01.

427 61	421	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0	0,0
(TG 61)			0,0		

Übertragen nach 04 03 - 427 01

428 61	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.514,9	0,0	0,0
(TG 61)			4.816,6		

Künftig wegfallend.

Übertragen nach 0403-42801.

Summe der Titelgruppe 61			5.867,9	0,0	0,0
			6.184,0		

69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.

422 69	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	330,2	344,1	344,1
(TG 69)			382,8		

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
428 69	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			0,0		
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
Summe der Titelgruppe 69			330,2	344,1	344,1
			382,8		
Summe der Ausgaben			27.702,1	27.465,9	26.424,0
			27.729,6		

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	11.531,0 10.749,8	10.578,5	9.578,5
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	165,0 206,3	180,0	180,0
Gesamteinnahmen			11.696,0 10.956,1	10.758,5	9.758,5
41 - 49		Personalausgaben	25.763,9 25.410,0	25.781,1	24.718,2
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.623,0 2.001,9	1.366,8	1.421,8
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	10,2 10,1	11,0	11,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	305,0 307,6	307,0	273,0
Gesamtausgaben			27.702,1 27.729,6	27.465,9	26.424,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-16.006,1 -16.773,5	-16.707,4	-16.665,5

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Das Kapitel 04 05 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 62 Schiffsbrandbekämpfung
- 65 Havariekommando

Ausgaben

- 61 Förderung des Feuerwehrwesens
- 62 Schiffsbrandbekämpfung
- 65 Havariekommando
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.
Vgl. Vorwort Buchstabe G.

Die Maßnahmen des Kapitels 0405 - außer TG 62, 65 und 69 - werden aus dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer finanziert.

Nicht verbrauchte Einnahmen fließen den Kreisen und kreisfreien Städten zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfe zu.

Im Kapitel 0405 - außer TG 62, 65 und 69 - findet § 10 Abs. 1 HG 2011/2012 sinngemäß innerhalb des Kapitels Anwendung.

Erläuterungen:

		2011	2012
	Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer (Titel 1101 - 059 01) fließt den Kreisen und kreisfreien Städten nach Abzug		
1.	der für den Betrieb, die Unterhaltung und den Ausbau der Landesfeuerweherschule (LFS) erforderlichen Mittel,		
1.1	Zuschuss LFS	2.410.300	2.070.300
1.2	Bauunterhaltung (Titel 1204 - 519 05 und 711 05)	151.800	151.800
1.3	Bewirtschaftung der LFS durch die GMSH (Titel 1220 - 517 05)	423.000	435.000
2.	eines vom Innenministerium zur Durchführung besonderer Maßnahmen im Bereich des Feuerwehrwesens zur Verfügung stehenden Betrages, der 15 v.H. des Steueraufkommens nicht übersteigen darf, und	447.900	422.900
3.	des nach § 19 Abs. 2 FAG erforderlichen Betrages (Titel 0405 - 584 61 [TG 61])	400.000	400.000
	zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfe zu (Titel 0405 - 633 61 und 883 61 [TG 61])	7.223.000	7.576.000
Zusammen		11.056.000	11.056.000

Einnahmen

111 01	044	Gebühren und tarifliche Entgelte	16,0 96,5	16,0	16,0
Erläuterungen:					
Einnahmen aus dem Angebot kostenpflichtiger Veranstaltungen und Lehrgangsplätzen.					
119 99	044	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
124 01	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5,0 8,9	5,0	5,0

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 124 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Einnahmen aus 1 Dienstwohnung	4.500	4.500
2.	Sonstige Einnahmen	500	500
Summe		5.000	5.000

125 01	044	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	5,0	5,0	5,0
			13,8		

Erläuterungen:

Vgl. Titel 514 01.

132 01	044	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	15,0	0,0	10,0
			0,0		

231 01	044	Zuweisungen vom Bund für die Zivilschutz- ausbildung	90,0	90,0	90,0
			168,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Zuschuss des Bundes für die Ausbildung in Führungs- und Sonderlehrgängen der Feuerwehr, Anteil Zivilschutz.

Vgl. Titel 525 01.

62 Schiffsbrandbekämpfung

119 62	044	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

231 62	044	Zuweisungen des Bundes	423,0	411,1	411,1
(TG 62)			410,9		

Erläuterungen:

Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben für die Schiffsbrandbekämpfung.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 62 zu verwenden.

232 62	044	Zuweisung von Ländern	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

233 62	044	Zuweisung von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 62			423,0	411,1	411,1
			410,9		

65 Havariekommando

232 65	044	Zuweisung der Länder	296,0	294,0	406,0
(TG 65)			359,8		

Übertragen von 0410 - 232 65 (TG 65).

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 232 65

Erläuterungen:

Anteil anderer Länder an den Kosten des Havariekommandos.
Vgl. Titel 632 65 (TG 65).

389 65	991	Erstattung von Kosten für das Havariekommando	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		

Übertragen von 0410 - 389 65 (TG 65).

Erläuterungen:

Vgl. Titel 632 65 (TG 65).

Summe der Titelgruppe 65		296,0	294,0	406,0
		359,8		
Summe der Einnahmen		850,0	821,1	943,1
		1.058,8		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

422 01	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	303,7 215,8	316,4	316,4
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Bezüge	309.800	309.800
2.	Lehrzulagen	6.600	6.600
Summe		316.400	316.400

422 03	044	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	45,0 37,3	46,9	46,9
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

427 01	044	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,8 11,6	1,9	1,9
--------	-----	--	--------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Der Internatsbetrieb der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein erfordert die ständige Vorhaltung des Personals. Bei Erkrankungen ist neben der Anordnung von Mehrarbeitsstunden erforderlich, auch Vertretungs- und Aushilfskräfte einzustellen.

427 02	044	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	10,5 28,3	10,9	10,9
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für nebenamtliche Lehrkräfte für Sonderthemen, die nicht durch Lehrkräfte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein abgedeckt werden können (insbesondere für Spezialthemen bei der Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes).

428 01	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.100,3 1.166,7	1.084,0	1.021,5
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Eingespart wurden jeweils 60,0 T€ gemäß Konzept "10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020".

453 01	044	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	10,0 9,9	12,0	12,0
--------	-----	--	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Trennungsgeld für die Anwärtinnen und Anwärter im gehobenen und höheren feuerwehrtechnischen Dienst.

511 01	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	70,0 54,6	65,0	70,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	20.000	20.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	10.000	10.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.000	1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunkgebühren	6.000	6.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	10.000	10.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	7.000	12.000
7.	Unterhaltung von Geräten	11.000	11.000
8.	Sonstiges	0	0
Summe		65.000	70.000

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

514 01	044	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	210,0 227,7	250,0	260,0
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 01 geleistet werden.

Schadenersatzleistungen Dritter und Einnahmen aus der Abgabe von Betriebsstoffen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	95.000	100.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	15.000	15.000
3.	Verbrauchsmittel	130.000	135.000
4.	Sonstiges	10.000	10.000
Summe		250.000	260.000

Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2011	Soll 2012	Tatsächlicher Bestand am 1.2.10
Einsatzleitfahrzeuge	1	1	3
Wirtschaftsfahrzeuge	2	2	0
Gefahrgutübungsanlagen	1	1	1
Löschfahrzeuge	7	7	8
Mehrzweckfahrzeuge	5	5	6
Motorgeräte	2	2	2
Rüst- und Gerätewagen	2	2	3
Tragkraftspritzen	5	5	5
Wechseladerfahrzeuge	1	1	1
Abrollbehälter	3	3	2
Zusammen	29	29	31

517 01	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	50,0 51,5	55,0	60,0
---------------	------------	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Reinigungsmittel für den Küchenbetrieb, Kleinreparaturen	15.000	20.000
2.	Wasser, Abwasser, Abfälle	40.000	40.000
Summe		55.000	60.000

518 99	044	Leasingraten für Kopiergeräte	10,0 6,6	10,0	10,0
---------------	------------	--------------------------------------	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Leasing-Kosten für 2 Kopiergeräte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein.

525 01	044	Aus- und Fortbildung	185,0 211,4	220,0	220,0
---------------	------------	-----------------------------	-----------------------	--------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 01 geleistet werden.

Erstattungen aufgrund zentraler Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für den Katastrophenschutz/Zivilschutz sind von der Ausgabe abzusetzen.

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	52.000	52.000
2.	Reisekosten und sonstige Nebenkosten	25.000	25.000
3.	Lehr- und Lernmittel	107.000	107.000
4.	Katastrophenschutzseminare	24.000	24.000
5.	Sonstiges	12.000	12.000
Summe		220.000	220.000

526 04	044	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	1,0 0,7	0,5	0,5
--------	-----	--	------------	-----	-----

526 05	044	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,4	1,0	1,0
--------	-----	--------------------------	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Kosten für die Untersuchung der Lehrkräfte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein. Insbesondere nach dem berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G 26 muss durch arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen festgestellt werden, ob gegen das Tragen von Atemschutzgeräten gesundheitliche Bedenken bestehen.

527 01	044	Dienstreisen	6,0 4,1	6,0	6,0
--------	-----	--------------	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Dienstreisen, insbesondere für die Betreuung der Ausbildung auf der Ebene der Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände.

546 99	044	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	2,0 2,5	2,5	2,5
--------	-----	--	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	500	500
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0	0
4.	Ausschreibungen für Neueinstellungen	1.000	1.000
5.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000	1.000
Summe		2.500	2.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommenssteuerrechts verfolgt.

811 01	044	Erwerb von Fahrzeugen	100,0 279,0	380,0	170,0
--------	-----	-----------------------	----------------	-------	-------

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 811 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen	0	0
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	2 Personenkraftfahrzeuge (Wirtschaftsfahrzeuge)	60.000	0
2.2	Abrollbehälter Gefahrgut mit Beladung	320.000	0
2.3	Kommandowagen	0	40.000
2.4	Mannschaftstransportfahrzeug	0	50.000
2.5	Löschgruppenfahrzeug LF 10/6	0	80.000
	Summe	380.000	170.000

812 01	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	30,0 39,4	120,0	40,0
--------	-----	--	---------------------	--------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Geräte für die Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes sowie einmalig in 2011 der Austausch der analogen BOS-Funkanlagen gegen digitale Funkanlagen im Rahmen der Einführung des digitalen BOS-Bündelfunks des Landes.

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen		
1.1	Geräte für die Ausbildung	20.000	20.000
1.2	mobile digitale Funkanlagen	56.500	0
1.3	stationäre digitale Funkanlagen	23.500	0
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>100.000</i>	<i>20.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Geräte für die Ausbildung	20.000	20.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>20.000</i>	<i>20.000</i>
	Zusammen	120.000	40.000

61 Förderung des Feuerwehrwesens

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Zuweisungen an die Träger des Feuerwehrwesens und alle Ausgaben für Maßnahmen zur Förderung des Feuerwehrwesens veranschlagt.

Die Ausgaben der Titelgruppe 61 werden aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer finanziert und zweckgebunden zur Förderung des Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein verwendet.

526 61	044	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

(TG 61)

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 61	044	Pflege des Informationssystems	10,0 0,0	10,0	10,0
--------	-----	---------------------------------------	--------------------	-------------	-------------

(TG 61)

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 533 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Schulungsmaßnahmen	3.100	3.100
2.	Reisekosten und Verdienstausschuss der Mitglieder EDV-Ausschuss	1.100	1.100
3.	Hardware und Datenträger	2.000	2.000
4.	Anteil Pflegevertrag IGS-fire	3.800	3.800
Summe		10.000	10.000

Veranschlagt sind Kosten für die Fachanwendungen "Informationssystem über gefährliche Stoffe und Güter - IGS fire" und ein Feuerwehrverwaltungsprogramm. Es entstehen Ausgaben für Pflege, Weiterentwicklung und Erweiterung der Software sowie Wartung, Reparatur und Erweiterung der Hardware. Darüber hinaus entstehen Kosten für die Schulung der Anwenderinnen und Anwender.

534 61	044	Kosten der Verwaltungsaufsicht im Feuerwehrwesen und für Aufklärung und Werbung	100,0	95,0	70,0
(TG 61)			59,6		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Kosten der Verwaltungsaufsicht		
1.1	Reisekosten, Fachliteratur, Dienstkleidung	10.500	10.500
2.	Aufklärung und Werbung		
2.1	in der Feuerwehr		
2.1.1	allgemein (Brandschutz, Dienstbesprechungen)	1.500	1.500
2.1.2	Herausgabe von Feuerwehr-Dienstvorschriften (FwDV)	10.000	10.000
2.1.3	Herausgabe von Ausbildungsmaterialien	4.500	4.500
2.1.4	Herausgabe der Feuerwehrfachzeitschrift "Feuerwehr"	12.000	12.000
2.1.5	Projekt "kindgerechte Aufklärungsbroschüre" im Rahmen der Brandschutzerziehung/-aufklärung	25.000	0
3.	Beschaffung von Ehrengaben und Brandschutz-Ehrenzeichen	31.500	31.500
Summe		95.000	70.000

535 61	044	Anteilige Kosten für die Projektgruppe Digitalfunk	20,0	20,0	20,0
(TG 61)			0,0		

584 61	921	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	400,0	400,0	400,0
(TG 61)			400,0		

Erläuterungen:

Zuführung der nach § 19 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz aus dem Kommunalen Investitionsfonds in Anspruch genommenen Mittel aus dem "Sondervermögen Landesfeuerweherschule".

632 61	044	Beiträge zu den Einrichtungen im Feuerlöschwesen	38,0	38,0	38,0
(TG 61)			25,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Beitrag Brandschutzforschung	30.000	30.000
2.	Beitrag Normung	6.500	6.500
3.	Beitrag Prüfung Einsatzschutzkleidung	1.500	1.500
Summe		38.000	38.000

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

633 61	044	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte	400,0	1.500,0	1.500,0
(TG 61)			400,0		

1.100,0 T€ übertragen von 0405 - 88361 (TG 61).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuweisungen zu den Kosten der Träger des Feuerwehrwesens für den Besuch von Lehrgängen an der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein sowie für Maßnahmen der Aus- und Fortbildung auf Kreisebene gem. § 31 Finanzausgleichsgesetz i.V.m. der Richtlinie zur Förderung des Feuerwehrwesens vom 14. Januar 2003 (Amtsbl. Schl.-H. S. 74).

636 61	044	Beitrag an die Feuerwehr-Unfallkasse Nord	35,0	35,0	35,0
(TG 61)			30,9		

Erläuterungen:

Das Land beteiligt sich an den Mehrleistungen der Feuerwehr-Unfallkasse Nord mit einer Zuweisung in Höhe von 50 v.H. aus Mitteln der Feuerschutzsteuer.

684 61	044	Zuführung an den Landesfeuerwehrverband-Sozialfonds	10,0	10,0	10,0
(TG 61)			0,0		

Erläuterungen:

Der Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein verfügt über einen Sozialfonds, aus dem er freiwillige Zuwendungen bei Feuerwehrunfällen gewährt. Das Land trägt davon 50 v.H. und hat den Fonds mit einem Grundkapital in Höhe von 40,0 T€ ausgestattet.

685 61	044	Zuschüsse an Körperschaften, Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen	50,0	69,9	69,9
(TG 61)			50,0		

Erläuterungen:

Zuwendung

Ziel:

Wahrnehmung koordinierender Tätigkeiten für alle Kreis- und Stadtfeuerwehrverbände

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Institutionelle Förderung des Landesfeuerwehrverbandes	49.900	49.900
2.	Feuerwehrtechnische Veranstaltungen der Jugendfeuerwehren	10.000	10.000
3.	Landeszentralstelle Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)	10.000	10.000
Summe		69.900	69.900

Neben der institutionellen Förderung werden besondere Maßnahmen des Landesfeuerwehrverbandes und der schleswig-holsteinischen Jugendfeuerwehren gefördert, insbesondere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehren.

686 61	044	Zuschüsse an den Landesfeuerwehrverband für den Betrieb der Ausbildungsstätte Rendsburg	170,0	170,0	170,0
(TG 61)			170,0		

Erläuterungen:

Zuwendung

Ziel:

Unterstützung der praktischen und theoretischen Ausbildung der Angehörigen von Jugendfeuerwehren

Das Jugendfeuerwehrzentrum Schleswig-Holstein in Rendsburg erhält aus Mitteln der Feuerschutzsteuer einen Zuschuss zu den laufenden Betriebskosten (Vertrag vom 26. Oktober 1999).

812 61	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0	0,0
(TG 61)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 61	044	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionen	7.273,4	5.723,0	6.076,0
(TG 61)			6.156,6		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 883 61

1.100,0 T€ übertragen nach 63361 (TG 61).

Erläuterungen:

Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer fließt gem. § 31 Finanzausgleichsgesetz nach der Finanzierung besonderer Maßnahmen den Kreisen und kreisfreien Städten zu.

Summe der Titelgruppe 61	8.506,4	8.070,9	8.398,9
	7.292,4		

62 Schiffsbrandbekämpfung

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 62 - mit Ausnahme des Titels 231 62 - überschritten werden.

Die tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 62 (TG 62) sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 62 zu verwenden.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Mittel für Aufgaben der Sicherstellung der Schiffsbrandbekämpfung auf der Seewasserstraße Ostsee veranschlagt, soweit nicht die Zuständigkeit des Bundes gegeben ist.

Des Weiteren sind in der Titelgruppe die Mittel für den Feuer- und Katastrophenschutz auf der Unterelbe im Raum Cuxhaven/ Brunsbüttel veranschlagt. Aufgrund der hierzu in 1990 geschlossenen Vereinbarung erstattet der Bund dem Land 50 v.H. der an die Stadt Brunsbüttel zu zahlenden Leistungen für die laufenden zusätzlichen Personal- und Sachkosten der freiwilligen Feuerwehr (Titel 633 62) und das Land dem Bund 50 v.H. der laufenden Kosten für das Chartern eines Feuerlöschschleppers (Titel 631 62).

511 62	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

525 62	044	Aus- und Fortbildung	48,0	33,0	33,0
(TG 62)			5,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aus- und Fortbildungskosten an der Marinetechnikschule in Neustadt und an der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein in Harrislee und gegebenenfalls anderen Ausbildungseinrichtungen.

527 62	044	Dienstreisen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 62	044	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

631 62	044	Landesanteil für die Bereitstellung eines Feuerlöschschleppers	62,0	56,5	56,5
(TG 62)			56,5		

Übertragen von 0405 - 671 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Die Bereitstellung eines Feuerlöschschleppers für den Feuerschutz auf der Unterelbe (einschl. Übungen) erfolgt durch private Gesellschaften. Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes in Höhe von 50 v.H. bei einer Kostenübernahme des Bundes gemäß Vertrag vom 9. Februar/15. Mai/30.Mai 1990.

633 62	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	846,0	822,1	822,1
(TG 62)			820,9		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 633 62

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	BF Kiel	135.800	135.800
2.	BF Flensburg	135.800	135.800
3.	BF Lübeck	135.800	135.800
4.	FF Brunsbüttel	414.700	414.700
Summe		822.100	822.100

Der Bund trägt 50 v.H.; vgl. Titel 231 62 (TG 62).

671 62	044	Landesanteil für die Bereitstellung von Feuerlöschschleppern	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Übertragen nach 0405 - 631 62 (TG 62).

812 62	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 62			956,0	911,6	911,6
			882,7		

65 Havariekommando

632 65	044	Anteil an den Kosten für das Havariekommando (Brandschutz)	360,0	359,0	478,2
(TG 65)			276,4		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 389 65 (TG 65) und der Mehreinnahmen bei Titel 232 65 (TG 65) geleistet werden.

Übertragen von 0410 - 632 65 (TG 65).

Erläuterungen:

Die Kosten der Länder für das Havariekommando werden vom Land Schleswig-Holstein als Abrechnungsstelle gegenüber dem Bund getragen. Die Länder erstatten dem Land Schleswig-Holstein die von ihnen zu tragenden Anteile. Vgl. Titel 232 65 (TG 65).

Auf Schleswig-Holstein entfallen nach dem Verteilungsschlüssel des Schadstoffbekämpfungsabkommens 30 v.H. der Gesamtkosten für das Havariekommando.

Im Jahr 2012 mehr in Folge der Einrichtung von technischen Arbeitsstationen (sog. "Spezialarbeitsplätze") im Rahmen der Neustrukturierung des Maritimen Sicherheitszentrums.

Summe der Titelgruppe 65			360,0	359,0	478,2
			276,4		

69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.

422 69	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	239,0	249,1	249,1
(TG 69)			228,9		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
428 69	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	110,5	115,1	115,1
(TG 69)			48,1		
Summe der Titelgruppe 69			349,5	364,2	364,2
			277,0		
Summe der Ausgaben			12.308,2	12.287,8	12.402,5
			11.076,0		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	41,0 119,2	26,0	36,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	809,0 939,6	795,1	907,1
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			850,0 1.058,8	821,1	943,1
41 - 49		Personalausgaben	1.820,8 1.746,6	1.836,3	1.773,8
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	713,0 624,4	768,0	763,0
56 - 59		Schuldendienst	400,0 400,0	400,0	400,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.971,0 1.830,0	3.060,5	3.179,7
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	7.403,4 6.475,0	6.223,0	6.286,0
Gesamtausgaben			12.308,2 11.076,0	12.287,8	12.402,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-11.458,2 -10.017,2	-11.466,7	-11.459,4

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Das Kapitel 04 07 ist nach Kapitel 09 13 übertragen worden.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Das Kapitel 04 10 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 63 Digitalfunk
- 65 Havariekommando
- 67 Katastrophenschutz
- 71 Kriminaltechnik

Ausgaben

- 61 Besonderer Einsatz der Polizei
- 62 Polizei-Bigband
- 63 Digitalfunk
- 64 Fahndung, Ermittlung, Einsatz
- 65 Havariekommando
- 66 Rat für Kriminalitätsverhütung
- 67 Katastrophenschutz
- 68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition
- 69 Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)
- 70 Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)
- 71 Kriminaltechnik

Die Mehreinnahmen der Titel 111 06, 124 02, 125 01, 125 04, 271 01 und 272 01 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln der Hauptgruppen 5 bis 8 verwendet werden.

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.

Einnahmen

111 01	042	Gebühren und tarifliche Entgelte	2.421,0 2.541,2	1.930,0	1.930,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung, der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren und der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr.

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung	620.000	620.000
2.	Verwaltungsgebühren und verauslagte Verwaltungskosten	1.310.000	1.310.000
	Summe	1.930.000	1.930.000

111 05	042	Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung mit Ausnahme von Verwarnungsgeld	75,0 13,5	0,0	0,0
--------	-----	---	---------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

111 06	042	Einnahmen aus der Durchführung von kriminaltechnischen Untersuchungen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 04 10 - 111 71

112 01	042	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	9.989,0 10.095,8	10.100,0	10.100,0
--------	-----	--	----------------------------	-----------------	-----------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 112 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Einnahmen aus Verwarnungsgeldern, die von der Polizei festgelegt werden	10.098.000	10.098.000
2.	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	2.000	2.000
Summe		10.100.000	10.100.000

119 02	042	Einnahmen der Verwaltungsbereiche der Polizei	128,0 95,3	128,0	128,0
--------	-----	--	----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Einnahmen aus Schadensersatz gegen Dritte	115.000	115.000
2.	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	12.000	12.000
3.	Sonstiges	1.000	1.000
Summe		128.000	128.000

119 99	042	Vermischte Einnahmen	92,0 9,3	20,0	20,0
--------	-----	-----------------------------	--------------------	-------------	-------------

122 01	042	Einnahmen aus Konzessionsabgaben	90,0 60,7	65,0	65,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Aufkommen aus Konzessionsverträgen über den Anschluss von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen bei den Polizeidienststellen.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	48,0 81,9	80,0	80,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Entgelte für Nutzung von Raumschießanlagen durch den Bund und andere Länder	50.000	50.000
2.	Sonstige Einnahmen	30.000	30.000
Summe		80.000	80.000

Die Sportanlagen in Eutin-Hubertushöhe (PDAFB) dürfen in Abweichung von § 52 LHO Sportvereinen außerhalb der für die Landespolizei festgesetzten Dienststunden unentgeltlich überlassen werden.

124 02	042	Einnahmen aus der Verpachtung von Kantinenbetrieben	8,0 3,1	4,0	4,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Verpachtung der Kantinen der Landespolizei in Eutin, Kiel und Lübeck.

124 04	042	Einnahmen aus der Finanzierungsbeteiligung der kommunalen Träger an der Regional-Leitstelle in Harrislee	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 124 01

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

125 01 042 **Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung** **312,0** **332,0** **332,0**
219,9

Erläuterungen:

Die Einzahlungen richten sich nach der Vorschrift über die Verpflegung am Standort der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des Landes Schleswig-Holstein (Polizeiverpflegungsvorschrift - PVerpfIV) vom 2. Mai 2005 - IV 435-60.00 - in der derzeit gültigen Fassung.

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Einzahlungen von Pflichtteilnehmern einschließlich Herstellungspauschale	300.000	300.000
2.	Einzahlungen freiwilliger Essensteilnehmer/-innen	30.000	30.000
3.	Sonderessen	2.000	2.000
Summe		332.000	332.000

Bei der Berechnung der Verpflegungsgelder werden die für die Beschaffung der Lebensmittel entstehenden Ausgaben zugrunde gelegt. Freiwillige Teilnehmer/-innen an der Mittagsverpflegung zahlen daneben erhöhte anteilige Herstellungskosten. Die Kosten für die Zubereitung der Gemeinschaftsverpflegung sowie die Bewirtschaftung der Küchen sind bei den entsprechenden Sachtiteln veranschlagt.

125 02 042 **Einnahmen aus der Tätigkeit der Polizei Bigband** **65,0** **50,2** **50,2**
45,9

Erläuterungen:

Siehe Titelgruppe 62.

125 03 042 **Einnahmen der Kraftfahrzeugwerkstätten der Landespolizei** **50,0** **50,0** **50,0**
44,8

125 04 042 **Einnahmen aus der Aus- und Fortbildung von Bediensteten anderer Länder** **0,0** **0,0** **0,0**
1,4

Erläuterungen:

Vorgesehen für Erstattungen anderer Länder für die Teilnahme von deren Bediensteten an Aus- und Fortbildungsvorhaben der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein.

132 01 042 **Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen** **120,0** **120,0** **120,0**
570,7

231 01 042 **Zuweisungen des Bundes zur Durchführung eines Hilfsprogramms für osteuropäische Staaten** **0,0** **0,0** **0,0**
0,0

231 02 042 **Zuweisung im Rahmen des Bundesprogramms "kompetent für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus"** **0,0** **0,0** **0,0**
76,6

Erläuterungen:

Vgl. Titel 0410 - 671 66 (TG 66)

231 03 042 **Erstattung des Bundes im Rahmen der Durchführung von Kontrollen zur Gefahrenabwehr im Seeverkehr** **10,0** **8,0** **8,0**
0,0

Erläuterungen:

Veranschlagt aufgrund der " Vereinbarung über die Kostenerstattung durch den Bund für die Durchführung von Kontrollen gemäß Regel 9 von Kapitel XI-2 der Anlage des SOLAS-Übereinkommens durch die Wasserschutzpolizei des Landes Schleswig-Holstein", unterzeichnet am 11. September 2007/15. Januar 2008.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
232 01	042	Zuweisungen von Mehrkosten aus Anlass des Einsatzes von Polizeikräften in anderen Ländern	800,0 1.823,5	850,0	850,0
271 01	528	Erstattung der EU für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiresourcen	0,0 16,4	15,0	15,0
Erläuterungen: Veranschlagt für die anteilige Erstattung der Kosten für die Wahrnehmung der Fischereiaufsicht gemäß der Entscheidung der Kommission 2005/424/EG vom 03. Juni 2005 und 2006/392/EG vom 30. Mai 2006 sowie der (EG) Nr. 391/2007.					
272 01	042	Zuschüsse der EU für Projekte der Landespolizei Schleswig-Holstein und im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit	0,0 41,0	0,0	0,0
286 02	528	Erstattung der EU für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiresourcen	0,0 0,0	0,0	0,0
Übertragen nach 04 10 - 271 01					
286 03	042	Erstattung des Bundes im Rahmen der Durchführung von Kontrollen zur Gefahrenabwehr im Seeverkehr	0,0 0,0	0,0	0,0
Übertragen nach 04 10 - 231 03					
356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
359 01	951	Entnahme aus der Rücklage Polizeidienstkleidung	0,0 320,0	0,0	0,0
63 Digitalfunk					
124 63 (TG 63)	042	Einnahmen von Dritten aus der Mitnutzung landeseigener Basisstationen für den Digitalfunk	0,0 0,0	24,5	32,0
231 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für die Bereitstellung eines digitalen Sprech- und Datenfunkverkehrs	0,0 0,0	1.417,0	1.843,0
Erläuterungen: Einnahmen aus der Nutzung landeseigener Digitalfunktechnik durch externe Nutzer, z. B. Bund, Kommunen, Rettungsdienste und andere.					
233 63 (TG 63)	042	Erstattung der Kommunen für Leitungsgebühren und Systemwartung der kooperativen Regionalleitstellen	220,0 0,0	220,0	220,0
331 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen des Bundes für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	4.408,2 0,0	1.782,0	0,0
Erläuterungen: Der Bund beteiligt sich an den Kosten der nach aktueller Planung insgesamt 170 in Schleswig-Holstein zu erstellenden Basisstationen. Der Anteil des Bundes beträgt 52 von 170. Siehe Titelgruppe 63					
333 63 (TG 63)	042	Kostenerstattung der Kommunen für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunkverkehrs	0,0 9,6	0,0	0,0

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
359 63	951	Entnahme aus der Rücklage "Digitalfunk"	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		
		Erläuterungen: Siehe Titelgruppe 63			
Summe der Titelgruppe 63			4.628,2	3.443,5	2.095,0
			9,6		
65 Havariekommando					
232 65	044	Zuweisungen der Länder	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		
		Übertragen nach 0405 - 232 65 (TG 65).			
389 65	991	Erstattung von Kosten für das Havariekommando	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		
		Übertragen nach 0405 - 389 65 (TG 65).			
Summe der Titelgruppe 65			0,0	0,0	0,0
			0,0		
67 Katastrophenschutz					
111 67	049	Einnahmen nach der Kampfmittelverordnung und sonstige Entgelte	200,0	280,0	280,0
(TG 67)			278,5		
		Erläuterungen: Veranschlagt ist die Erstattung der Kosten zur Beseitigung und Vernichtung deutscher bzw. ehemals reichseigener Munition durch den Bund, die Bundesländer und andere Auftraggeber nach der Kampfmittelverordnung. Vgl. 0410 - TG 68.			
112 67	045	Einnahmen der Verwaltungsbereiche Katastrophenschutz	23,0	5,0	5,0
(TG 67)			0,0		
119 67	045	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0	10,0
(TG 67)			22,8		
132 67	049	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	10,0	10,0	10,0
(TG 67)			0,0		
231 67	049	Sonstige Zuweisungen vom Bund	400,0	400,0	400,0
(TG 67)			424,0		
		Erläuterungen: Anteil des Bundes an den Kosten der Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition (Erstattungsleistung 30 %).			
271 67	045	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes SAFECOAST im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programms	0,0	0,0	0,0
(TG 67)			73,2		
		Erläuterungen: Siehe Titel 0410 - 422 67, 428 67, 534 67 und 981 67.			

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
359 67	951	Entnahme aus der Rücklage "Rückzahlung Landeszuschüsse für Investitionen der Kreise und kreisfreien Städte"	0,0	0,0	0,0
	(TG 67)		0,0		
Summe der Titelgruppe 67			643,0	705,0	705,0
			798,5		
71 Kriminaltechnik					
Erläuterungen:					
Aufgrund eines Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union (2009/905 /JI) sollen die kriminaltechnischen Kernbereiche DNA-Analysen und daktyloskopische Daten akkreditiert werden.					
111 71	042	Einnahmen aus der Durchführung von kriminaltechnischen Untersuchungen	0,0	5,0	5,0
	(TG 71)		7,5		
Summe der Titelgruppe 71			0,0	5,0	5,0
			7,5		
Summe der Einnahmen			19.479,2	17.905,7	16.557,2
			16.876,6		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	233.237,4 251.528,1	257.908,1	259.264,7
---------------	------------	--	-------------------------------	------------------	------------------

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410 - 356 05 überschritten werden.

Über § 10 Abs. 1 HG 2011/12 hinaus einseitig deckungsfähig zu Gunsten 916 05.

11.232.600 € übertragen von 0410 - 42202.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Bezüge	241.345.600	242.702.200
2.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	3.970.000	3.970.000
3.	Entschädigung für nicht gewährte Dienstbefreiung	500.000	500.000
4.	Polizeizulage	10.540.000	10.540.000
5.	Besondere Zulagen für Taucher, verdeckte Ermittler; sonstige Erschwerniszulagen	32.500	32.500
6.	Wechselschicht-/Schichtdienstzulage	1.520.000	1.520.000
	Summe	257.908.100	259.264.700

422 02	042	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	11.232,6 2.423,8	0,0	0,0
---------------	------------	---	----------------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

11.232.600 € aufgrund der Änderung des Dienstrechtes übertragen nach 0410 - 422 01.

422 03	042	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	6.976,4 4.384,3	7.269,4	7.269,4
---------------	------------	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Bezüge	6.884.400	6.884.400
2.	Polizeizulage	250.000	250.000
3.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	135.000	135.000
	Summe	7.269.400	7.269.400

425 01	042	Vergütungen der Angestellten	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	-------------------------------------	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

427 01	042	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 140,1	0,0	0,0
---------------	------------	--	---------------------	------------	------------

428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	30.008,6 32.649,0	31.269,0	31.269,0
---------------	------------	--	-----------------------------	-----------------	-----------------

443 02	042	Heilfürsorge und Sonderkuren	9.091,0 10.152,9	10.600,0	10.600,0
---------------	------------	-------------------------------------	----------------------------	-----------------	-----------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 443 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten der Heilfürsorge gem. § 112 Landesbeamten-gesetz (LBG) in Verbindung mit den dazu erlassenen Heilfürsorgebestimmungen. Anspruch auf Heilfürsorge haben alle Polizeivollzugs-beamtinnen und -beamten, solange sie Dienst- oder Anwärterbezüge erhalten, und der Gewährung der Heilfürsorge nicht schriftlich widersprochen haben (§ 112 Abs. 3 LBG). Darüber hinaus sind Kosten von Sonderkuren im Rahmen der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge für im Schichtdienst tätige Polizeivollzugs-beamtinnen und -beamte vorgesehen. Aus diesem Titel werden auch die Ausgaben aufgrund von Werk-verträgen für die Abrechnung von Leistungen der Heilfürsorge getragen.

453 01	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	405,0 404,8	440,0	440,0
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Deckungsfähig mit 0410 - 453 67 TG 67.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld	310.000	310.000
2.	Umzugskostenvergütung	130.000	130.000
	Summe	440.000	440.000

453 03	042	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	660,0 478,1	510,0	510,0
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind persönliche Gebühren für alle in der Ausbildung, Umschulung und Fortbildung befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Ausbildung	400.000	400.000
2.	Fortbildung	110.000	110.000
	Summe	510.000	510.000

459 03	042	Pauschalabfindungen	30,0 18,3	22,0	22,0
---------------	------------	----------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Abfindungen der Polizeivollzugs-beamtinnen und -beamten der Schutzpolizei für besondere Aufwendungen im Dienst aufgrund der vom Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium herausgegebenen Bestimmungen (Pauschalvergütungsbestimmungen).

511 01	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.425,0 5.714,1	4.675,0	4.675,0
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Einnahmen aus dem Verkauf ungeeigneter Junghunde sind von der Ausgabe (Pos. 12) abzusetzen.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial, Druck- und Buchbindearbeiten	625.000	625.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	330.000	330.000
3.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.400.000	1.400.000
4.	Gebühren für Notrufeinrichtungen	365.000	365.000
5.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	650.000	650.000
6.	Beschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	15.000	15.000
7.	Beschaffung und Unterhaltung von Verkehrsgeräten (Überwachung, Sicherung und Unfallaufnahme)	227.000	227.000
9.	Beschaffung und Unterhaltung von Waffen und waffentechnischen Geräten	320.000	320.000
10.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten für den Umweltschutz	15.000	15.000
11.	Unterhaltung und Betrieb von Fernmeldeeinrichtungen der Polizei	270.000	270.000
12.	Ausgaben für Polizeidiensthunde	200.000	200.000
13.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten für die Umsetzung der Gesamthafenrichtlinie	8.000	8.000
14.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das LKA	250.000	250.000
Summe		4.675.000	4.675.000

514 01	042	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	9.870,0	9.620,0	9.620,0
			9.463,3		

Erläuterungen:

Belastungen aus

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorvorjahren	0	0
2.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE des Vorjahres	0	0
Summe		0	0

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen		
1.1	Treib- und Schmierstoffe	4.420.000	4.420.000
1.2	Unterhaltung und Instandsetzung	2.150.000	2.100.000
1.3	Gebrauchsgegenstände	35.400	35.400
2.	Betrieb und Unterhaltung von Wasserfahrzeugen		
2.1	Treib- und Schmierstoffe	574.000	574.000
2.2	Unterhaltung und Instandsetzung	710.000	710.000
2.3	Gebrauchsgegenstände	0	0
3.	Ersatz und Unterhaltung von Dienstfahrrädern	10.000	10.000
4.	Verbrauchsmittel		
4.1	Verpflegungskosten	600.000	600.000
4.2	Kriminal- und fototechnische Bedarfe	260.000	270.900
4.3	Munition und sonstige waffentechnische Bedarfe	722.600	761.700
4.4	Fernmeldetechnische Bedarfe	12.000	12.000
5.	Sonstiges		
5.1	Entschädigung für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 Abs. 1 und 2 BRKG)	126.000	126.000
Summe		9.620.000	9.620.000

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 514 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Bekleidung und Ausrüstung	747.000	747.000
2.	Kleidergeld	1.025.000	1.025.000
3.	Sonderbedarf (Sonder-Schutzkleidung)	83.000	83.000
4.	Auslagen und Leistungsentgelt für Bekleidungsbewirtschaftung	345.000	345.000
5.	Sonstiges	0	0
Summe		2.200.000	2.200.000

517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	601,3	470,0	470,0
			464,4		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Nebenkosten für Drittanmietungen	30.000	30.000
2.	Nebenkosten und Abgaben für landeseigene Liegenschaften	39.500	39.900
3.	Reinigung Unterkunftswäsche	65.000	65.000
4.	Ausgaben für Leuchtmittel u. a.	60.000	60.000
5.	Wiederkehrende Prüfung ortsveränderlicher Betriebsmittel	75.500	75.100
6.	Sonstiges (z. B. HB Bau -K 26 Ziff. 4-)	200.000	200.000
Summe		470.000	470.000

Veranschlagt sind die Bewirtschaftungs- und Nebenkosten für nicht dauerhafte Drittanmietungen. Die Veranschlagung für dauerhafte Drittanmietungen und deren Folgekosten erfolgt seit 2009 durch das Finanzministerium.

517 91	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH	0,0	0,0	0,0
			0,0		

Übertragen nach 1220 - 517 91

518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	282,2	132,0	132,0
			149,4		

Erläuterungen:

Veranschlagt für nicht dauerhafte Anmietungen.

518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	30,0	27,0	27,0
			24,3		

518 03	042	Anmietung von Objekten für Zwecke der Ausbildung bei der PD für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei und dem Landeskriminalamt	80,0	35,0	35,0
			32,1		

518 91	042	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0	0,0
			0,0		

Übertragen nach 1220 - 518 91

518 99	042	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge	1.396,7	40,0	41,0
			3.615,5		

Einseitig deckungsfähig zu Lasten 0410 - 811 01.

525 01	042	Aus- und Fortbildung	1.660,0	1.730,0	1.589,0
			1.133,9		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Lehr- und Lernmittel in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	50.000	50.000
2.	Schulgeld, Unterrichtsentschädigungen, Honorare und Prüfungsgebühren	1.460.000	1.370.000
3.	Kosten der Sportausbildung	50.000	50.000
4.	Grenzüberschreitendes deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt der Polizei (EU-Zuschuss).	0	0
5.	Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen	70.000	70.000
6.	Sonstiges	100.000	49.000
Summe		1.730.000	1.589.000

526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	14,0 82,6	90,0	90,0
---------------	------------	--------------------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Im Ansatz enthalten sind auch Kosten, die im Rahmen des Rechtsschutzes für Polizeibeamtinnen und -beamte entstehen.

526 04	042	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	71,0 64,9	60,6	60,6
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Ausgaben in Personalvertretungsangelegenheiten	58.000	58.000
2.	Ausgaben in Schwerbehindertenangelegenheiten	2.600	2.600
Summe		60.600	60.600

Zu Position 1:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen der Mitglieder des Hauptpersonalrats, der Jugend- und Ausbildungsververtretungen, für die Bezirkspersonalräte und örtlichen Personalräte der Landespolizei sowie Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Personalvertreterinnen und Personalvertreter und sonstige Ausgaben. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 BRKG) gezahlt werden.

Zu Position 2:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen der Vertrauensfrauen und Vertrauensmänner, der Hauptvertrauensfrau und des Hauptvertrauensmannes der Schwerbehinderten sowie Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter und sonstige Ausgaben. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 BRKG) gezahlt werden.

526 05	042	Ärztliche Untersuchungen	2,0 1,8	2,5	2,5
---------------	------------	---------------------------------	-------------------	------------	------------

526 06	042	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Personen, die einer Straftat verdächtig werden	350,0 476,6	449,0	449,0
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 526 06

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Arzthonorar	200.000	200.000
2.	Laborkosten	169.000	169.000
3.	Beschaffung von Alcoteströhrchen, Mundstücken für Atemalkoholmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	30.000	30.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	50.000	50.000
Summe		449.000	449.000

526 07	042	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern	1.260,0 1.380,4	1.340,0	1.340,0
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Arzthonorar	580.000	580.000
2.	Laborkosten	520.000	520.000
3.	Beschaffung von Alcoteströhrchen, Mundstücken für Atemalkoholmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	120.000	120.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	120.000	120.000
Summe		1.340.000	1.340.000

526 08	042	Zeugenentschädigungen	15,0 21,6	22,0	22,0
---------------	------------	------------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aufwendungen nach dem Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts vom 5. Mai 2004 (BGBl. I, Nr. 21 S. 718), Artikel 2 - Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG), für Personen, die von der Polizei im Ermittlungsverfahren als Zeugen herangezogen werden.

526 09	042	Kosten der Einigungsstelle	1,0 0,0	1,0	1,0
---------------	------------	-----------------------------------	-------------------	------------	------------

526 99	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	17,5 0,0	17,5	17,5
---------------	------------	---	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gutachten und Stellungnahmen von Sachverständigen außerhalb der Landesverwaltung, insbesondere für die Bereiche Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrssicherheitsarbeit und Gefahrenabwehr sowie für evtl. erforderlich werdende Gutachten in Personalvertretungsangelegenheiten.

527 01	042	Dienstreisen	190,0 222,2	210,0	210,0
---------------	------------	---------------------	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	190.000	190.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	20.000	20.000
Summe		210.000	210.000

531 01	042	Nachwuchswerbung der Polizei	35,0 33,7	35,0	35,0
---------------	------------	-------------------------------------	---------------------	-------------	-------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
531 02	042	Öffentlichkeitsarbeit	30,0 30,9	5,0	5,0
533 03	042	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Abrechnung von Leistungen der Heilfürsorge Weggefallen Erläuterungen: Veranschlagt bei 0410 - 443 02.	0,0 0,0	0,0	0,0
533 04	042	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Durchführung molekulargenetischer Untersuchungen Übertragen nach 04 10 - 533 71	0,0 0,0	0,0	0,0
533 99	042	Leistungsentgelte an die GMSH Künftig wegfallend.	33,0 0,0	0,0	0,0
534 01	042	Ausgaben für Kantinenzwecke	5,0 0,2	1,0	1,0
534 02	042	Durchführung von Projekten der Staaten des Ostseeraumes im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit	0,0 0,0	0,0	0,0
534 03	042	Kosten für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen eines Hilfsprogramms für osteuropäische Staaten Weggefallen	0,0 0,0	0,0	0,0
535 01	042	Entschädigungsansprüche Dritter	39,0 58,2	52,0	52,0
536 01	042	Prüfung und Untersuchung von Bewerberinnen und Bewerbern	1,0 0,7	1,0	1,0
536 02	042	Umzüge von Polizeidienststellen	76,0 24,3	94,0	94,0
536 03	042	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften Erläuterungen: Veranschlagt sind der Mitgliedsbeitrag des Landespolizeiamtes für die Wasserschutzpolizei als korporatives Mitglied im Deutschen Nautischen Verein sowie der Mitgliedsbeitrag des Lehrbereichs 457 (Fahrschule) der PD AFB für den Fahrlehrerverband Schleswig-Holstein.	2,0 2,1	2,0	2,0
538 01	011	Vorbeugende Verbrechensbekämpfung Erläuterungen: Anschauungsmaterial für die kriminalpolizeilichen Beratungsstellen sowie Plakataktionen, Merkblätter u.a.	59,0 39,2	39,0	39,0
539 01	042	Unterbringung und Verpflegung von Personen im Polizeigewahrsam	260,0 421,2	420,0	420,0

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 539 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind auch die Kosten für ärztliche Untersuchungen von im Gewahrsam der Polizei befindlichen Personen.

539 02	042	Auslagen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung, ausgenommen Kosten des Polizeigewahrsams	200,0 227,7	240,0	240,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Auslagen nach der Landesverordnung über die Kosten in Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren (Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung - VVKVO -) vom 11. September 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 443).

Im Wesentlichen handelt es sich um Auslagen für das Abschleppen verkehrsbehindernd parkender Fahrzeuge. Die Einnahmen werden bei Tit. 111 01 nachgewiesen.

541 01	042	Verkehrserziehung	5,0 3,8	5,0	5,0
---------------	-----	--------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Anschauungs- und Lehrmaterial, Broschüren sowie die Herstellungskosten eines Verkehrserziehungsfilms pp.

546 99	042	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	25,0 30,4	25,0	25,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	10.000	10.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0	0
4.	Schadensersatzleistungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Schäden im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis	6.000	6.000
5.	Sonstige vermischte Ausgaben	9.000	9.000
Summe		25.000	25.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

631 01	042	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an die Bundespolizei	0,0 40,8	50,0	50,0
---------------	-----	--	--------------------	-------------	-------------

632 01	042	Anteil an den Kosten der Deutschen Hochschule der Polizei in Westfalen	375,7 337,8	342,0	356,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Die Deutsche Hochschule der Polizei in Münster ist eine Hochschule auf universitärem Niveau, die von den Innenministerien und Innensensoren des Bundes und der Länder getragen wird. Sie basiert auf einem eigenen Gesetz, dem DHPolG. Der akkreditierte Masterstudiengang 'Öffentliche Verwaltung - Polizeimanagement' qualifiziert für den höheren Polizeidienst in den Ländern (in Schleswig-Holstein nunmehr für die Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt) und beim Bund. Darüber hinaus bietet die Hochschule ein umfassendes Fortbildungsangebot für die Führungskräfte der Polizeien des Bundes und der Länder an.

Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten der Deutschen Hochschule der Polizei. Der Bund und die Länder tragen die Kosten für die Deutsche Hochschule der Polizei aufgrund des Artikels 6 der Anlage zum Gesetz zu dem Abkommen über die Deutsche Hochschule der Polizei vom 15. Dezember 1972 gemeinsam (GVOBl. Schl.-H. S. 238, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2005, GVOBl. Schl.-H. S.532).

632 02	042	Anteil an den Kosten der Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg	166,0 158,9	342,8	347,7
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 632 02

Erläuterungen:

Die WSPS dient der einheitlichen Aus- und Fortbildung der Beamtinnen und Beamten bei den Wasserschutzpolizeien der Länder im Rahmen des jeweiligen Landesrechts. Grundlage bildet ein Abkommen der Bundesländer über die Aufgaben und Finanzierung aus dem Jahre 1974, das durch Zusatzabkommen mit den neuen Bundesländern und dem Saarland 1991 ergänzt wurde. Damit sind außer Thüringen (keine WSP) alle Bundesländer dem Abkommen beigetreten.

Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten der Wasserschutzpolizei-Schule Hamburg. Die Kosten werden nach einem vereinbarten Schlüssel von den Beteiligten getragen (Art. 7 und 8 der Anlage zum Gesetz zu dem Abkommen über die Aufgaben und Finanzierung der Wasserschutzpolizei-Schule vom 26. Februar 1975, GVOBl. Schl.-H. 1975 S. 39, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. April 1993, GVOBl. Schl.-H. S. 183).

632 03	042	Anteil an den Kosten der Wasserschutzpolizei Hamburg - Elbeabkommen -	830,0 734,1	845,0	845,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Anteile des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten der Elbeabkommen mit der Freien und Hansestadt Hamburg und Niedersachsen.

632 04	042	Anteil an den Kosten von Bund-Länderprogrammen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung	40,0 29,9	30,0	30,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten von Bund-Länderprogrammen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung.

Bund und Länder führen zur Harmonisierung und Verstärkung der Bemühungen auf dem Gebiet der präventiven Verbrechensbekämpfung ein gemeinsames kriminalpolizeiliches Vorbeugungsprogramm durch, das der Aufklärung der Bevölkerung dient. Die Kosten werden gemäß Artikel 2 des Abkommens vom 3. Dezember 1992 nach dem "Königsteiner Schlüssel" auf die Beteiligten umgelegt.

632 05	042	Anteil Schleswig-Holsteins an den Kosten für die Unterbringung ausländischer Polizeieinheiten aus Anlass internationaler Veranstaltungen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel

632 06	042	Anteil an den Kosten des Maritimen Sicherheitszentrums des Bundes und der Küstenländer	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

632 07	042	Anteil an den Kosten für die Kampagne "Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit"	48,0 26,3	0,0	0,0
--------	-----	--	---------------------	------------	------------

Übertragen nach 04 10 - 685 66

632 08	042	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an andere Länder	300,0 294,1	300,0	300,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

632 09	042	Anteil an den Kosten für das Havariekommando	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Weggefallen

Erläuterungen:

Veranschlagt bei Titel 632 65 (TG 65).

632 10	042	Anteil an den Kosten des Technologiezentrums für Telekommunikationsüberwachung	0,0 0,0	70,0	100,0
--------	-----	---	-------------------	-------------	--------------

Erläuterungen:

Kosten für die geplante Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Telekommunikationsüberwachung.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

633 01	042	Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise für die Überwachung des fließenden Verkehrs	1.940,0 1.378,0	1.840,0	1.870,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Kosten der zwischen dem Land und einzelnen Kreisen vereinbarten Projekte der gemeinsamen Überwachung des fließenden Verkehrs, wie sie sich durch die jeweiligen Aufwendungen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen aus Verwarnungsgeld und Geldbußen ergeben:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	PD Bad Segeberg - Kreis Segeberg	900.000	910.000
2.	PD Ratzeburg - Kreis Stormarn	245.000	250.000
3.	PD Lübeck - Kreis Ostholstein	145.000	150.000
4.	PD Itzehoe - Kreis Steinburg	50.000	55.000
5.	PD Bad Segeberg - Kreis Pinneberg	400.000	405.000
6.	PD Husum - Kreis Neumünster	50.000	50.000
7.	PD Neumünster - Kreis Rendsburg-Eckernörde	50.000	50.000
	Summe	1.840.000	1.870.000

811 01	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen	14.021,5 7.523,5	4.035,0	2.995,0
--------	-----	------------------------------------	----------------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2011	2012
Neuverpflichtung insgesamt	483	7.846
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	483	
Davon fällig Haushaltsjahr 2013		7.846
Davon fällig Haushaltsjahr 2014		
Davon fällig Haushaltsjahr 2015 ff		

Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0410 - 518 99.

Erläuterungen:

	Belastungen aus	2011 in EUR	2012 in EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorvorjahren	2.462.000	2.512.000
2.	voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE des Vorjahres	0	0
3.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der Ve 2011		483.000
	Zusammen	2.462.000	2.995.000

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Ersatzbeschaffung von Sonder- und Spezialfahrzeugen	1.410.000	1.320.000
2.	Ersatzbeschaffung von Standardfahrzeugen	2.625.000	1.675.000
	Summe	4.035.000	2.995.000

811 02	042	Neubau von Wasserschutzpolizeibooten	4.527,0 4.833,1	940,0	940,0
--------	-----	---	---------------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

	Belastungen aus	2011 in EUR	2012 in EUR
2.	voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE des Vorjahres	940.000	940.000
	Zusammen	940.000	940.000

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 811 02

		2011	2012
		EUR	EUR
1	Ersatzbeschaffung von 2 Streifenbooten	940.000	940.000
Summe		940.000	940.000

811 03 042 Erwerb von Mobilten Streifenbooten **66,0** **150,0** **150,0**
67,9

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2011 2012

Neuverpflichtung insgesamt 21

Davon fällig Haushaltsjahr 2012 12

Davon fällig Haushaltsjahr 2013 9

Davon fällig Haushaltsjahr 2014

Davon fällig Haushaltsjahr 2015 ff

Erläuterungen:

Belastungen aus		2011 in EUR	2012 in EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorvorjahren	0	0
2.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE des Vorjahres	135.000	138.000
3.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE 2011		12.000
Zusammen		135.000	150.000

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Beschaffung von 2 Mobilten Streifenbooten	150.000	150.000
Summe		150.000	150.000

812 01 042 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen **1.330,0** **2.166,0** **1.698,5**
1.607,1

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2011 2012

Neuverpflichtung insgesamt 450

Davon fällig Haushaltsjahr 2012 150

Davon fällig Haushaltsjahr 2013 150

Davon fällig Haushaltsjahr 2014 150

Davon fällig Haushaltsjahr 2015 ff

Erläuterungen:

Belastungen aus		2011 in EUR	2012 in EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorvorjahren	500.000	500.000
2.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE des Vorjahres	0	0
3.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE 2011		150.000
Zusammen		500.000	650.000

Die Gesamtausgaben zur Einführung der neuen Dienstpistole betragen voraussichtlich 4.500.000 €.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 812 01

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	302.000	282.000
2.	Erwerb von Geräten und Maschinen für Kfz-Werkstätten	20.000	20.000
3.	Erwerb von Verkehrsüberwachungsgeräten	465.000	365.000
4.	Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten, Optik	854.000	499.000
5.	Erwerb von Geräten für den Umweltschutz	25.000	32.500
6.	Umsetzung Konzept "Neue Polizeidienstpistole"	500.000	500.000
Summe		2.166.000	1.698.500

812 02	042	Erwerb von fernmeldetechnischen Geräten und Anlagen	285,0 421,1	866,6	513,1
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Fernsprechanlagen	250.000	250.000
2.	Funkanlagen und -geräte	616.600	263.100
3.	Funk- und Notrufeinrichtungen (auch Antennen)	0	0
Summe		866.600	513.100

812 03	042	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen für Wasserschutzpolizeiboote	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

812 05	042	Erwerb von ballistischer Schutzausrüstung	330,0 385,6	628,0	628,0
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

2011

2012

Neuverpflichtung insgesamt

1.016

Davon fällig Haushaltsjahr 2012

508

Davon fällig Haushaltsjahr 2013

508

Davon fällig Haushaltsjahr 2014

Davon fällig Haushaltsjahr 2015 ff

Erläuterungen:

Belastungen aus		2011 in EUR	2012 in EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorvorjahren	0	0
2.	voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE des Vorjahres	120.000	120.000
3.	voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE 2011		508.000
Zusammen		120.000	628.000

812 06	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das LKA	1.434,6 1.330,4	1.058,4	970,3
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	--------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 812 06

Erläuterungen:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Ausstattung von Räumen zur Anhörung sensibler Zeugen - Ersatzbeschaffung	17.200	13.500
2.	Erwerb von Geräten für das SEK	181.400	188.400
3.	Erwerb von Geräten für das MEK	389.400	407.500
4.	Erwerb von Geräten für strafprozessuale Maßnahmen der Kriminalpolizei	395.000	340.000
6.	Fahndung und Waffen	75.400	20.900
Summe		1.058.400	970.300

916 05	951	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 68,5	0,0	0,0
---------------	-----	---	--------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Titel 422 01 geleistet werden.

919 01	042	Zuführung an die Rücklage "Polizeidienstkleidung"	0,0 400,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	---------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Titel 514 02 geleistet werden.

61 Besonderer Einsatz der Polizei

Erläuterungen:

Auflösung und sachgerechte Veranschlagung in anderen Bereichen.

459 61	042	Abfindung der Beamtinnen und Beamten aus Anlass besonderer Einsätze	35,0 27,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	---------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

525 61	042	Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen	51,0 9,4	0,0	0,0
---------------	-----	--	--------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

547 61	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	51,0 125,1	0,0	0,0
---------------	-----	--	----------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

Summe der Titelgruppe 61		137,0 161,5	0,0	0,0
---------------------------------	--	-----------------------	------------	------------

62 Polizei-Bigband

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel 422 62 und 428 62.

Ausgaben bei den Titeln 429 62 und 547 62 dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 125 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zwecks Schließung der strategischen Lücke ist die Auflösung der Polizei-Bigband geplant.

422 62	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	336,7 296,2	350,8	350,8
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

425 62	042	Vergütungen der Angestellten	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	-------------------------------------	-------------------	------------	------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 425 62

Übertragen nach 04 10 - 428 62

428 62	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	735,0	765,9	765,9
(TG 62)			801,3		

429 62	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	13,2	13,8	13,8
(TG 62)			10,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind besondere Personalausgaben sowie Pauschalabfindungen für den Leiter der Polizei-Bigband.

547 62	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	37,0	37,0	37,0
(TG 62)			35,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Reisen, Musikveranstaltungen, Noten, Instrumente, Geräte, Instandhaltung und Instandsetzung von dienstlichen und privaten Instrumenten (soweit dienstlich genutzt) sowie sonstige mit der Musikfähigkeit zusammenhängende Sachkosten.

Summe der Titelgruppe 62			1.121,9	1.167,5	1.167,5
			1.143,5		

63 Digitalfunk

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei 0410 - 359 63 und der Mehreinnahmen bei 0410 - 331 63 geleistet werden.

511 63	042	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattung und Ausrüstung	15,0	7,0	7,0
(TG 63)			45,6		

514 63	042	Unterhaltungs- und Betriebskosten für die Leitstellen und den Digitalfunk	2.359,6	5.050,0	4.232,0
(TG 63)			263,8		

517 63	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume für die Basisstationen des Digitalfunks	0,0	520,0	944,0
(TG 63)			0,0		

518 63	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume der Basisstationen für den Digitalfunk	0,0	709,0	796,0
(TG 63)			4,5		

526 63	042	Kosten für externe Beratung	20,0	20,0	20,0
(TG 63)			501,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Landesprojekt Digitalfunk	10.000	10.000
2.	Landesprojekt Kooperative Einsatzleitstellen	10.000	10.000
	Summe	20.000	20.000

527 63	042	Dienstreisen	25,0	10,0	5,0
(TG 63)			31,6		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 527 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	10.000	5.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	0	0
Summe		10.000	5.000

535 63	042	Anteilige Kosten des Landes am bundesweiten Projekt Digitalfunk	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Erläuterungen:

Vorgesehen ist die finanzielle Beteiligung Schleswig-Holsteins an der Planung und Realisierung des Projekts Digitalfunk.

547 63	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5,0	5,0	5,0
(TG 63)			34,2		

634 63	042	Erstattungen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS)	978,0	1.084,0	923,0
(TG 63)			1.267,2		

711 63	042	Bauliche Maßnahmen für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	0,0	4.069,3	0,0
(TG 63)			4.582,3		

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2011 und 2012 aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der VE 2010 stellt sich wie folgt dar:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Inanspruchnahme der VE 2010	115.900	0
Summe		115.900	0

812 63	042	Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	29.528,3	1.437,0	75,6
(TG 63)			2.375,4		

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2011 und 2012 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2009) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2010 stellt sich wie folgt dar:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorvorjahren	0	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE des Vorjahres	758.000	0
Summe		758.000	0

919 63	951	Zuführung an die Rücklage "Digitalfunk"	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			28.684,0		

Summe der Titelgruppe 63		32.930,9	12.911,3	7.007,6
		37.789,7		

64 Fahndung, Ermittlung, Einsatz

459 64	042	Bewegungsgeld	40,0	16,0	17,0
(TG 64)			47,8		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 459 64

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Beamtinnen und Beamte im Außendienst.

511 64	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	400,0	754,0	830,0
(TG 64)			557,2		

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	90.000	95.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.	0	0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0	0
4.	Telekommunikationsüberwachung	650.000	720.000
5.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	8.000	9.000
6.	Ersatzbeschaffung von Geräten	0	0
7.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0	0
8.	Unterhaltung von Geräten	0	0
9.	Sonstiges	6.000	6.000
Summe		754.000	830.000

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

526 64	042	Personen- und Zeugenschutz, Fahndung	57,0	0,0	0,0
(TG 64)			145,0		

Künftig wegfallend.

527 64	042	Dienstreisen	100,0	110,0	135,0
(TG 64)			62,2		

Erläuterungen:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	90.000	110.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	20.000	25.000
Summe		110.000	135.000

534 64	042	Personen- und Zeugenschutz, Fahndung	0,0	209,0	225,0
(TG 64)			0,0		

Erläuterungen:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Personenschutzmaßnahmen	35.000	36.000
2.	Zeugenschutzmaßnahmen	20.000	25.000
3.	Fahndung	154.000	164.000
Summe		209.000	225.000

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründeter Unterlagen verzichtet werden.

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landeskriminalamtes im Rahmen von Personen- und Zeugenschutzmaßnahmen sowie verdeckten Ermittlungen wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft.

538 64	042	Vorbeugende Verbrechensbekämpfung	0,0	0,0	0,0
(TG 64)			1,4		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 538 64

Übertragen nach 04 10 - 538 01

547 64	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	470,0	580,0	600,0
(TG 64)			429,0		

Es dürfen zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener für das laufende und das vorausgehende Haushaltsjahr bis zu 40.903 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten.

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Kosten und Gebühren	400.000	415.000
2.	Kosten aus Anlass von Einsätzen	90.000	90.000
3.	Kaufgeld	30.000	35.000
4.	Geldzuwendungen an Dritte	40.000	40.000
5.	Sonstige Fahndungskosten	20.000	20.000
	Summe	580.000	600.000

Veranschlagt sind Kosten u.a. für Mieten, Sicherstellung von Kfz., Gutachten im Ermittlungsdienst, Dolmetscher, Leichensachen, Auslobungen, Einsatzkosten für Hubschrauber und für den Schiffsmeldedienst.

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

Summe der Titelgruppe 64	1.067,0	1.669,0	1.807,0
	1.242,6		

65 Havariekommando

632 65	044	Anteil an den Kosten für das Havariekommando (Brandschutz)	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		

Übertragen nach 0405 - 632 65 (TG 65).

Summe der Titelgruppe 65	0,0	0,0	0,0
	0,0		

66 Rat für Kriminalitätsverhütung

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Der Rat für Kriminalitätsverhütung hat die Aufgabe, die Entwicklung der Kriminalität und ihre Bedingungen zu analysieren und zu erörtern, die Landesregierung in kriminalpolitischen Fragen zu beraten und ihr entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zu vermitteln. Er soll Initiativen zur Kriminalitätsprävention anregen, unterstützen und auswerten.

Um diese umfassenden Aufgaben erfüllen zu können, führt er alle diejenigen zusammen, deren Erkenntnisse und Erfahrungen für die Erarbeitung von Präventionskonzepten nutzbar zu machen sind bzw. die zu deren Umsetzung beitragen können.

Den organisatorischen Rahmen dazu bilden das aus ca. 100 Mitgliedern bestehende Plenum des Rates, die Arbeitsgruppen sowie Vorstand, Geschäftsführung und wissenschaftliche Beratung. Bis auf die Geschäftsführung ist die Tätigkeit der Ratsmitglieder ehrenamtlich.

Durch die Arbeit des Rates sind kriminalpräventive Konzepte erarbeitet und die Gründung lokaler kriminalpräventiver Räte initiiert und unterstützt worden. Eine Begleitung der bisher gegründeten lokalen Räte (ca. 90) findet statt. Die Initiierung weiterer lokaler Räte und Projekte ist beabsichtigt.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
511 66	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	1,0	1,0
(TG 66)			0,5		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind:			
				2011	2012
				EUR	EUR
		1. Büromaterial		400	400
		2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.		0	0
		3. Druck- und Buchbinderarbeiten		300	300
		4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		0	0
		5. Ersatzbeschaffung von Geräten		0	0
		6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten		0	0
		7. Unterhaltung von Geräten		0	0
		8. Sonstiges		300	300
		Summe		1.000	1.000
526 66	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	1,0	1,0	1,0
(TG 66)			0,0		
527 66	042	Dienstreisen für die Mitglieder des Rates	6,0	6,0	6,0
(TG 66)			1,8		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Reisekosten (Fahrtgelder und Sitzungsgelder) für die Mitglieder des Rates, die nach den für Landesbedienstete geltenden Bestimmungen gezahlt werden.			
531 66	042	Öffentlichkeitsarbeit	42,0	42,0	42,0
(TG 66)			23,3		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Kosten für die Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen, Plenumsitzungen, öffentlichen Diskussionsveranstaltungen sowie Veröffentlichungen über Aufgaben und Ziele des Rates. Ferner sind Veranstaltungen und die Erstellung von Broschüren zur Gründung neuer und Unterstützung bestehender örtlicher Räte geplant. Dies gilt besonders für die Fortführung der erstellten Dokumentationsreihe, wie auch für die Informationen aus der Geschäftsführung und die Veröffentlichung von Konzepten.			
671 66	042	Erstattungen im Rahmen des Bundesprogramms "kompetent für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus"	0,0	0,0	0,0
(TG 66)			76,6		
		Ausgaben und Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden.			
685 66	042	Zuschüsse für die Förderung von Präventionsprojekten sowie von Maßnahmen zur Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit	0,0	20,0	20,0
(TG 66)			0,0		
		Erläuterungen:			
		Bezuschussung von Präventionsprojekten, die der Verhütung von Straftaten dienen und entweder vom Landesrat oder von kommunalen Räten für die Kriminalitätsverhütung durchgeführt werden. Gefördert werden daneben Maßnahmen und Projekte zur Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit.			
Summe der Titelgruppe 66			50,0	70,0	70,0
			102,2		
67		Katastrophenschutz			
422 67	045	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	290,3	302,5	302,5
(TG 67)			328,3		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 422 67

Darf bis zur Höhe der für diesen Zweck vorgesehenen Einnahmen bei Titel 0410 - 271 67 überschritten werden.

428 67	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	416,3	433,8	433,8
(TG 67)			386,4		

Darf bis zur Höhe der für diesen Zweck vorgesehenen Einnahmen bei Titel 0410 - 271 67 überschritten werden.

453 67	045	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0	0,0
(TG 67)			0,0		

Deckungsfähig mit 0410-453 01.

511 67	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13,0	13,0	13,0
(TG 67)			27,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	6.000	6.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	3.500	3.500
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0	0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.500	1.500
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0	0
7.	Unterhaltung von Geräten	1.500	1.500
8.	Sonstiges	500	500
Summe		13.000	13.000

517 67	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	2,0	2,0
(TG 67)			0,9		

75 T€ übertragen nach 1220-517 91 .

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Behelfsmäßige Unterkunft in Lindewitt		
1.1	Heizung	500	500
1.2	Elektrizität	1.000	1.000
1.3	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	300	300
1.4	Sonstiges	200	200
<i>Summe zu 1.</i>		<i>2.000</i>	<i>2.000</i>
Zusammen		2.000	2.000

518 67	045	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0	0,0
(TG 67)			0,0		

Übertragen nach 1220 - 518 91

525 67	045	Aus- und Fortbildung	3,0	3,0	3,0
(TG 67)			5,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums und des Katastrophenschutzes in Fragen der Katastrophenabwehr, Besuche der Landesfeuerwehrschule sowie der Akademie für zivile Verteidigung.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
526 67 (TG 67)	045	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	1,0 0,0	0,5	0,5
527 67 (TG 67)	045	Dienstreisen	7,0 4,6	7,0	7,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind:					
				2011	2012
				EUR	EUR
1.		Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		5.500	5.500
2.		Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		1.000	1.000
3.		Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		500	500
		Summe		7.000	7.000
534 67 (TG 67)	045	Planspiele, Übungen, zentrale Ausbildungsveranstaltungen und Kosten der Führungsstäbe	140,0 25,4	140,0	140,0
Darf bis zur Höhe der für diesen Zweck vorgesehenen Einnahmen bei Titel 271 67 TG 67 überschritten werden.					
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind für Übungen/Schulungsmaßnahmen und die Ausstattung des Gemeinsamen Lage- und Führungszentrums:					
				2011	2012
				EUR	EUR
1.		Kosten des FüStab-KatS IM sowie des Interministeriellen FüStab		10.000	10.000
2.		Kosten für Übungen des FüStab-KatS IM im Zusammenwirken mit den Stäben der unteren Katastrophenschutzbehörden sowie den Kräften des Katastrophenschutzes		20.000	20.000
3.		Kosten für Übungen, Schulungen sowie Beratung im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen		20.000	20.000
4.		Kosten für Katastrophenschutzmaßnahmen wie Ziff. 3 - außerhalb kerntechnischer Anlagen -		15.000	15.000
5.		Kosten der Ausstattung des gemeinsamen Lage- und Führungszentrums mit technischen Geräten		15.000	15.000
6.		Kosten für Übungen gemäß Richtlinie 96/82/EG (Seveso-II-Richtlinie)		60.000	60.000
		Summe		140.000	140.000
536 67 (TG 67)	045	Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz	42,0 47,1	47,0	50,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung bzw. Wartung und Reparatur von Geräten zur Messung radioaktiver Immissionen sowie von Ausstattungsgegenständen für die Reaktorsicherheit.					
546 67 (TG 67)	045	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0 0,0	1,0	1,0

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 546 67

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Unfallrenten, Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	900	900
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	100	100
Summe		1.000	1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

633 67	045	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Zwecke des Katastrophenschutzes	479,1	505,0	505,0
(TG 67)			399,1		

Erläuterungen:

Zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit zur Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Nach § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664, zuletzt geändert am 7. Januar 2008, GVOBl. Schl.-H. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 835, zuletzt geändert am 26. Oktober 2009, Amtsbl. Schl.-H. S. 1211) gewährt das Land im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel Zuwendungen an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und für die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz.

Seit 2010 sind die Unterhaltungskosten für 293 Fahrzeuge (davor 131) zusammen mit den Kreisen und kreisfreien Städten zu tragen.

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Anteil des Landes an der Ausbildung und den Übungen der Helferinnen und Helfer der Einheiten/Einrichtungen am Standort (50 %)	110.000	110.000
2.	Anteil des Landes an der Ausbildung der Führungskräfte im Katastrophenschutz (100 %)	45.000	45.000
3.	Anteil des Landes an der Unterhaltung der Katastrophenschutzfahrzeuge (grundsätzlich 50 %)	350.000	350.000
Summe		505.000	505.000

684 67	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen für Mitwirkung im Katastrophenschutz	90,0	93,5	93,5
(TG 67)			90,0		

Erläuterungen:

Zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit zur Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664, zuletzt geändert am 7. Januar 2008, GVOBl. Schl.-H. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 835, zuletzt geändert am 26. Oktober 2009, Amtsbl. Schl.-H. S. 1211) gewährt das Land Zuwendungen (Zuschüsse) an die Träger der privaten Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzdienstes auf Landesebene mit wenigstens 50 Einsatzkräften oder mehr als zwei Einsatzeinheiten. Bezuschusst werden die Verwaltungskosten sowie die Kosten für die Ausbildung und Ausrüstung der Helferinnen und Helfer in den örtlichen Gliederungen, soweit diese nicht vom Bund oder von den Kreisen und kreisfreien Städten finanziert werden.

Zuwendungen erhalten:

1. Arbeiter-Samariter-Bund
2. Deutsches Rotes Kreuz
3. Johanniter-Unfall-Hilfe
4. Malteser Hilfsdienst
5. Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Für die Bereitstellung des DRK-Hilfszuges erhält das DRK zusätzlich einen Betrag von 5.000 €.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

883 67	045	Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte	750,0	750,0	750,0
(TG 67)			714,8		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410 - 359 67 geleistet werden. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten des Titels 0410 - 919 67.

Erläuterungen:

2010 wurden vom Bund weitere 162 Katastrophenschutzfahrzeuge übernommen. Zusammen mit den 1995 übernommenen Fahrzeugen sind nunmehr 293 Einsatzfahrzeuge mit Mittel des Landes und der Kreise und kreisfreien Städte weiterhin für den Katastrophenschutz einsatzbereit zu halten. Diese Fahrzeuge, die zum Teil älter als 25 Jahre sind, müssen in den kommenden Jahren ersetzt werden, um weiterhin einen funktionsfähigen Katastrophenschutz gewährleisten zu können.

1975 wurde ein langfristiges Investitions- und Ersatzbeschaffungsprogramm zur Komplettierung der friedensmäßigen Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes aufgelegt. Aus diesem Programm werden neben den Ersatzbeschaffungen für die vom Land bezuschussten Einsatzfahrzeuge auch die zukünftigen Ersatzbeschaffungen der vom Bund übernommenen Katastrophenschutzfahrzeuge finanziert.

Die Kosten werden grundsätzlich zu zwei Dritteln vom Land getragen.

Maßnahmen mit besonderer einsatztaktischer Bedeutung werden im Einzelfall bis zu 100 % gefördert.

Gemäß § 34 Ziff. 1 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664, zuletzt geändert am 7. Januar 2008, GVOBl. Schl.-H. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 835, zuletzt geändert am 26. Oktober 2009, Amtsbl. Schl.-H. S. 1211) gewährt das Land Zuwendungen (Zuschüsse) an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und für die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz.

Zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit zur Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Folgende Beschaffungen sind erforderlich:

		2011 EUR	2012 EUR
1	Ersatz ehemaliger Bundeskatastrophenschutzfahrzeuge		
1.1	Betreuungslastkraftwagen (2 Stück)		100.000
1.2	Feldkochherde (4 Stück)	80.000	80.000
1.3	Krankentransportwagen Typ B (4 Kfz)	120.000	120.000
	<i>Summe zu 1</i>	<i>200.000</i>	<i>300.000</i>
2.	Katastrophenschutz Einsatzfahrzeuge		
2.1	Reaktorerkundungstruppkraftwagen ("Kfz)	120.000	120.000
2.2	Führungskraftwagen (4 Kfz)	80.000	80.000
2.3	Diverse KatS-Einsatzfahrzeuge KTW, FKH und ELW nach Priorität	100.000	100.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>300.000</i>	<i>300.000</i>
3.	ABC-Messgeräte, Fachdienstausstattung und persönliche Schutzausstattung		
3.1	Schnelleinsatzzelte, Zeltheizgeräte (6 Stück)	60.000	60.000
3.2	Diverse ABC-Messgeräte, Messgeräte für chemische Stoffe und persönliche Schutzanzüge	70.000	20.000
3.3	Persönliche Schutzausstattung und Probennahmegerät für B-Gefahren (z.B. MKS, BSE, Vogelgrippe)	40.000	40.000
3.4	Geräte und Ausstattung zur Verletztendekontamination	80.000	30.000
	<i>Summe zu 3.</i>	<i>250.000</i>	<i>150.000</i>
Zusammen		750.000	750.000

919 67	951	Zuführung an die Rücklage "Rückzahlung von Landeszuschüssen für Investitionen der Kreise und kreisfreien Städte"	0,0	0,0	0,0
(TG 67)			0,0		

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Titel 0410 - 883 67 geleistet werden.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

981 67	991	Erstattung von Ausgaben für die Durchführung des Projektes SAFECOAST	0,0	0,0	0,0
(TG 67)			60,6		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für diesen Zweck vorgesehenen Einnahmen bei Titel 271 67 TG 67 geleistet werden.

Summe der Titelgruppe 67	2.234,7	2.298,3	2.301,3
	2.090,8		

68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42.

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 67 (TG 67) überschritten werden.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 68 werden die Ausgaben für die Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) zentral veranschlagt.

Für die Beseitigung der ehemals reichseigenen Kampfmittel werden die Kosten vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 67 (TG 67)).

427 68	049	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0	0,0
(TG 68)			0,0		

428 68	049	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.499,9	1.724,4	1.724,4
(TG 68)			1.512,0		

511 68	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	32,0	32,0	32,0
(TG 68)			16,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	8.000	8.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	1.500	1.500
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0	0
4.	Post- Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	11.000	11.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	8.000	8.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0	0
7.	Unterhaltung von Geräten	1.500	1.500
8.	Sonstiges	2.000	2.000
	Summe	32.000	32.000

514 68	049	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	59,0	59,0	59,0
(TG 68)			81,8		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 514 68

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	25.000	25.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	4.000	4.000
3.	Verbrauchsmittel	27.000	27.000
4.	Sonstiges	3.000	3.000
Summe		59.000	59.000

Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Tatsächlicher Bestand am 01.02.2010
1. Kraftfahrzeuge für				
1.1 Personenbeförderung				
1.1.1 PKW mit Fahrerinnen/ Fahrern	6	6	6	6
1.1.3 sonstige	2	2	2	2
1.2 Lastenbeförderung				
2. Spezialfahrzeuge	18	18	18	18
3. Anhänger	7	7	7	7
4. Krafträder, Mopeds				
5. Wasserfahrzeuge				
5.1 Küstenboot				
5.2 Streckenboot				
5.3 Streifenboot				
5.4 Mobiles Streifenboot				
5.5 sonstige	3	3	3	3
USBV - Einsatzwagen - groß	2	2	2	2
Zusammen	38	38	38	38

Daneben werden vom Kampfmittelbeseitigungsdienst noch diverse andere, durch Verbrennungsmotoren betriebene Maschinen verwendet.

517 68	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	138,0	138,0	138,0
(TG 68)			150,6		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bewirtschaftung und Bewachung des Munitionszerlegungsbetriebes (MZB) in Groß Nordsee:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Be- und Entwässerung, Müllabfuhr	5.000	5.000
2.	Kleinreparaturen	10.000	10.000
3.	Wartungsverträge	20.000	20.000
4.	Bewachung MZB	103.000	103.000
Summe		138.000	138.000

525 68	049	Aus- und Fortbildung	10,0	27,0	27,0
(TG 68)			26,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MZB zur Lehrgangsteilnahme an der Sprengschule in Dresden und anderen Ausbildungsstätten.

527 68	049	Dienstreisen	15,0	15,0	15,0
(TG 68)			19,8		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 527 68

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	14.000	14.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	1.000	1.000
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0	0
Summe		15.000	15.000

534 68	049	Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)	190,0	335,0	335,0
(TG 68)			190,6		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beseitigung von Fundmunition und Waffen einschl. NATO-Kampfmitteln durch die Außentrupps in Schleswig-Holstein und in den Küstengewässern sowie für die Entwicklung und Beschaffung technischer Hilfsmittel und Ausrüstungsgegenstände. Gemäß § 1004 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. § 19 Abs. 2 Nr. 1 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) vom 05. November 1957 (BGBl. I, S. 1747) und den VV zur Durchführung des AKG (Nr. 3 und 3.5) erstattet der Bund den Ländern die Kosten für die Beseitigung der ehemals reichseigenen Kampfmittel.

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Außentrupp	130.000	130.000
2.	Einsatztrupp USBV	25.000	25.000
3.	Munitionszerlegebetrieb	170.000	170.000
4.	Luftbildauswertung	10.000	10.000
Summe		335.000	335.000

536 68	049	Prämien für die Gruppen-Unfallversicherung	7,0	7,0	7,0
(TG 68)			6,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Jahresprämie für die tarifliche zusätzliche Gruppenunfallversicherung für 31 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

547 68	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1,0	1,0	1,0
(TG 68)			0,0		

811 68	049	Erwerb von Fahrzeugen	140,0	150,0	150,0
(TG 68)			15,1		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 811 68

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen		
1.1	Ladekran für UNIMOG		50.000
	<i>Summe zu 1.</i>	0	50.000
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Universalgerät - UNIMOG	150.000	0
2.2	LKW - Transport		40.000
2.3	Einsatzfahrzeuge - geländegängig	0	60.000
	<i>Summe zu 2.</i>	150.000	100.000
Zusammen		150.000	150.000

812 68	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	149,0	155,0	155,0
(TG 68)			297,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die erforderliche Ersatz-, Ergänzungs- oder Neubeschaffung von Geräten für den Außentrupp zur Beseitigung von Fundmunition zu Land und aus dem Wasser, für den Trupp zur Unschädlichmachung unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) und für den Munitionszerlegebetrieb Groß Nordsee für die Bearbeitung und Unschädlichmachung angelieferter Fundmunition, Waffen und munitionstechnischer Geräte.

		2011 EUR	2012 EUR
1	Minensuchgeräte	5.000	
2	Landsonde	6.000	
3	Computersonde	15.000	
4	2 Bombenschutanzüge EOD9	80.000	
5	Spülpumpe	5.000	
6	Hochdruckreiniger WAP	6.000	
7	Wasserschneidanlage, Teil 1 und Teil 2	38.000	155.000
	Summe	155.000	155.000

Summe der Titelgruppe 68	2.240,9	2.643,4	2.643,4
	2.317,0		

69 Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.

422 69	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.431,2	1.491,3	1.491,3
(TG 69)			1.024,8		
428 69	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	186,8	194,6	194,6
(TG 69)			157,9		

Summe der Titelgruppe 69	1.618,0	1.685,9	1.685,9
	1.182,7		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

70 Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.
Vgl. Vorwort Buchstabe G.

422 70	045	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	68,2	71,0	71,0
(TG 70)			87,6		
428 70	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0	0,0
(TG 70)			0,0		
Summe der Titelgruppe 70			68,2	71,0	71,0
			87,6		

71 Kriminaltechnik

Erläuterungen:

Aufgrund eines Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union (2009/905 /JI) vom 30. November 2009 sollen die kriminaltechnischen Kernbereiche DNA-Analysen und daktyloskopische Daten akkreditiert werden. Aufgrund der absehbaren Akkreditierung weiterer Felder der Kriminaltechnik werden die Ausgaben zu einer Titelgruppe zusammengefasst.

453 71	042	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen Aus- und Fortbildung	0,0	18,0	19,0
(TG 71)			0,0		
Erläuterungen:				2011	2012
				EUR	EUR
1.	Ausbildung		0	0	0
2.	Fortbildung		18.000	19.000	19.000
Summe			18.000	19.000	19.000

511 71	042	Beschaffung und Unterhaltung von kriminal- und fototechnischen Geräten	0,0	280,0	332,0
(TG 71)			0,0		
Erläuterungen:				2011	2012
				EUR	EUR
1.	Büromaterial		0	0	0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.		0	0	0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten		0	0	0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		0	0	0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten		37.000	40.000	40.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten		48.000	51.000	51.000
7.	Unterhaltung von Geräten		195.000	241.000	241.000
8.	Sonstiges		0	0	0
Summe			280.000	332.000	332.000

514 71	042	Ausgaben für kriminal- und fototechnische Geräte (KT-Verbrauch)	0,0	643,0	680,0
(TG 71)			0,0		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 514 71

Erläuterungen:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Verbrauchsmittel	643.000	680.000
2.	Sonstiges	0	0
Summe		643.000	680.000

525 71	042	Aus- und Fortbildung	0,0	6,5	7,0
(TG 71)			0,0		

526 71	042	Kosten für externe Beratung	0,0	45,0	45,0
(TG 71)			0,0		

Erläuterungen:

Externe Beratung für die Akkreditierungsverfahren zu DNA-Analysen und zu Daktyloskopischen Daten.

527 71	042	Dienstreisen	0,0	14,0	15,0
(TG 71)			0,0		

Erläuterungen:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	10.000	11.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	4.000	4.000
Summe		14.000	15.000

533 71	042	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Durchführung von molekulargenetischen Untersuchungen	80,0	983,5	1.273,5
(TG 71)			40,9		

535 71	042	Kosten und Gebühren für das Akkreditierungsverfahren	0,0	0,0	8,0
(TG 71)			0,0		

546 71	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	0,0	2,0	2,5
(TG 71)			0,0		

Erläuterungen:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0	0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0	0
4.	sonstige vermischte Ausgaben	2.000	2.500
Summe		2.000	2.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

812 71	042	Erwerb von kriminaltechnischen Geräten, Labor- und Büroausstattung	0,0	830,0	900,0
(TG 71)			0,0		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 812 71

Verpflichtungsermächtigung (in T€)		2011	2012	
Neuverpflichtung insgesamt		500		
Davon fällig Haushaltsjahr 2012		500		
Davon fällig Haushaltsjahr 2013				
Davon fällig Haushaltsjahr 2014				
Davon fällig Haushaltsjahr 2015 ff				
Summe der Titelgruppe 71		80,0	2.822,0	3.282,0
		40,9		
Summe der Ausgaben		382.719,1	369.061,3	363.105,0
		394.089,0		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13.641,0 14.092,3	13.213,7	13.221,2
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.430,0 2.454,7	2.910,0	3.336,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	4.408,2 9,6	1.782,0	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 320,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			19.479,2 16.876,6	17.905,7	16.557,2
41 - 49		Personalausgaben	296.693,6 306.859,6	313.400,6	314.759,2
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	28.217,3 29.030,0	32.903,1	32.980,1
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	5.246,8 4.832,8	5.522,3	5.440,2
71 - 79		Baumaßnahmen	0,0 4.582,3	4.069,3	0,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	52.561,4 19.571,2	13.166,0	9.925,5
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 29.213,1	0,0	0,0
Gesamtausgaben			382.719,1 394.089,0	369.061,3	363.105,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-363.239,9 -377.212,4	-351.155,6	-346.547,8

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Das Kapitel 04 16 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

03 Wohnraumförderung

04 Städtebauförderung

Ausgaben

03 Wohnraumförderung

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen.
Vgl. Vorwort Buchstabe G.

Bewilligung und Auszahlung der Darlehen und Zuschüsse für die Wohnraum- und Städtebauförderung erfolgen durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein, der die Mittel zur Auszahlung zugeführt werden.

Die veranschlagten Haushaltsmittel in der MG 04 enthalten die finanzielle Abwicklung der Städtebauförderungsprogramme mit den Fälligkeiten 2011 und 2012.

Die soziale Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein wird durch ein- oder mehrjährige Wohnraumförderungsprogramme gewährleistet.

Im Zuge der Föderalismusreform ist die Zahlung der Bundesfinanzhilfen für die soziale Wohnraumförderung nach Art. 104 a Abs. 4 GG ab 1. Januar 2007 beendet worden. Der Bund zahlt gemäß Art. 143 c GG i. V. m. dem Entflechtungsgesetz (Art. 13 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes vom 5. September 2006, BGBl. I S. 2098) den Ländern von 2007 bis 2013 Kompensationsleistungen, die für die Ausfinanzierung der Altverpflichtungen des Bundes und zur Finanzierung von investiven Maßnahmen der Wohnraumförderung einzusetzen sind.

Einnahmen

119 02	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Landesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	5,0 0,1	5,0	5,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Zweckentfremdet eingesetzte Landesmittel sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an das Land abzuführen.

119 03	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Bundesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	51,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	--------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Titel 631 01.

161 01	411	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	10,0 7,5	0,0	0,0
---------------	-----	---	--------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Derzeit erhält das Land keine Zinsen aus dem von der Investitionsbank Schleswig-Holstein geführten Bankkonto für Treuhandmittel.

162 01	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	0,5 0,4	0,4	0,3
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Titel 182 01.

162 02	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	7,6 8,8	5,3	3,8
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Titel 182 02.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
162 03	411	Zinseinnahmen aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	4,0 9,4	9,9	9,7
		Erläuterungen: Vgl. Titel 182 03.			
162 04	411	Zinseinnahmen aus der Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,1 0,1	0,1	0,1
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Zinseinnahmen in Höhe von 34,20 € im Jahr 2011 und 27,09 € im Jahr 2012. Vgl. Titel 182 04.			
182 01	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	18,0 21,2	15,8	15,8
		Erläuterungen: Am 31.12.2009 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 472.855,90 €.			
182 02	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	85,9 99,7	77,7	79,3
		Erläuterungen: Am 31.12.2009 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 486.737,49 €.			
182 03	411	Rückflüsse aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	5,4 28,5	6,6	6,8
		Erläuterungen: Am 31.12.2009 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 391.274,75 €.			
182 04	411	Rückflüsse aus Darlehen zur Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,4 0,5	0,5	0,5
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Einnahmen aus Tilgungen in Höhe von 471,98 € im Jahr 2011 und 479,08 € im Jahr 2012. Am 31.12.2009 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 2.862,39 €.			
231 01	233	Erstattung des Anteils des Bundes am Wohn- geld	28.250,0 35.418,6	38.500,0	36.750,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 681 02.			
231 02	233	Erstattung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger durch den Bund	0,0 1,8	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 681 01.			
03 Wohnraumförderung					
331 30 (MG 03)	411	Kompensationsleistungen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung	12.620,0 12.620,0	12.620,0	12.620,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 884 30 (MG 03).			
Summe der Maßnahmegruppe 03			12.620,0 12.620,0	12.620,0	12.620,0

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
04 Städtebauförderung					
119 01 (MG 04)	441	Rückzahlung nicht verbrauchter Städtebauförderungsmittel weggefallen	0,0 0,5	0,0	0,0
221 05 (MG 04)	411	Zuschüsse für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Vgl. Titel 893 08 (MG 04).	0,0 0,0	0,0	0,0
233 01 (MG 04)	441	Rückzahlung von Bundesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen Erläuterungen: Rückzahlung vorausgezahlter Fördermittel für die Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen aufgrund von Zwischen- und Schlussabrechnungen einschließlich z.B. Rückziehungen von Fördermitteln und Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen und Ausgleichsbeträgen sowie Zinsen für nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Mitteleinsatz (Zweckentfremdungszinsen). Vgl. Titel 883 15 (MG 04).	0,0 2.425,9	0,0	0,0
233 02 (MG 04)	441	Rückzahlung von Landesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen Erläuterungen: Siehe Titel 233 01 (MG 04). Vgl. Titel 883 16 (MG 04).	0,0 3.144,8	0,0	0,0
233 03 (MG 04)	441	Rückzahlung von Landesmitteln für das Landesprogramm Städtebauförderung durch die Kommunen einschließlich Zweckentfremdungszinsen weggefallen	0,0 0,0	0,0	0,0
331 01 (MG 04)	441	Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Sanierung und Entwicklung Übertragen nach 0416 - 331 15 (MG 04).	0,0 0,0	0,0	0,0
331 02 (MG 04)	441	Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt Übertragen nach 0416 - 331 15 (MG 04).	0,0 0,0	0,0	0,0
331 03 (MG 04)	441	Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West Übertragen nach 0416 - 331 15 (MG 04).	0,0 0,0	0,0	0,0
331 09 (MG 04)	441	Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren Übertragen nach 0416 - 331 15 (MG 04).	0,0 0,0	0,0	0,0

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
331 11	441	Finanzhilfen des Bundes für das Städtebau- förderungsprogramm Städtebaulicher Denk- malschutz West	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 0416 - 331 15 (MG 04).			
331 13	441	Finanzhilfen des Bundes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	0,0 0,0	0,0	469,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 883 13 (MG 04).			
331 15	441	Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförde- rungsprogramme	9.615,0 9.778,0	10.677,6	10.549,0
		Übertragen von 0416 - 331 01, 331 02, 331 03, 331 09 und 331 11 (MG 04).			
		Erläuterungen: Vgl. Titel 883 15 (MG 04).			
Summe der Maßnahmegruppe 04			9.615,0 15.349,2	10.677,6	11.018,0
Summe der Einnahmen			50.672,9 63.565,8	61.918,9	60.509,3

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	783,8 892,4	816,7	816,7
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.					
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	595,0 482,4	620,0	620,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.					
526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	100,0 62,8	50,0	50,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind u.a. die Kosten für folgende Gutachten im Rahmen der Wohnraum- und Städtebauförderung, insbesondere im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung:					
2011					
1. wirtschaftliche und energieeffiziente Sanierung im Wohnungsbau					
2. Wirkung der sozialen Wohnraumförderung auf private Vermieter					
3. Wohnungsmarktprognose Nordfriesland					
4. Evaluierung der Programme der Städtebauförderung					
2012					
1. zielgruppenspezifische Wohnraumversorgung im ländlichen Raum					
2. Entwicklung von Instrumenten einer integrierten Stadtentwicklung (Arbeitshilfen für die Kommunen)					
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	28,0 24,7	25,0	25,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Mittel für die eigene Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Ausstellungen.					
535 01	441	Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen	0,0 0,0	0,0	0,0
weggefallen					
631 01	411	Erstattung an den Bund aus zurückgezahlten Beträgen einschl. Zweckentfremdungszinsen	51,0 0,0	0,0	0,0
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 03 geleistet werden.					
Erläuterungen:					
Zweckentfremdet eingesetzte Bundesfinanzhilfen sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an den Bund abzuführen.					
633 02	411	Förderung von Wettbewerben in der Wohnraumförderung und im Städtebau	0,0 0,0	0,0	0,0
weggefallen					
671 02	419	Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein	25,0 38,5	51,0	51,0

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 671 02

Erläuterungen:

Die Abwicklung der Wohngelderstattung wurde per Vertrag an die Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen. Dazu gehören die Erstattungen an die Wohngeldbehörden und die hälftigen Erstattungsabrechnungen mit dem Bund.

Mehr infolge aktueller Belastungsberechnungen und Gewährleistung des Kostendeckungsprinzips nach § 5 Abs. 3 und § 8 Investitionsbankgesetz.

681 01	233	Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger	0,0 1,8	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung des am 14. Juli 2005 in Kraft getretenen Neunten Gesetzes zur Änderung des WoGG vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 2026) ist eine Überprüfung der Ansprüche von Heimbewohnern auf Heizkostenzuschuss erforderlich geworden. Der Bund übernimmt die nachzuzahlenden Heizkostenzuschüsse.

681 02	233	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen	56.500,0 70.837,7	77.000,0	73.500,0
---------------	-----	---	-----------------------------	-----------------	-----------------

§ 10 Abs. 1 HG 2011/2012 findet keine Anwendung.

Erläuterungen:

Das Wohngeld wird aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Juli 2009 (BGBl. I S. 1707), geleistet. Das Land führt die mit dem Wohngeld zusammenhängenden Aufgaben im Auftrage des Bundes durch (Art. 104 a Abs. 3, Art. 85 GG, § 32 Wohngeldgesetz - WoGG). Die Aufgaben hat das Land durch das Gesetz zur Durchführung des Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 2004 auf die kommunalen Wohngeldbehörden übertragen, die auch das Wohngeld an die Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen auszahlen. Das von den Wohngeldbehörden verauslagte Wohngeld wird vom Land erstattet. Die Hälfte der auf das Land Schleswig-Holstein entfallenden Wohngeldleistungen wird nach § 32 WoGG durch den Bund erstattet (vgl. Titel 231 01).

893 20	411	Zuschüsse des Landes aus dem Schleswig-Holstein Fonds zur Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen in städtischen Wohnquartieren	0,0 20,4	0,0	0,0
---------------	-----	--	--------------------	------------	------------

weggefallen

03 Wohnraumförderung

Erläuterungen:

Die Wohnraumförderung erfolgt durch die Vergabe von Zuwendungen, die von der Investitionsbank Schleswig-Holstein an die Empfänger ausgezahlt werden. Die Bereitstellung der Zuwendungsmittel, Zinsen und Geldbeschaffungskosten zur Mitfinanzierung der Landeswohnraumförderungsprogramme erfolgt aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung.

Der Bund zahlt gemäß Art. 143 c GG i. V. m. dem Entflechtungsgesetz (Art. 13 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes vom 05. September 2006, BGBl. I S. 2098) den Ländern von 2007 bis 2013 Kompensationsleistungen, die für die Ausfinanzierung der Altverpflichtungen des Bundes nach II. WoBauG und WoFG sowie zur Finanzierung von investiven Maßnahmen der Wohnraumförderung einzusetzen sind (s. Titel 884 30). Schleswig-Holstein erhält jährlich eine Kompensationsleistung in Höhe von 12,62 Mio. €.

661 30	411	Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Mitfinanzierung der Landeswohnraumförderungsprogramme	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

(MG 03)

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 661 30

Erläuterungen:

Die bei der Refinanzierung von Wohnraumförderungsprogrammen entstehenden Zinsverbindlichkeiten werden aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung getragen. Das Land zahlt daher zurzeit für ein Programmvolumen von 90 Mio. € keine Zinszuschüsse an die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB).

Durch die Abgabe einer "Garantieerklärung" für die im jeweils abgelaufenen Programmjahr ausgereichten bzw. entstehenden Darlehen ergibt sich eine Entlastung des Landeshaushalts durch Verminderung der notwendigen Einstellungen in den Fonds für Zinsausgleich. Eine Garantieerklärung wurde erstmals 1996 für die ab 1. Januar 1995 entstandenen Darlehen ausgegeben. Nach § 18 Abs. 5 Haushaltsgesetz 2011/2012 darf das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Rahmen der Bewilligung von Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung der IB die Übernahme der bei der IB entstehenden Darlehensforderungen zum Nennwert bis zur Höhe von weiteren 90 Mio. € nach Verrechnung von Tilgungen zusagen.

Nach der Ertragsrechnung der Zweckrücklage des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung der IB kann die Tilgung wie bisher aus der Zweckrücklage erbracht werden.

884 30	411	Zuweisung an das Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein aus Kompensationsleistungen des Bundes	12.620,0	12.620,0	12.620,0
(MG 03)			12.620,0		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 30 (MG 03) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel werden gemäß § 10 Abs. 1 IBG in die Zweckrücklage des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen.

Summe der Maßnahmegruppe 03	12.620,0	12.620,0	12.620,0
	12.620,0		

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Die Förderung städtebaulicher Maßnahmen hat folgende Ziele:

1. Funktionsstärkung und Aufwertung von Innenstädten und Ortsteilzentren
2. Soziale und wirtschaftliche Stabilisierung sowie städtebauliche Entwicklung in Problemgebieten
3. Zukunftssichernder Stadtbau insbesondere durch die Entwicklung und Wiedernutzung innerstädtischer Flächen
4. Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne mit denkmalwerter Bausubstanz
5. Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Städten und Gemeinden in dünn besiedelten ländlichen Räumen.

Die Förderung erfolgt im Rahmen von Bund-Länder-Programmen, Landesprogrammen und EU-Programmen (EFRE).

Die Gemeinschaftsfinanzierung der Bund-Länder-Programme (je ein Drittel Bundes-, Landes- und kommunaler Anteil) beruht auf Verwaltungsvereinbarungen über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen.

633 04	441	Zinszuschüsse an Sonstige (IB-Fonds Städtebauförderung)	31,0	22,8	14,5
(MG 04)			39,3		

Erläuterungen:

Belastungen aus

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	22.800	14.500
	Summe	22.800	14.500

Veranschlagt sind Zuschüsse zu Darlehen der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) bis zur Höhe von insgesamt 73,63 Mio. € zur Förderung von Städtebauförderungsmaßnahmen. Die Auszahlung der Darlehen erfolgte in den Jahren 1993 bis 1995. Verwaltungskosten der IB sind enthalten. Die Zahlung von Zinszuschüssen des Landes endet 2013. Für die Darlehen bis zur Höhe von 9,2 Mio. € zahlte das Land 1993 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 2.346,3 T€.

633 41	692	Zuweisungen an Gemeinden aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	6,0	0,0	0,0
(MG 04)			4,9		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 633 41

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt.
Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

671 40	441	Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein für das Landesprogramm Städtebauförderung	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

weggefallen

685 41	692	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt.
Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

883 01	441	Zuweisungen aus Finanzhilfen des Bundes im Städtebauförderungsprogramm Sanierung und Entwicklung	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Übertragen nach 0416 - 883 15 (MG 04).

883 02	441	Zuschüsse des Landes im Städtebauförderungsprogramm Sanierung und Entwicklung	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Übertragen nach 0416 - 883 16 (MG 04).

883 03	441	Zuschüsse des Landes aus dem Schleswig-Holstein Fonds für das Landesprogramm Städtebauförderung	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			717,8		

weggefallen

883 04	441	Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Übertragen nach 0416 - 883 15 (MG 04).

883 05	441	Zuschüsse des Landes im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Übertragen nach 0416 - 883 16 (MG 04).

883 06	441	Zuweisung an Gemeinden aus Mitteln des Regionalprogramms 2000	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			-23,5		

weggefallen

883 07	441	Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Stadumbau West	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Übertragen nach 0416 - 883 15 (MG 04).

883 08	441	Zuschüsse des Landes für das Städtebauförderungsprogramm Stadumbau West	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Übertragen nach 0416 - 883 16 (MG 04).

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

883 09 441 **Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes im Städtebauförderungsprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren** **0,0** **0,0** **0,0**
(MG 04) 0,0

Übertragen nach 0416 - 883 15 (MG 04).

883 10 441 **Zuschüsse des Landes im Städtebauförderungsprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren** **0,0** **0,0** **0,0**
(MG 04) 0,0

Übertragen nach 0416 - 883 16 (MG 04).

883 11 441 **Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes im Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz West** **0,0** **0,0** **0,0**
(MG 04) 0,0

Übertragen nach 0416 - 883 15 (MG 04).

883 12 441 **Zuschüsse des Landes im Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz West** **0,0** **0,0** **0,0**
(MG 04) 0,0

Übertragen nach 0416 - 883 16 (MG 04).

883 13 441 **Zuschüsse des Bundes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen** **0,0** **0,0** **469,0**
(MG 04) 0,0

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2011	2012
Neuverpflichtung insgesamt	-	8.909
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	-	
Davon fällig Haushaltsjahr 2013	-	2.344
Davon fällig Haushaltsjahr 2014	-	3.282
Davon fällig Haushaltsjahr 2015 ff	-	3.283

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 13 (MG 04) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2011	0	0	0	0	0
2012		469	2.344	6.565	9.378
2013			469	8.909	9.378
2014				9.378	9.378
	0	469	2.813	24.852	28.134

883 14 441 **Zuschüsse des Landes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen** **0,0** **0,0** **1.875,6**
(MG 04) 0,0

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2011	2012
Neuverpflichtung insgesamt	-	7.504
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	-	
Davon fällig Haushaltsjahr 2013	-	1.876
Davon fällig Haushaltsjahr 2014	-	1.876
Davon fällig Haushaltsjahr 2015 ff	-	3.752

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 16 (MG 04).

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 883 14

Erläuterungen:

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2011	0	0	0	0	0
2012		1.876	1.876	5.627	9.379
2013			1.876	7.503	9.379
2014				9.378	9.378
	0	1.876	3.752	22.508	28.136

883 15	441	Zuweisungen aus Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme	9.615,0	10.677,6	10.549,0
(MG 04)			12.203,8		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2011	2012	
		Neuverpflichtung insgesamt	9.542	9.542	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012	2.499		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013	2.967	2.499	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2014	2.502	2.967	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2015 ff	1.574	4.076	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 15 (MG 04), darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 01 (MG 04) geleistet werden.

Übertragen von 0416 - 883 01, 883 04, 883 07, 883 09 und 883 11 (MG 04).

Erläuterungen:

Belastungen aus

		2011 EUR	2012 EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorvorjahren	7.585.000	4.425.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2010	2.634.600	3.167.000
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2011		2.499.000
	Summe	10.219.600	10.091.000

Die finanzielle Abwicklung der einzelnen Programme über mehrere Programmjahre ist in den folgenden Tabellen dargestellt. Die erste Tabelle ist eine Zusammenfassung aller Programme. Aus ihr ergeben sich der Gesamtansatz und die Verpflichtungsermächtigungen.

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2007	1.594.000	0	0	0	1.594.000
2008	2.496.000	1.475.000	0	0	3.971.000
2009	3.495.000	2.950.000	1.867.000	0	8.312.000
2010	2.634.600	3.167.000	2.803.700	1.747.000	10.352.300
2011	458.000	2.499.000	2.967.000	4.076.000	10.000.000
2012		458.000	2.499.000	7.043.000	10.000.000
2013			557.000	11.594.000	12.151.000
2014				12.151.000	12.151.000
	10.677.600	10.549.000	10.693.700	36.611.000	68.531.300

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 883 15

Die Programme im Einzelnen:

Sanierung und Entwicklung

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2007	540.000	0	0	0	540.000
2008	752.000	451.000	0	0	1.203.000
2009	545.000	454.000	275.000	0	1.274.000
2010	269.000	331.000	272.000	163.000	1.035.000
2011	36.000	184.000	221.000	297.000	738.000
2012		36.000	184.000	518.000	738.000
2013			53.000	1.031.000	1.084.000
2014				1.084.000	1.084.000
	2.142.000	1.456.000	1.005.000	3.093.000	7.696.000

Soziale Stadt

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2007	540.000	0	0	0	540.000
2008	819.000	469.000	0	0	1.288.000
2009	1.032.000	861.000	521.000	0	2.414.000
2010	774.000	952.000	785.000	468.000	2.979.000
2011	101.000	517.000	620.000	829.000	2.067.000
2012		101.000	517.000	1.449.000	2.067.000
2013			152.000	2.970.000	3.122.000
2014				3.122.000	3.122.000
	3.266.000	2.900.000	2.595.000	8.838.000	17.599.000

Stadtumbau West

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2007	514.000	0	0	0	514.000
2008	764.000	458.000	0	0	1.222.000
2009	1.153.000	997.000	684.000	0	2.834.000
2010	928.600	1.068.000	1.180.000	863.400	4.040.000
2011	118.000	762.000	883.000	1.287.000	3.050.000
2012		118.000	762.000	2.170.000	3.050.000
2013			135.000	3.365.000	3.500.000
2014				3.500.000	3.500.000
	3.477.600	3.403.000	3.644.000	11.185.400	21.710.000

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2008	161.000	97.000	0	0	258.000
2009	402.000	335.000	204.000	0	941.000
2010	663.000	816.000	372.000	252.600	2.103.600
2011	116.000	593.000	712.000	953.000	2.374.000
2012		116.000	593.000	1.665.000	2.374.000
2013			130.000	2.544.000	2.674.000
2014				2.674.000	2.674.000
	1.342.000	1.957.000	2.011.000	8.088.600	13.398.600

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 883 15

Städtebaulicher Denkmalschutz West

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2009	363.000	303.000	183.000	0	849.000
2010	0	0	194.700	0	194.700
2011	59.000	305.000	365.000	489.000	1.218.000
2012		59.000	305.000	854.000	1.218.000
2013			59.000	1.159.000	1.218.000
2014				1.218.000	1.218.000
	422.000	667.000	1.106.700	3.720.000	5.915.700

Kleinere Städte und Gemeinden

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2010	0	0	0	0	0
2011	28.000	138.000	166.000	221.000	553.000
2012		28.000	138.000	387.000	553.000
2013			28.000	525.000	553.000
2014				553.000	553.000
	28.000	166.000	332.000	1.686.000	2.212.000

883 16	441	Zuweisungen des Landes für Städtebauförderungsprogramme	7.538,9	10.208,0	10.797,9
(MG 04)			14.026,0		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2011	2012
Neuverpflichtung insgesamt	8.800	8.800
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	2.200	
Davon fällig Haushaltsjahr 2013	2.200	2.200
Davon fällig Haushaltsjahr 2014	2.200	2.200
Davon fällig Haushaltsjahr 2015 ff	2.200	4.400

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 02 (MG 04) überschritten werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 14 (MG 04).

Übertragen von 0416 - 883 02, 883 05, 883 08, 883 10 und 883 12 (MG 04).

Für einen Teil der Bundesmittel lässt der Bund zu, dass sie für Modellvorhaben in den Gebieten der Sozialen Stadt und dann auch für Zwecke wie Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie im Bereich der lokalen Ökonomie wie Gründerzentren eingesetzt werden können. Für die Komplementärmittel des Landes zu diesen Bundesmitteln gilt entsprechendes.

Erläuterungen:

Zuwendung

Belastungen aus

		2011 EUR	2012 EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorvorjahren	7.051.800	4.081.500
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2010	1.956.200	3.316.400
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2011		2.200.000
	Summe	9.008.000	9.597.900

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 883 16

Die finanzielle Abwicklung der einzelnen Programme über mehrere Programmjahre ist in den folgenden Tabellen dargestellt. Die erste Tabelle ist eine Zusammenfassung aller Programme. Aus ihr ergeben sich der Gesamtansatz und die Verpflichtungsermächtigungen.

Programmjahr (alle Programme)	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2007	2.189.200	0	0	0	2.189.200
2008	2.213.600	1.773.600	0	0	3.987.200
2009	2.649.000	2.307.900	1.621.700	0	6.578.600
2010	1.956.200	3.316.400	2.863.000	1.954.200	10.089.800
2011	1.200.000	2.200.000	2.200.000	4.400.000	10.000.000
2012		1.200.000	2.200.000	6.600.000	10.000.000
2013			2.430.200	9.720.800	12.151.000
2014				12.151.000	12.151.000
	10.208.000	10.797.900	11.314.900	34.826.000	67.146.800

Die Programme im Einzelnen:

Sanierung und Entwicklung

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2007	581.200	0	0	0	581.200
2008	601.200	601.200	0	0	1.202.400
2009	581.000	484.000	172.000	0	1.237.000
2010	252.000	331.000	272.000	163.000	1.018.000
2011	147.600	147.600	147.600	295.200	738.000
2012		147.600	147.600	442.800	738.000
2013			216.800	867.200	1.084.000
2014				1.084.000	1.084.000
	2.163.000	1.711.400	956.000	2.852.200	7.682.600

Soziale Stadt

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2007	768.800	0	0	0	768.800
2008	873.400	434.400	0	0	1.307.800
2009	594.000	594.000	150.000	0	1.338.000
2010	594.000	766.000	741.000	682.000	2.783.000
2011	213.400	463.400	463.400	926.800	2.067.000
2012		213.400	463.400	1.390.200	2.067.000
2013			624.400	2.497.600	3.122.000
2014				3.122.000	3.122.000
	3.043.600	2.471.200	2.442.200	8.618.600	16.575.600

Stadtumbau West

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2007	839.200	0	0	0	839.200
2008	611.000	610.000	0	0	1.221.000
2009	767.000	592.900	968.700	0	2.328.600
2010	711.600	1.424.400	1.092.300	762.200	3.990.500
2011	250.000	700.000	700.000	1.400.000	3.050.000
2012		250.000	700.000	2.100.000	3.050.000
2013			700.000	2.800.000	3.500.000
2014				3.500.000	3.500.000
	3.178.800	3.577.300	4.161.000	10.562.200	21.479.300

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 883 16

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2008	128.000	128.000	0	0	256.000
2009	425.000	355.000	135.000	0	915.000
2010	398.600	795.000	563.000	347.000	2.103.600
2011	234.800	534.800	534.800	1.069.600	2.374.000
2012		234.800	534.800	1.604.400	2.374.000
2013			534.800	2.139.200	2.674.000
2014				2.674.000	2.674.000
	1.186.400	2.047.600	2.302.400	7.834.200	13.370.600

Städtebaulicher Denkmalschutz West

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2009	282.000	282.000	196.000	0	760.000
2010	0	0	194.700	0	194.700
2011	243.600	243.600	243.600	487.200	1.218.000
2012		243.600	243.600	730.800	1.218.000
2013			243.600	974.400	1.218.000
2014				1.218.000	1.218.000
	525.600	769.200	1.121.500	3.410.400	5.826.700

Kleinere Städte und Gemeinden

Programmjahr	2011	2012	2013	2014ff	Summe
2010	0	0	0	0	0
2011	110.600	110.600	110.600	221.200	553.000
2012		110.600	110.600	331.800	553.000
2013			110.600	442.400	553.000
2014				553.000	553.000
	110.600	221.200	331.800	1.548.400	2.212.000

883 41	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt.

Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

891 41	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt.

Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

893 08	411	Zuschüsse für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaus aus Finanzhilfen des Bundes	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 221 05 (MG 04) geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Bund fördert die Durchführung von Forschungsmaßnahmen, mit denen an konkreten Projekten neue, durch praktische Anwendung abgesicherte Erkenntnisse für Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens und des Städtebaus gewonnen oder vorhandene Erkenntnisse auf Handlungsbedarfe des Bundes überprüft werden sollen. Der Einsatz der Mittel erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt).

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
894 41	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0	0,0
(MG 04)		Erläuterungen: Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt . Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.	0,0		
Summe der Maßnahmegruppe 04			17.190,9	20.908,4	23.706,0
			26.968,3		
Summe der Ausgaben			87.893,7	112.091,1	111.388,7
			111.949,0		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	187,9 176,7	121,3	121,3
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	28.250,0 40.991,1	38.500,0	36.750,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	22.235,0 22.398,0	23.297,6	23.638,0
Gesamteinnahmen			50.672,9 63.565,8	61.918,9	60.509,3
41 - 49		Personalausgaben	1.378,8 1.374,8	1.436,7	1.436,7
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	128,0 87,5	75,0	75,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	56.613,0 70.922,2	77.073,8	73.565,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	29.773,9 39.564,5	33.505,6	36.311,5
Gesamtausgaben			87.893,7 111.949,0	112.091,1	111.388,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-37.220,8 -48.383,2	-50.172,2	-50.879,4

04 Innenministerium
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2011

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
04 01	Ministerium	2011		373,2	7.728,2	600,0		8.701,4
		2010		386,2	835,9	871,0		2.093,1
04 02	Sport	2011				60,0	6.174,0	6.234,0
		2010				60,0	6.174,0	6.234,0
04 03	Geoinformationen, Landesver- messung und Liegenschaftska- taster	2011		10.578,5	180,0			10.758,5
		2010		11.531,0	165,0			11.696,0
04 05	Brandschutz, Landesfeuer- weherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	2011		26,0	795,1			821,1
		2010		41,0	809,0			850,0
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	2011		13.213,7	2.910,0	1.782,0		17.905,7
		2010		13.641,0	1.430,0	4.408,2		19.479,2
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	2011		121,3	38.500,0	23.297,6		61.918,9
		2010		187,9	28.250,0	22.235,0		50.672,9
	Summe Haushalt	2011		24.312,7	50.113,3	25.739,6	6.174,0	106.339,6
	Summe Haushalt	2010		25.787,1	31.489,9	27.574,2	6.174,0	91.025,2
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	-1.474,4	+18.623,4	-1.834,6	0,0	+15.314,4

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
16.536,0	3.651,2		29.071,2		2.080,0		51.338,4	2011	04 01
27.082,3	3.470,0		18.454,1		6.069,0		55.075,4	2010	
106,9			6.174,0		60,0		6.340,9	2011	04 02
102,6	80,0		6.174,0		60,0		6.416,6	2010	
25.781,1	1.366,8		11,0		307,0		27.465,9	2011	04 03
25.763,9	1.623,0		10,2		305,0		27.702,1	2010	
1.836,3	768,0	400,0	3.060,5		6.223,0		12.287,8	2011	04 05
1.820,8	713,0	400,0	1.971,0		7.403,4		12.308,2	2010	
313.400,6	32.903,1		5.522,3	4.069,3	13.166,0		369.061,3	2011	04 10
296.693,6	28.217,3		5.246,8		52.561,4		382.719,1	2010	
1.436,7	75,0		77.073,8		33.505,6		112.091,1	2011	04 16
1.378,8	128,0		56.613,0		29.773,9		87.893,7	2010	
359.097,6	38.764,1	400,0	120.912,8	4.069,3	55.341,6		578.585,4	2011	
352.842,0	34.231,3	400,0	88.469,1		96.172,7		572.115,1	2010	
+6.255,6	+4.532,8	0,0	+32.443,7	+4.069,3	-40.831,1	0,0	+6.470,3		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2011

-472.245,8

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2010

-481.089,9

04 Innenministerium
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2012

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
04 01	Ministerium	2012		373,2	1.081,6	600,0		2.054,8
		2011		373,2	7.728,2	600,0		8.701,4
04 02	Sport	2012				60,0	6.174,0	6.234,0
		2011				60,0	6.174,0	6.234,0
04 03	Geoinformationen, Landesver- messung und Liegenschaftska- taster	2012		9.578,5	180,0			9.758,5
		2011		10.578,5	180,0			10.758,5
04 05	Brandschutz, Landesfeuer- weherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	2012		36,0	907,1			943,1
		2011		26,0	795,1			821,1
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	2012		13.221,2	3.336,0			16.557,2
		2011		13.213,7	2.910,0	1.782,0		17.905,7
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	2012		121,3	36.750,0	23.638,0		60.509,3
		2011		121,3	38.500,0	23.297,6		61.918,9
	Summe Haushalt	2012		23.330,2	42.254,7	24.298,0	6.174,0	96.056,9
	Summe Haushalt	2011		24.312,7	50.113,3	25.739,6	6.174,0	106.339,6
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	-982,5	-7.858,6	-1.441,6	0,0	-10.282,7

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
15.887,3	3.700,5		16.184,2		1.480,0		37.252,0	2012	04 01
16.536,0	3.651,2		29.071,2		2.080,0		51.338,4	2011	
106,9			6.174,0		60,0		6.340,9	2012	04 02
106,9			6.174,0		60,0		6.340,9	2011	
24.718,2	1.421,8		11,0		273,0		26.424,0	2012	04 03
25.781,1	1.366,8		11,0		307,0		27.465,9	2011	
1.773,8	763,0	400,0	3.179,7		6.286,0		12.402,5	2012	04 05
1.836,3	768,0	400,0	3.060,5		6.223,0		12.287,8	2011	
314.759,2	32.980,1		5.440,2		9.925,5		363.105,0	2012	04 10
313.400,6	32.903,1		5.522,3	4.069,3	13.166,0		369.061,3	2011	
1.436,7	75,0		73.565,5		36.311,5		111.388,7	2012	04 16
1.436,7	75,0		77.073,8		33.505,6		112.091,1	2011	
358.682,1	38.940,4	400,0	104.554,6		54.336,0		556.913,1	2012	
359.097,6	38.764,1	400,0	120.912,8	4.069,3	55.341,6		578.585,4	2011	
-415,5	+176,3	0,0	-16.358,2	-4.069,3	-1.005,6	0,0	-21.672,3		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2012

-460.856,2

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2011

-472.245,8

04 Innenministerium

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2011

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2011	2012	2013	2014	2015 ff.
		T€					
04 01	Ministerium	800,0	500,0	300,0			
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	2.470,0	1.653,0	667,0	150,0		
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	18.342,0	4.699,0	5.167,0	4.702,0	3.774,0	
	Summe des Einzelplans	21.612,0	6.852,0	6.134,0	4.852,0	3.774,0	

04 Innenministerium

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2012

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf			
			2012	2013	2014	2015 ff.
		T€				
04 01	Ministerium	800,0	500,0	300,0		
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	7.846,0	7.846,0			
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	34.755,0	8.919,0	10.325,0	15.511,0	
	Summe des Einzelplans	43.401,0	17.265,0	10.625,0	15.511,0	

04 Innenministerium

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2011

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
04 01	Ministerium							
63	Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums	2011 2010		0,0 0,0				0,0 0,0
69	Maßnahmen in der Metropolre- gion Hamburg	2011 2010		6,7 6,7		0,0 0,0		6,7 6,7
71	Grenzüberschreitende Maß- nahmen in der Metropolregion Hamburg	2011 2010		0,0 0,0		600,0 871,0		600,0 871,0
04 05	Brandschutz, Landesfeuer- wehrschule und Förderung des Feuerwehrwesens							
62	Schiffsbrandbekämpfung	2011 2010		0,0 0,0	411,1 423,0			411,1 423,0
65	Havariekommando	2011 2010			294,0 296,0		0,0 0,0	294,0 296,0
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz							
63	Digitalfunk	2011 2010		24,5	1.637,0 220,0	1.782,0 4.408,2	0,0	3.443,5 4.628,2
65	Havariekommando	2011 2010						
67	Katastrophenschutz	2011 2010		305,0 243,0	400,0 400,0			705,0 643,0
71	Kriminaltechnik	2011 2010		5,0 0,0				5,0 0,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen							
03	Wohnraumförderung	2011 2010				12.620,0 12.620,0		12.620,0 12.620,0
04	Städtebauförderung	2011 2010			0,0 0,0	10.677,6 9.615,0		10.677,6 9.615,0
	Summe Haushalt	2011		341,2	2.742,1	25.679,6	0,0	28.762,9
	Summe Haushalt	2010		249,7	1.339,0	27.514,2	0,0	29.102,9

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2011

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€ -									

04 01 Ministerium

06 Raumordnung

2011		54,0		68,9					122,9
2010		76,0		122,0					198,0

07 Statistik

2011				27.418,7		258,0			27.676,7
2010				16.836,2		258,0			17.094,2

61 Modernisierung der Verwaltung

2011		33,0							33,0
2010		33,0							33,0

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2011	0,0								0,0
2010	0,0								0,0

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

2011	2.546,8	784,0				0,0			3.330,8
2010	2.828,1	767,0				49,0			3.644,1

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

2011	59,2			20,0					79,2
2010	56,8			63,0					119,8

69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

2011						0,0			0,0
2010						0,0			0,0

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

2011						1.200,0			1.200,0
2010						1.742,0			1.742,0

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit

2011	0,0	291,0				0,0			291,0
2010	0,0	291,0				0,0			291,0

04 02 Sport

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

2011						60,0			60,0
2010						60,0			60,0

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein

2011	0,0								0,0
2010	5.867,9								5.867,9

69 Outputorientierte Personalkosten

2011	344,1								344,1
2010	330,2								330,2

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

61 Förderung des Feuerwehrwesens

2011		125,0	400,0	1.822,9		5.723,0			8.070,9
2010		130,0	400,0	703,0		7.273,4			8.506,4

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2011

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
62	Schiffsbrandbekämpfung								
	2011		33,0		878,6		0,0		911,6
	2010		48,0		908,0		0,0		956,0
65	Havariekommando								
	2011				359,0				359,0
	2010				360,0				360,0
69	Outputorientierte Personalkosten								
	2011	364,2							364,2
	2010	349,5							349,5
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz								
61	Besonderer Einsatz der Polizei								
	2011	0,0	0,0						0,0
	2010	35,0	102,0						137,0
62	Polizei-Bigband								
	2011	1.130,5	37,0						1.167,5
	2010	1.084,9	37,0						1.121,9
63	Digitalfunk								
	2011		6.321,0		1.084,0	4.069,3	1.437,0	0,0	12.911,3
	2010		2.424,6		978,0	0,0	29.528,3		32.930,9
64	Fahndung, Ermittlung, Einsatz								
	2011	16,0	1.653,0						1.669,0
	2010	40,0	1.027,0						1.067,0
65	Havariekommando								
	2011								
	2010								
66	Rat für Kriminalitätsverhütung								
	2011		50,0		20,0				70,0
	2010		50,0						50,0
67	Katastrophenschutz								
	2011	736,3	213,5		598,5		750,0	0,0	2.298,3
	2010	706,6	209,0		569,1		750,0	0,0	2.234,7
68	Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition								
	2011	1.724,4	614,0				305,0		2.643,4
	2010	1.499,9	452,0				289,0		2.240,9
69	Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)								
	2011	1.685,9							1.685,9
	2010	1.618,0							1.618,0
70	Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)								
	2011	71,0							71,0
	2010	68,2							68,2
71	Kriminaltechnik								
	2011	18,0	1.974,0				830,0		2.822,0
	2010		80,0						80,0

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2011

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

03 Wohnraumförderung

2011 0,0 12.620,0 12.620,0

2010 0,0 12.620,0 12.620,0

04 Städtebauförderung

2011 22,8 20.885,6 20.908,4

2010 37,0 17.153,9 17.190,9

Summe	2011	8.696,4	12.182,5	400,0	32.293,4	4.069,3	44.068,6	0,0	101.710,2
Summe	2010	14.485,1	5.726,6	400,0	20.576,3	0,0	69.723,6	0,0	110.911,6

04 Innenministerium

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2012

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
04 01	Ministerium							
63	Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums	2012		0,0				0,0
		2011		0,0				0,0
69	Maßnahmen in der Metropolre- gion Hamburg	2012		6,7			0,0	6,7
		2011		6,7			0,0	6,7
71	Grenzüberschreitende Maß- nahmen in der Metropolregion Hamburg	2012		0,0			600,0	600,0
		2011		0,0			600,0	600,0
04 05	Brandschutz, Landesfeuer- wehrschule und Förderung des Feuerwehrwesens							
62	Schiffsbrandbekämpfung	2012		0,0	411,1			411,1
		2011		0,0	411,1			411,1
65	Havariekommando	2012			406,0		0,0	406,0
		2011			294,0		0,0	294,0
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz							
63	Digitalfunk	2012		32,0	2.063,0	0,0	0,0	2.095,0
		2011		24,5	1.637,0	1.782,0	0,0	3.443,5
65	Havariekommando	2012						
		2011						
67	Katastrophenschutz	2012		305,0	400,0			705,0
		2011		305,0	400,0			705,0
71	Kriminaltechnik	2012		5,0				5,0
		2011		5,0				5,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen							
03	Wohnraumförderung	2012				12.620,0		12.620,0
		2011				12.620,0		12.620,0
04	Städtebauförderung	2012			0,0	11.018,0		11.018,0
		2011			0,0	10.677,6		10.677,6
	Summe Haushalt	2012		348,7	3.280,1	24.238,0	0,0	27.866,8
	Summe Haushalt	2011		341,2	2.742,1	25.679,6	0,0	28.762,9

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2012

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€ -									

04 01 Ministerium

06 Raumordnung

2012		54,0		68,9					122,9
2011		54,0		68,9					122,9

07 Statistik

2012				14.531,7		258,0			14.789,7
2011				27.418,7		258,0			27.676,7

61 Modernisierung der Verwaltung

2012		27,3							27,3
2011		33,0							33,0

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2012	0,0								0,0
2011	0,0								0,0

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

2012	2.546,8	784,0				0,0			3.330,8
2011	2.546,8	784,0				0,0			3.330,8

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

2012	59,2			20,0					79,2
2011	59,2			20,0					79,2

69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

2012						0,0			0,0
2011						0,0			0,0

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

2012						1.200,0			1.200,0
2011						1.200,0			1.200,0

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit

2012	0,0	291,0				0,0			291,0
2011	0,0	291,0				0,0			291,0

04 02 Sport

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

2012						60,0			60,0
2011						60,0			60,0

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein

2012	0,0								0,0
2011	0,0								0,0

69 Outputorientierte Personalkosten

2012	344,1								344,1
2011	344,1								344,1

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

61 Förderung des Feuerwehrwesens

2012		100,0	400,0	1.822,9		6.076,0			8.398,9
2011		125,0	400,0	1.822,9		5.723,0			8.070,9

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2012

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung	- T€ -							
62	Schiffsbrandbekämpfung								
	2012		33,0		878,6		0,0		911,6
	2011		33,0		878,6		0,0		911,6
65	Havariekommando								
	2012				478,2				478,2
	2011				359,0				359,0
69	Outputorientierte Personalkosten								
	2012	364,2							364,2
	2011	364,2							364,2
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz								
61	Besonderer Einsatz der Polizei								
	2012	0,0	0,0						0,0
	2011	0,0	0,0						0,0
62	Polizei-Bigband								
	2012	1.130,5	37,0						1.167,5
	2011	1.130,5	37,0						1.167,5
63	Digitalfunk								
	2012		6.009,0		923,0	0,0	75,6	0,0	7.007,6
	2011		6.321,0		1.084,0	4.069,3	1.437,0	0,0	12.911,3
64	Fahndung, Ermittlung, Einsatz								
	2012	17,0	1.790,0						1.807,0
	2011	16,0	1.653,0						1.669,0
65	Havariekommando								
	2012								
	2011								
66	Rat für Kriminalitätsverhütung								
	2012		50,0		20,0				70,0
	2011		50,0		20,0				70,0
67	Katastrophenschutz								
	2012	736,3	216,5		598,5		750,0	0,0	2.301,3
	2011	736,3	213,5		598,5		750,0	0,0	2.298,3
68	Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition								
	2012	1.724,4	614,0				305,0		2.643,4
	2011	1.724,4	614,0				305,0		2.643,4
69	Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)								
	2012	1.685,9							1.685,9
	2011	1.685,9							1.685,9
70	Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)								
	2012	71,0							71,0
	2011	71,0							71,0
71	Kriminaltechnik								
	2012	19,0	2.363,0				900,0		3.282,0
	2011	18,0	1.974,0				830,0		2.822,0

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2012

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

03 Wohnraumförderung

2012 0,0 12.620,0 12.620,0

2011 0,0 12.620,0 12.620,0

04 Städtebauförderung

2012 14,5 23.691,5 23.706,0

2011 22,8 20.885,6 20.908,4

Summe	2012	8.698,4	12.368,8	400,0	19.356,3	0,0	45.936,1	0,0	86.759,6
Summe	2011	8.696,4	12.182,5	400,0	32.293,4	4.069,3	44.068,6	0,0	101.710,2

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Zuweisungen an Kreise und Gemeinden in der Metropolregion Hamburg

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Globalziele sind die Stärkung der Metropolregion Hamburg sowie die Stärkung der kommunalen Infrastruktur in der Fördergebietskulisse. Der Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein dient der Spitzenfinanzierung besonders solcher Projekte,</p> <ul style="list-style-type: none"> die zur Lösung regional bedeutsamer Probleme in den näher an Hamburg liegenden Teilgebieten und ferner in den Entwicklungs- und Entlastungsorten beitragen, die Ländergrenzen überschreiten, die eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Metropolregion haben oder die Leit- und Modellprojekte der MRH in kommunaler Trägerschaft sind. <p>Wesentliche Schwerpunkte der Förderung sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> Stärkung der „Internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ der MRH (z. B. Projekte aus dem Bereich Wirtschaftliche Entwicklung Tourismus und Kultur einschließlich Marketing), Daseinsvorsorge (insbesondere interkommunale Lösungen bei der technischen Infrastruktur und ÖPNV-Verknüpfungsmaßnahmen), <p>Raumstruktur und Flächenmanagement (z. B. Siedlungs- und Gebietsentwicklung, Naturhaushalt).</p>							
Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Anzahl Zuwendungsbescheide des Förderfonds Hamburg/ Schleswig-Holstein	16	15	15	15				
Externe Zielgruppen	Kommunen und Zweckverbände in der Fördergebietskulisse							
Vereinbarungszeitraum	<p>Das Land SH und die Freie und Hansestadt Hamburg stellen für die aus diesem Ansatz zu finanzierenden Maßnahmen jährlich jeweils Beträge in gleicher Höhe (ab 2009 je 871 T€, ab 2011 je 600 T€) zur Verfügung. Am 01. Dezember 2005 wurde ein trilateraler Staatsvertrag zwischen den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein geschlossen. Der Staatsvertrag hat eine zweijährige Kündigungsfrist.</p>							
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	<p>Einzelplan: 04 Kapitel: 0401 Ausgabebetitelgruppe 71</p>							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 bzw. 1962 eingerichteten Förderfonds“ vom 1. Dezember 2005 Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus den Förderfonds der Metropolregion Hamburg (Bekanntmachung des Innenministeriums (S-H) vom 20. Oktober 2009, Amtsblatt für Schleswig-Holstein Nr. 44 vom 2. November 2009, S. 1144) 							
Zeitplan / Meilensteine	Entfällt							
Berichtswesen	Nicht vorgesehen							

Zusätzliche Erläuterungen

für den

Aufgabenbereich:

Förderung des außerschulischen Sports

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Aufgrund des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (GlüStV AG) vom 13. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 524) sind von den Konzessionsabgaben, nach Erfüllung der anderen sich aus dem Gesetz ergebenden Verpflichtungen, 8 %, mindestens 6,3 Mio. € für die Förderung des Sports zu verwenden. Davon sind 90 % (= 5.67 Mio. €) für den Landessportverband, 8 % (= 504 T€) für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports und 2 % (=126 T€) für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports bestimmt. Über die Verwendung dieser Mittel befinden die zuständigen Ministerien. Das IM hat die Sportförderrichtlinie vom 8. Januar 2008 (Amtsbl. Schl.-H. S. 270) erlassen. Diese Richtlinie regelt die Vergabe der Fördermittel für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports durch das Innenministerium, soweit sie nicht für strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in Schleswig-Holstein eingesetzt werden. Durch die Zuwendungen des Innenministeriums sollen Einrichtungen, Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung und Weiterentwicklung eines landesweiten, vielfältigen und sozialverträglichen Sportangebotes gefördert werden.</p> <p>Insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Landessportverbandes Schleswig-Holstein und seiner Einrichtungen • Förderung von Sportprojekten/Veranstaltungen • Förderung des Leistungssports einschl. Baumaßnahmen • Förderung von Maßnahmen im Behindertensport • Anti Doping Maßnahmen • Integration durch Sport • Sportstättenentwicklungsplanung • Stärkung des Ehrenamtes/Ehrungen • Wettbewerb Sportfreundliche Kommune • Strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in SH 				
<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>					
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Mengen (Anzahl Bescheide)</p>				<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
	<p>2009 (Ist)</p>	<p>2010 (Plan)</p>	<p>2011 (Plan)</p>	<p>2012 (Plan)</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Landessportverbandes Schleswig-Holstein und seiner Einrichtungen 	<p>1</p>	<p>1</p>	<p>1</p>	<p>1</p>	<p>Ordnungsgemäße Antragsabwicklung</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliederzahl im LSV Davon: Erwachsene Jugendliche (bis 18J.) 	<p>837.985 526.819 311.166</p>				
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der Vereine im LSV 	<p>2.692</p>				

Anzahl der Zuwendungsbescheide <ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Sportprojekten/ Veranstaltungen • Förderung des Leistungssports einschl. Baumaßnahmen • Förderung von Maßnahmen im Behindertensport • Anti Doping Maßnahmen • Integration durch Sport • Sportstättenentwicklungsplanung • Stärkung des Ehrenamtes/Ehrungen • Wettbewerb Sportfreundliche Kommune • Strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in SH 	15	16	16	16	
Externe Zielgruppen	Kommunen, gemeinnützige Sportvereine und -verbände die in SH ansässig sind, sowie deutsche Sportvereine in Nordschleswig, wenn sie gleichzeitig auch Träger der Maßnahme sind und gemeinnützige Verbände und Vereine.				
Vereinbarungszeitraum	2011/2012				
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0402				
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	§§ 10 und 11 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (GlüStV AG) vom 13. Dezember 2007 (GVObI. Schl.-H. S. 524) Sportförderrichtlinie vom 8. Januar 2008 (Amtsbl. Schl.-H. S. 270)				
Zeitplan / Meilensteine	Die Bewilligungen erfolgen für die Projekte aus den jährlich vorhandenen Haushaltsmitteln				
Berichtswesen	Nicht vorgesehen				

Anlage zum Kapitel 0403

Zusätzliche Erläuterungen

für den

Aufgabenbereich: Kataster- und Vermessungswesen; hier Landesvermessung

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Nach dem Vermessungs- und Katastergesetz ist es die Aufgabe der Landesvermessung die geodätischen Grundlagen für eine allgemeine Landesaufnahme, für das Liegenschaftskataster und für andere Vermessungen zu schaffen und zu erhalten, das gesamte Landesgebiet aufzunehmen und die Ergebnisse in Karten und digitalen Modellen darzustellen. Die digitalen Modelle müssen als Basis für geographische Informationssysteme geeignet sein. Die Landesvermessung hat insbesondere die Belange von Planung, Rechtsverkehr, Verteidigung, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie des Umwelt- und Naturschutzes zu berücksichtigen. Gemäß Kabinettsbeschluss nimmt die Leitstelle Geodaten die zentralen Aufgaben eines Geodatenmanagements wahr.</p> <p>Zuständig für die Landesvermessung ist das Landesvermessungsamt.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Die geodätischen Grundlagen umfassen die Herstellung, Erhaltung und Erneuerung des Lage-, Höhen- und Schwerefestpunktfeldes sowie die Einrichtung und Unterhaltung von Referenzstationen eines Satellitenpositionierungsdienstes zur Realisierung des Raumbezuges.2. Die Landesaufnahme umfasst die regelmäßige Aufnahme aller topographischen Veränderungen sowie die Bereitstellung des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS).3. Das Landesgebiet in Karten und digitalen Modellen darzustellen bedeutet die Bearbeitung und Herausgabe von topographischen Landeskartenwerken sowie die Bereitstellung von Produkten auf Basis des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS).4. Im Landesvermessungsamt werden in einer IT-Leitstelle alle IT-Belange der Vermessungs- und Katasterverwaltung betreut. Das umfasst die Beschaffung, Installation und Pflege der Hardware und Netze sowie die Beschaffung, Entwicklung und Pflege und Schulung von Anwendersoftware.5. Das Landesvermessungsamt unterstützt die Katasterämter in ihrer Aufgabe der Flurbereinigungsschlussvermessung durch Einsatz wirtschaftlicher zentraler technischer Verfahren.6. Die Vermessungs- und Katasterverwaltung Schleswig-Holsteins betreibt gemeinsam mit dem Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung der Freien und Hansestadt Hamburg den Geoserver (Internetvertriebssystem), um ihre Produkte zu präsentieren und neue Dienste anzubieten, die erst durch die Internettechnologie realisierbar geworden sind. Der Shop im Geoserver soll als landeseinheitlicher Shop der Landesverwaltung genutzt werden, d. h. alle Verwaltungen nutzen dieses Werkzeug. Es kann auch von den Kommunen genutzt werden.7. Die Leitstelle Geodaten des Landesvermessungsamts nimmt zentrale Funktionen bei der Bereitstellung der Geobasisdaten für die Ressorts, Kreise und Gemeinden wahr, sie unterstützt in diesem Zusammenhang die Einrichtung der GDI-SH. Die Leitstelle hat einen wesentlichen Anteil an dem Aufbau und der Administration des Geoservers, der Einrichtung von Online-Diensten, dem Aufbau des Digitalen Atlas und der Bereitstellung eines MIS um seitens der VermKatV den INSPIRE-Anforderungen genügen zu können. <p>Strategische Ziele:</p>
--	---

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung, Wirtschaft, Verteidigung, Wissenschaft usw. mit aktuellen, genauen, zuverlässigen Geoinformationen. ➤ Aufgabenerfüllung auf der Grundlage moderner und betriebswirtschaftlich optimaler Arbeitsprozesse (Satellitenvermessung, Laserscan-Erfassung, digitale Orthophotos, automatische Modell- und Kartographische Generalisierung, zentrale Photogrammetrie und Datenanalyse, Leitstelle für Geodaten und Leitstelle für IT-Aufgaben der VermKatV). ➤ Reorganisation der Vermessungs- und Katasterverwaltung, Bildung eines Landesamtes für Vermessung und Geoinformation.
--	---

Kennzahlen/Indikatoren für

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung
	2009	2010	2011	2012	
Grundlagenvermessung					
	Punkte				
- Nivellementnetz	499	800	600	200	Teilnahme an der bundesweiten Neubeobachtung des Deutschen Haupthöhennetzes DHHN.
	Verfügbarkeit in %				
- Positionierungsdienst	99	100	100	100	Der amtliche Satellitenpositionierungsdienst der deutschen Landesvermessung (SAPOS [®]) wird für ganz Deutschland von den in der AdV organisierten Vermessungsverwaltungen der Bundesländer und den Fachbehörden mit Vermessungsaufgaben der Bundesministerien für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, des Innern und der Verteidigung im Rahmen ihres hoheitlichen Auftrags betrieben. Er bildet mit seinen Referenzstationssystemen eine geodätische Grundinfrastruktur für den Raumbezug im Zentrum Europas. Eine hohe Verfügbarkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für den betriebswirtschaftlichen Einsatz des SAPOS [®] und die dadurch möglich werdende Einschränkung der Pflege und Erhaltung des trigonometrischen Netzes.
Topographische Landesaufnahme Bereitstellung des Amtli-					

chen Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS®)	Fläche in km ²				
- ATKIS® - Digitales Landschaftsmodell 1:5.000 (Basis-DLM)	4.632	6.000	6.000	6.000	konnte die periodische Aktualisierung in 2009 nicht in vollem Umfang erbracht werden. Ab 2010 ist zumindest die Spitzenaktualität für die gesamte Landesfläche zu gewährleisten. Die periodische Aktualität erfolgt im 3-jährigen Zyklus.
- ATKIS® - Digitales Orthophoto (DOP)	7.930	7.000	7.000	7.000	Die DOP bilden einen wesentlichen Bestandteil aktueller Geobasisdaten. Intern dienen sie im Wesentlichen zur Aktualisierung des Basis-DLM. Sie sind im 3-jährigen Zyklus fortzuführen. Der Bildflug wird in Kooperation mit dem MLUR durchgeführt.
- ATKIS® - Digitales Gelände-Modell (DGM)	6.000	6.000	6.000	6.000	Das auf Laserscan-Befliegung basierende DGM ist mit Hilfe der digitalen Photogrammetrie zu aktualisieren, Bruchkanten sind festzulegen und an das Basis-DLM anzupassen. Um die Arbeitsleistung zu gewährleisten, sind weitere Entwicklungen und Softwaremodule erforderlich.
- ATKIS® - Digitale Topographische Karte 1:5.000 (DTK5)	16.000	16.000	16.000	16.000	Zur Vorhaltung eines aktuellen großmaßstäbigen topographischen Kartenwerks ist die jährliche Bearbeitung der Landesfläche erforderlich. Die Daten des Basis-DLM werden dabei durch die der ALK ergänzt (Flurstücke, Gebäude).
Kartenwerke und digitale Modelle	Kartenblätter				
- Topographische Karte 1:25.000 (TK25)	8	4	10	20	Aufgrund der Priorität der Digitalen Topographischen Karte 1:50.000 (DTK50), Folgeprodukt der TK50, ist die Aktualisierung der TK25 eingeschränkt möglich. Mittelfristig soll die Bearbeitung im Rahmen der Modell- und kartographischen Generalisierung (AdV-Projekt) erfolgen.
- Topographische Karte 1: 50.000 (TK50)	3,7	4	10	10	Die TK50 ist vereinbarungsgemäß bis Ende 2009 als Digitales Landschaftsmodell 1:50.000 (DLM50.2) (Basis für die

<p>- Topographische Karte 1: 100.000 (TK100)</p> <p>- Kreis- und Freizeitkarten</p> <p>- ATKIS®-Internetkarte</p>	<p>1 1 5 10</p> <p>2,8 4 4 4</p> <p style="text-align: center;">Fläche in km²</p> <p>16.000 16.000 16.000 16.000</p>	<p>DTK50) an das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) bereitgestellt worden. Die Arbeiten erfolgen im Rahmen der Modell- und kartographischen Generalisierung (AdV-Projekt). Aufgrund des höheren Automationsgrades kann ab 2011 der Fortführungszyklus verkürzt werden.</p> <p>Nach Umstellung der TK50 ist die TK100 auf die Digitale Topographische Karte 1:100.000 (DTK100) umzustellen (AdV-Projekt), um den vereinbarungsgemäß festgelegten Bedarf der Bundeswehr zu erfüllen. Kennzahlen können nur bedingt angegeben werden.</p> <p>Die Kreiskarten und die flächendeckend geführten Freizeitkarten sind im Rahmen des Verwaltungsbedarfs und im Interesse des Tourismusbereichs zu aktualisieren.</p> <p>Die für Online-Dienste erstellten Internetkarten sind jährlich landesweit zu aktualisieren. Sie sind wesentlicher Bestandteil der Online-Dienste bzw. des Digitalen Atlas.</p>
<p>IT-Leitstelle</p>	<p>Hard- und Softwareausstattung der Katasterämter und des LVerMA laufend ersetzen, jeweils 120 PCs im Jahr. Ergänzungsbeschaffung von Flachbildschirmen für das AAA-Projekt:</p> <p>5 40 0 0</p> <p>Auslieferung der AAA-Arbeitsplatz-Software an die Katasterämter und das LVerMA:</p> <p>10 50 400 0</p> <p>Inbetriebnahme der zentralen Datenhaltungskomponente (DHK) bei Dataport, in 2008 für ATKIS®, in 2010 für ALKIS® und AFIS®.</p>	<p>Die in Kooperation mit vier weiteren Bundesländern entwickelte Datenhaltungskomponente (DHK) zur Führung der Daten des AFIS®-ALKIS®-ATKIS®-Konzeptes der AdV ist unerlässlich zur einheitlichen Datenhaltung der amtlichen Geodaten des Liegenschaftskatasters und der Landesvermessung. Mit dem AAA-Projekt wird das Ziel verfolgt, bessere, einheitliche Produkte und eine stärkere Verwendung der Geobasisdaten zu erreichen.</p> <p>Die in Kooperation mit</p>

		dem LGV Hamburg entwickelte Arbeitsplatz-Software ist unverzichtbar zur Führung und Laufendhaltung der AAA-Daten. Mit dieser Software werden Arbeitsprozesse eingeführt die letztlich eine höhere Datenqualität zur Folge haben werden. Die länderübergreifende Zusammenarbeit bei fachlichen IT-Maßnahmen unterstreicht die Notwendigkeit einer IT-Leitstelle innerhalb der VermKatV.																
Katastervermessung - Photogrammetrie - Koordinatenbestimmung - Einrechnung durch Ausgleichung - Topographische Erfassung von Gebäuden	Fläche in km ² <table border="1"> <tr> <td>74</td> <td>75</td> <td>60</td> <td>55</td> </tr> <tr> <td>26</td> <td>30</td> <td>30</td> <td>30</td> </tr> <tr> <td>26</td> <td>35</td> <td>30</td> <td>30</td> </tr> <tr> <td>1.067</td> <td>1.200</td> <td>1.500</td> <td>1.500</td> </tr> </table>	74	75	60	55	26	30	30	30	26	35	30	30	1.067	1.200	1.500	1.500	Das LVermA unterstützt die Katasterämter in ihrer Aufgabe zur Flurbereinigungsschlussvermessung durch Einsatz der Photogrammetrie und durch eine intensive mathematische Datenanalyse (Methode: "Einrechnung durch Ausgleichung"). Durch die Bereitstellung topographisch erfasster Gebäudedaten wird ein wichtiger Beitrag zur Gebäudeaktualität im Liegenschaftskataster geleistet. Die Vervollständigung der Adressdaten ist ein wesentliches Qualitätskriterium des Liegenschaftskatasters.
74	75	60	55															
26	30	30	30															
26	35	30	30															
1.067	1.200	1.500	1.500															
Geoserver in Zusammenarbeit mit den Katasterämtern	Geoserver (Internetvertriebssystem) Realisierung der vorgesehenen Nutzungswege: 1. Shop, 2. Bezug von digitalen Daten, 3. Auszüge aus ALK, ALB, ALKIS, 4. Auskunft- und Bearbeitungssystem 5. Web-Services <i>Plan 2011: ALKIS-Anbindung für Auskunftszwecke</i>	Mit dem in Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelten Geoserver werden über das Internet Geodaten vertrieben und Geodienste für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung bereitgestellt. Der Geoserver ist ein Baustein des eGovernments in beiden Ländern und Grundlage für den Aufbau einer bundes- und EU-weiten Geodateninfrastruktur.																
	Wirtschaftlichkeit / Kosten	Fachliche Zielerreichung																

	Nutzung eines auf der Kosten- und Leistungsrechnung basierenden Berichtswesens.	Optimierung der Leistungserstellung bei mindestens gleichbleibend hoher Qualität.
Externe Zielgruppen	Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Kreise und Ämter Notare und Notarinnen Wasser- und Bodenverbände Flurbereinigungsverwaltung Finanzverwaltung und Grundbuchämter Energieversorgungsunternehmen Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft	
Vereinbarungszeitraum		
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 03 Weitere Haushaltsmittel (Informationstechnologie) sind im Kapitel 1103 nachgewiesen.	
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz – VermKatG) vom 12. Mai 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128). Landesverordnung über Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden (VermGebVO) vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 40), geändert durch Verordnung vom 26. November 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 726). Beschluss der Landesregierung von 2002 zur Einführung des ressortübergreifenden Geodatenmanagements.	
Zeitplan / Meilensteine	IT-Leitstelle: Rollout AFIS [®] -ALKIS [®] -ATKIS [®] -Verarbeitungs- und Datenhaltungskomponente in 2011 Geoserver: Fertigstellung wesentlicher Bausteine in 2010 SAPOS [®] : 100 % Verfügbarkeit in 2010 DTK100: Vorliegen als DLM100.2 (DTK100) bis Ende 2011	
Berichtswesen	Vom Fachreferat erstellte interne Berichte: Jahresbericht zur Kosten- und Leistungsrechnung der VKV und Jahresbericht des Landesvermessungsamtes.	

Anlage zum Kapitel 0403

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Kataster- und Vermessungswesen; hier Liegenschaftskataster

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Nach dem Vermessungs- und Katastergesetz sind im <u>Liegenschaftskataster</u> die Flurstücke und Gebäude (Liegenschaften) für das Landesgebiet nachzuweisen, wie es die Belange der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem erfordern. Das <u>Liegenschaftskataster</u> muss geeignet sein, als amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung zu dienen, es muss die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung nachweisen. Zuständig für die Einrichtung, Fortführung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters sind die Katasterämter.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Als Grundlage für die Fortführung des Liegenschaftskatasters werden von den Katasterämtern auf Grund von Anträgen Vermessungen (Teilungen, Gebäudeeinmessungen, Grenzherstellungen, etc.) durchgeführt, deren Ergebnisse dann in das Liegenschaftskataster übernommen werden.2. Die Katasterämter haben die Nachweise des Liegenschaftskatasters vorzuhalten um jedem daraus Auskünfte und analoge oder digitale Auszüge erteilen zu können.3. Für die Fortführung des Liegenschaftskatasters müssen die Katasterämter auch die Ergebnisse der Vermessungen der anderen Vermessungsstellen (beigebrachte Vermessungen) in die Nachweise des Liegenschaftskatasters übernehmen.4. Nach Abschluss von Flurbereinigungen ist das <u>Liegenschaftskataster neu aufzustellen</u>, da der Flurbereinigungsplan, sobald er rechtskräftig geworden ist, das Liegenschaftskataster als amtliches Verzeichnis der Grundstücke ersetzt.5. Um den Anforderungen der Nutzer an ein <u>Geobasisinformationssystem</u> gerecht zu werden und um den Nutzern die Möglichkeit zu eröffnen, einen schnellen, unkomplizierten und zeitgemäßen Vertriebsweg zu nutzen, sollen die bisher getrennt geführten Daten des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) und der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) in einem System, dem <u>Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS[®])</u>, integriert werden. Für den reibungslosen Übergang in das ALKIS-Modell müssen die Daten durch Vormigrationen vorbereitet werden. Dabei werden u.a. Abgleiche zwischen der ALK, der Punktdaten und dem ALB durchgeführt und einzelne Daten einheitlich strukturiert.6. Die Vermessungs- und Katasterverwaltung Schleswig-Holsteins betreibt gemeinsam mit dem Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung der Freien und Hansestadt Hamburg den <u>Geoserver</u> (Internetvertriebssystem), um ihre Produkte zu präsentieren und neue Dienste anzubieten, die erst durch die Internettechnologie realisierbar geworden sind. Der Shop im Geoserver soll als landeseinheitlicher Shop der Landesverwaltung genutzt werden, d. h. alle Verwaltungen nutzen dieses Werkzeug. Es kann auch von den Kommunen genutzt werden. <p>Strategische Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung, Wirtschaft, Verteidigung, Wissenschaft usw. mit aktuellen, genauen, zuverlässigen Geoinformationen.➤ Schutz des Eigentums an Grund und Boden.➤ Reorganisation der Vermessungs- und Katasterverwaltung.
--	--

Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2007 (Ist)	2009 (Ist)	2010 (Plan)	11/12 (Plan)	2007 (Ist)	2009 (Ist)	2010 (Plan)	11/12 (Plan)
Zeitnahe Durchführung von Vermessungen und Aktualisierung der Nachweise (Fortführung des Liegenschaftskatasters)					ordnungsgemäße und kundengemäße Auftragsabwicklung			
Produkte:	Anzahl der Auftragseingänge (Antragszahlen) über alle Katasterämter in S-H je Produkt p.a.				durchschnittliche Zeiten bis zur Erledigung der Aufträge über alle Katasterämter in S-H je Produkt p.a. in Wochen			
					a) = Zeitraum von Auftragseingang bis zur örtlichen Erledigung (in Wochen) b) = Zeitraum von der örtlichen Erledigung bis zum Abschluss der häuslichen Erledigung (in Wochen)			
- eigene Zerlegungen	889	845	750	600	a) 2,1 b) 3,3	2,4 3,1	2,3 3,5	2,3 3,5
- eigene Gebäudeeinemessungen	5.944	5.592	5.200	4.000	a) 10,8 b) 7,2	13,3 5,1	11,0 7,0	11,0 7,0
- eigene Grenzherstellungen	252	219	190	140	a) 2,3 b) 3,2	2,1 3,0	2,3 4,0	2,3 4,0
- eigene langgestreckte Anlagen	38 km	30 km	14 km	10 km	a) 32,0 b) 13,0	13,0 7,0	32,0 10,0	32,0 10,0
- beigebrachte Zerlegungen	3.348	3.205	3.450	3.600	b) 3,6	2,8	3,5	3,5
- beigebrachte Gebäudeeinemessungen	9.648	7.231	8.000	9.000	b) 6,8	5,5	7,0	7,0
- beigebrachte Grenzherstellungen	968	917	1.020	1.070	b) 4,1	3,5	4,0	4,0
- beigebrachte langgestreckte Anlagen	74 km	71 km	90 km	94 km	b) 4,8	4,4	10,0	10,0
	Wirtschaftlichkeit / Kosten				Fachliche Zielerreichung			
	Die eigenen Vermessungen wurden im Jahr 2008 wie in den Vorjahren kostendeckend durchgeführt. Für das Jahr 2009 liegen landesweit noch keine Ergebnisse vor. Für die Jahre 2010-2012 soll weiterhin eine Kostendeckung von 100 % erzielt werden.				Optimierung der Leistungserstellung bei weiterhin hoher Qualität.			

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Kennzahlen/Indikatoren für				Qualitäten / Bürgerorientierung
	Mengen				
	2007 (Ist)	2009 (Ist)	2010 (Plan)	11/12 (Plan)	
- Katasterbenutzungen	49.100	57.300	53.000	48.000	Ab 2010 können auch Kommunen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure über den Geoserver amtliche Kartenauszüge erteilen.
- Digitalisierung + Erneuerungsarbeiten	<p>Erneuerung des Liegenschaftskatasters nach Flurbereinigungen. Insgesamt ist das Liegenschaftskataster noch für eine Fläche von ca. 70.000 ha neu aufzustellen (Stand 31.12.2009).</p> <p>Ist 2007: 18.000 ha Ist 2009: 15.500 ha</p> <p>In den Jahren 2010 bis 2012 soll jeweils das Liegenschaftskataster für eine Fläche von 10.000 ha neu aufgestellt werden.</p> <p>Dies ist auch Aufgabe für die Folgejahre.</p> <p>Vorbereitung der Umwandlung von ALK und ALB auf das bundeseinheitliche System Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS). Insgesamt ist die Vormigration und die Migration der Daten von 17.000 Fluren durchzuführen.</p> <p>Ist-Vormigration in 2005: 5000 Fluren Ist-Vormigration in 2006 und 2007 jeweils: 6000 Fluren</p> <p><i>Plan 2008 bis 2010: Vervollständigung und qualitative Verfeinerung der Vormigration.</i></p> <p><i>Plan 2011: Migration von 17.000 Fluren</i> <i>Einführung von ALKIS</i></p> <p>Geoserver (Internetvertriebssystem, in Zusammenarbeit mit dem Landesvermessungsamt) Realisierung der vorgesehenen Nutzungswege: 1. Shop, 2. Bezug von digitalen Daten, 3. Auszüge aus ALK, ALB, ALKIS, 4. Auskunft- und Bearbeitungssystem 5. Web-Services</p> <p><i>Plan 2011: ALKIS-Anbindung für Auskunftszwecke</i></p>				<p>Flurbereinigungsverfahren verursachen umfangreiche Arbeiten bei den Katasterämtern und dem Landesvermessungsamt, in der Regel sind sie mit Neuvermessungen der Verfahrensgebiete verbunden. Nach Abschluss der Flurbereinigungsschlussvermessungen ist das Liegenschaftskataster zu erneuern, um den Belangen der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem gerecht zu werden.</p> <p>Das ALKIS[®]-Konzept ist Bestandteil des AFIS[®]-ALKIS[®]-ATKIS[®]-Konzeptes der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) und ist unerlässlich zur Schaffung eines einheitlichen amtlichen Geodatenbestands der Vermessungs- und Katasterverwaltung aus den digitalen Daten des Liegenschaftskatasters, der Topographie und der Landesvermessung. Mit ALKIS[®] werden mehrere Ziele verfolgt, die letztlich zu besseren Produkten und einer stärkeren Kundenorientierung führen sollen.</p> <p>Mit dem in Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelten Geoserver werden über das Internet Geodaten vertrieben und Geodienste für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung bereitgestellt. Der Geoserver ist ein Baustein des eGovernments in beiden Ländern und Grundlage für den Aufbau einer bundes- und EU-weiten Geodateninfrastruktur.</p>

Analyse und Optimierung sowie Standardisierung der internen Arbeitsabläufe zur Auftragsabwicklung (insbesondere) in den Marktleistungsbereichen zur Reduzierung der Produktkosten (Benchmarking zwischen allen Katasterämtern in S-H)	Aufbau des Digitalen Archivs Die Katasterämter führen umfangreiche Vermessungsunterlagen in analoger Form. Diese bestehen aus Papier und Folien in unterschiedlichen Formaten und Qualitäten. Zur Reduzierung der Bearbeitungszeiten im täglichen Gebrauch, zur Sicherung neuer Dokumente, zur Realisierung eines multiplen Zugriffs und zum Erhalt des Bestandes wird dieses Archiv auf digitale Führung umgestellt.	Die digitale Führung der Daten soll die Originale ersetzen und gleichzeitig als Gebrauchsarchiv dienen. Durch die Digitalisierung werden die bis zu 125 Jahre in Gebrauch befindlichen Dokumente vor dem Verfall bewahrt. In absehbarer Zukunft soll für die Vermessungsstellen nach dem Vermessungs- und Katastergesetz ein Online-Zugriff auf die Vermessungsunterlagen möglich sein.
	Wirtschaftlichkeit / Kosten	
	Nutzung eines auf der Kosten- und Leistungsrechnung basierenden Berichtswesens.	
Externe Zielgruppen	Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Kreise und Ämter Notare und Notarinnen Wasser- und Bodenverbände Flurbereinigungsverwaltung Finanzverwaltung und Grundbuchämter Energieversorgungsunternehmen Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft	
Vereinbarungszeitraum	2010 bis 2012	
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 03 Weitere Haushaltsmittel (Informationstechnologie) sind im Kapitel 1103 nachgewiesen	
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz – VermKatG) vom 12. Mai 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128). Landesverordnung über Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden (VermGebVO) vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 40), geändert durch Verordnung vom 26. November 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 726). Beschluss der Landesregierung von 2002 zur Einführung des ressortübergreifenden Geodatenmanagements.	
Zeitplan / Meilensteine	Vormigration ALKIS®: Fertigstellung bis Ende 2010 Migration ALKIS®: Fertigstellung in 2011 Geoserver: Fertigstellung wesentlicher Bausteine in 2010 Für die Flurbereinigungsverfahren (Stand 31.12.2009), für die die Schlussvermessungen durchgeführt werden können, soll das Liegenschaftskataster in den nächsten 10 Jahren neu aufgestellt werden.	
Berichtswesen	Vom Fachreferat erstellter interner Bericht: Jahresbericht zur Kosten- und Leistungsrechnung der VKV.	

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich:

Feuerwehrwesen

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Das Globalziel ist die Sicherstellung des Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein. Das Feuerwehrwesen umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none">• die Bekämpfung von Bränden und den Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),• die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (Technische Hilfe),• die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz, Mitwirkung der Feuerwehren bei Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung),• die Mitwirkung im Katastrophenschutz. <p>Es ist ein besonderes Teilgebiet der Gefahrenabwehr, das den Gemeinden und Kreisen als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe übertragen ist. Die Gemeinden halten öffentliche Feuerwehren vor, die Kreise überörtliche Einrichtungen.</p> <p>Zurzeit bestehen 4 Berufsfeuerwehren mit ca. 720 Beamten und mehr als 1.400 freiwillige Feuerwehren mit ca. 49.000 aktiven Mitgliedern. Den mehr als 400 Jugendfeuerwehren gehören ca. 9.500 Jugendliche an. Weiter gibt es 29 Werkfeuerwehren mit mehr als 1.100 haupt- und nebenberuflichen Mitgliedern. Sie alle sind mit rund 2.000 Löschfahrzeugen und etwa 800 Spezialfahrzeugen ausgerüstet.</p> <p>Das Land fördert das Feuerwehrwesen. Seine Aufgaben sind im besonderen,</p> <ul style="list-style-type: none">• die Gemeinden und Kreise auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens zu unterstützen und zu beraten,• eine Landesfeuerweherschule zu unterhalten,• den Gemeinden und Kreisen für den abwehrenden Brandschutz und die Technische Hilfe Zuwendungen zu gewähren und• die Brandschutzforschung und -normung zu unterstützen. <p>Das vielfältige Einsatzspektrum der Feuerwehren und der sachgerechte Einsatz der vorhandenen Ausrüstung erfordert besonders von den aktiven Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren intensive Ausbildung und ständige Fortbildung in den Feuerwehren.</p> <p>Die Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein (LFS) mit Sitz in Harrislee ist eine nichtrechtsfähige Anstalt im Geschäftsbereich des Innenministeriums und bildet Fach- und insbesondere Führungskräfte in den Bereichen Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz aus. Sie konzipiert und unterstützt die Ausbildung auf Kreis- und Ortsebene. Es werden jährlich über 275 Lehrgänge für ca. 25.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (gerechnet auf Tagesbasis) angeboten. Alle Führungspositionen in den Freiwilligen Feuerwehren Schleswig-Holsteins haben als Voraussetzung eine oder mehrere Ausbildungen an der LFS.</p> <p>Weiterhin werden Angehörige der Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren geschult. Ergänzt wird das Angebot durch Ausbildungsveranstaltungen für Dritte sowie durch zahlreiche Veranstaltungen wie Arbeitstreffen von Fachverbänden, Workshops zu ausgewählten Themen und Seminaren.</p> <p>Strategische Ziele:</p> <ol style="list-style-type: none">1) Erhalt und Fortentwicklung des flächendeckenden Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein2) Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen3) Führungsausbildung im Katastrophenschutz4) Unterstützung der Forschung und Normung im Bereich des Feuerwehrwesens
---	---

Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2009 (Ist)	2010 (Plan)	2011 (Plan)	2012 (Plan)	2009	2010	2011	2012
Lehrgangsteilnehmertage – freiwillige Feuerwehren	14.381	14.000	14.000	14.000				
Lehrgangsteilnehmertage – Berufsfeuerwehren	5.780	6.000	5.500	6.000				
Lehrgangsteilnehmertage – Katastrophenschutz	3.394	3.200	3.200	3.200				
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten				Fachliche Zielerreichung			
	2009 (Ist)	2010 (Plan)	2011 (Plan)	2012 (Plan)	2009	2010	2011	2012
Kosten der LFS pro Einwohner (in €)	0,87	0,72	0,81	0,93				
Investitionsmittel pro Einwohner (in €)	2,17	2,57	2,82	2,81				
Investitionsmittel pro Feuerwehrangehöriger (in €)	105,00	124,06	136,58	135,94				
Unterstützung von Gremien und Verbänden pro Feuerwehrangehöriger (in €)	4,45	4,52	4,52	4,52				
Kosten der Forschung und Normung pro Feuerwehrangehöriger (in €)	0,43	0,65	0,68	0,68				
Externe Zielgruppen	Die Menschen in Schleswig-Holstein.							
Vereinbarungszeitraum	2011/2012							
Position der Zielvereinbarung im Landshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0405, 1204, 1220							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren, Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein, Gesetz über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein.							
Zeitplan / Meilensteine	Daueraufgabe							
Berichtswesen	Jahresbericht der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein.							

Anlage zum Kapitel 0410

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Die Polizei hat die freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen. Ihr Handeln zielt dabei auf die Achtung und den Schutz der Würde des Menschen ab.</p> <p>Die Landespolizei leistet für die Menschen in Schleswig-Holstein einen wesentlichen Beitrag zur Inneren Sicherheit durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • den Schutz der Menschen in Schleswig-Holstein vor Kriminalität • den Schutz der Menschen vor den Gefahren des Straßenverkehrs (Unfallhäufigkeit/Unfallfolgen) • die Steigerung der Lebensqualität durch Erhöhung der subjektiven Sicherheit (erlebbarer Raum von Freiheit, Sicherheit und Rechtsfrieden) • die Intensivierung der Bekämpfung des (islamistischen) Terrorismus und die Gewährleistung der Anti-Terror-Maßnahmen zur Verhütung entsprechender Anschläge. <p>Die wesentlichen Aufgaben der Polizei sind der Schutz der Bürgerinnen und Bürger durch Kriminalität, die Reduzierung von Verkehrsunfällen mit Toten und Verletzten, die Gewährleistung eines hohen Sicherheitsgefühls und die schnelle Hilfeleistung in Gefahren- und Notfällen.</p> <p>Für die effektive Aufgabenwahrnehmung werden u. a. folgende strategische Ziele verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Bekämpfung der Organisierten und schweren Kriminalität, der Korruptions- und Wirtschaftskriminalität ○ der Sexualdelikte, der Kinderpornografie sowie des politischen Extremismus • Im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit: <ul style="list-style-type: none"> ○ Reduzierung der Verkehrsunfälle mit den Unfallursachen Alkohol, Medikamente und Drogen im Straßenverkehr sowie überhöhte Geschwindigkeit • Im Bereich der Gefahrenabwehr: <ul style="list-style-type: none"> ○ Hohe Präsenz und schnelle Hilfeleistung bei Sofortlagen ○ Gewährleistung der Fischereiaufsicht und der maritimen Terrorabwehr 	
Kennzahlen/Indikatoren für		
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Mengen</p>	<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
<p>Schutz vor Kriminalität durch flächendeckende Präsenz: Erstellung von Sicherheitskonzepten durch die Behörden der Landespolizei</p> <p>Umsetzung der Sicherheitskonzepte einschließlich der <u>Nachstreifenkonzepte</u></p> <p>Gewährleistung der jederzeitigen Erreichbarkeit durch Polizeiruf 110</p>	<p>8 Sicherheitskonzepte</p>	<p>Die Nachstreifenkonzepte gewährleisten die schnelle Verfügbarkeit (in der Regel innerhalb von 10 min) von Polizeikräften bei Sofortlagen</p>

<p>Sicherstellung der schnellen Verfügbarkeit von Polizeikräften vor Ort bei Kriminalitätslagen</p> <p>Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls durch</p> <p>polizeiliche Präsenz und schnelle Hilfeleistung in Gefahrenfällen</p>	<p>Reaktionszeiten – Tag –ⁱ Soforteinsätze: Eintreffen bis 10 min nach Alarmierung</p> <table border="1"> <tr> <td>2005</td> <td>2006</td> <td>2007</td> <td>2008</td> <td>2009</td> </tr> <tr> <td>81,49 %</td> <td>82,52 %</td> <td>84,34 %</td> <td>84,73 %</td> <td>85,77 %</td> </tr> </table> <p>Reaktionszeiten – Nacht –ⁱⁱ Soforteinsätze: Eintreffen bis 10 min nach Alarmierung</p> <table border="1"> <tr> <td>2005</td> <td>2006</td> <td>2007</td> <td>2008</td> <td>2009</td> </tr> <tr> <td>80,96 %</td> <td>83,19 %</td> <td>85,92 %</td> <td>85,36 %</td> <td>88,07 %</td> </tr> </table>	2005	2006	2007	2008	2009	81,49 %	82,52 %	84,34 %	84,73 %	85,77 %	2005	2006	2007	2008	2009	80,96 %	83,19 %	85,92 %	85,36 %	88,07 %	
2005	2006	2007	2008	2009																		
81,49 %	82,52 %	84,34 %	84,73 %	85,77 %																		
2005	2006	2007	2008	2009																		
80,96 %	83,19 %	85,92 %	85,36 %	88,07 %																		

Kriminalitätsbekämpfung	Kriminalitätsentwicklung Insgesamt (gemeldete Fälle)				Aufklärungsquote insgesamt (aufgeklärte Fälle) in %			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Insgesamt:	243.917	242.615	240.393	242.839	47,1	46,8	47,7	49,2
hohe Aufklärungserfolge in wesentlichen Deliktsfeldern wie Mord / Totschlag	47	109	97	93	89,4	83,5	87,6	86,0
Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	1.741	1.855	1.791	1.812	52,6	52,3	54,8	55,1
gefährliche und schwere Körperverletzung / Vergiftung	5.387	5.772	5.691	5.609	81,6	81,7	82,6	82,2
Sexualstraftaten	2.298	2.219	2.333	2.065	80,9	76,0	78,5	76,0
Kinderpornografie (Besitz)	250	230	262	198	72,4	88,7	92,0	89,9
Kinderpornografie (Verbreitung)	189	129	88	137	31,2	78,3	63,6	73,7
Betrug	24.493	23.381	22.508	27.898	81,4	79,7	79,1	80,8

Reduzierung der Verkehrsunfälle mit verletzten und getöteten Personen	Verkehrsunfälle mit verletzten und getöteten Personen					
	Verkehrsunfälle mit Verletzten					
	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	16.480	16.515	15.600	16.232	12.417	12.132
	Verkehrsunfälle mit Getöteten					
	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	210	151	172	158	149	139
konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, hier Alkohol im Straßenverkehr	Anzahl der festgestellten Delikte					
	2004	2005	2006	2007	2008	2009
§ 316 StGB	4.306	3.474	3.400	3.305	3.231	2.965
§ 24 a I StVG	2.738	1.806	1.371	1.399	1.345	1.246
konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten; hier: Drogen § 24a -2- StVG	Anzahl der festgestellten Delikte					
	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	2.203	2.855	2.351	2.644	2.960	2.472
konsequente Verfolgung von Geschwindigkeitsverstößen	Anzahl der festgestellten Delikte					
	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	508.473	501.327	367.410	491.769	496.111	579.845
Gesamtzahl der angezeigten Verkehrs-Ordnungswidrigkeiten	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	683.508	670.006	458.410	629.216	633.953	707.686

<p>Besondere Projekte:</p> <p>Stufenweise Umsetzung des Bootkonzeptes bis zum Jahr 2013</p> <p>Schiffskontrollen WSP-SH 2006 – 2009 Kontrollen See- u. Binnenschiffe</p> <p>Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und paralleler Aufbau von vier Regionalleitstellen</p> <p>Optimierung von Führungsprozessen durch systematische Nutzung der Instrumente Zielvereinbarung und Controlling</p> <p>Kontinuierliche Verbesserung zur Optimierung des Ressourceneinsatzes</p>	<p>Ist-Ausgaben Geplante Ausgaben</p> <p>2008: 5.858,5 T€ 2009: 4.833,1 T€</p> <p style="padding-left: 150px;">2010: 4.527,0 T€ 2011: 940,0 T€ 2012: 940,0 T€</p> <p style="text-align: center;">Kontrollen</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th>2006</th> <th>2007</th> <th>2008</th> <th>2009</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>3.850</td> <td>4.059</td> <td>4.470</td> <td>4.724</td> </tr> </tbody> </table> <p>Ist-Ausgaben Geplante Ausgaben</p> <p>2008: 15.068,0 T€ 2009: 37.789,7 T€</p> <p style="padding-left: 150px;">2010: 32.930,9 T€ 2011: 12.911,3 T€ 2012: 7.007,6 T€</p>	2006	2007	2008	2009	3.850	4.059	4.470	4.724	<p style="text-align: center;">Festgestellte Verstößeⁱⁱⁱ</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th>2006</th> <th>2007</th> <th>2008</th> <th>2009</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>3.902</td> <td>3.528</td> <td>4.638</td> <td>5.267</td> </tr> </tbody> </table> <p>Nutzung eines effektiven und institutionalisierten Controllings mit einem dazugehörigen Berichtswesen. Durchführung von regelmäßigen Controllinggesprächen zwischen Landespolizeidirektor und Behördenleitern und Behördenleitern und Dienststellenleitern.</p> <p>Initiierung und Durchführung von Maßnahmen im Bereich der Aufbau- und Ablauforganisation. Nutzung von Methoden des Prozessmanagements.</p>	2006	2007	2008	2009	3.902	3.528	4.638	5.267
2006	2007	2008	2009															
3.850	4.059	4.470	4.724															
2006	2007	2008	2009															
3.902	3.528	4.638	5.267															

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit/Kosten	Fachliche Zielerreichung
<p>Schutz vor Kriminalität durch flächendeckende Präsenz</p> <p>Kriminalitätsbekämpfung</p> <p>Reduzierung der Verkehrsunfälle mit verletzten und getöteten Personen</p> <p>konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, hier Alkohol im Straßenverkehr § 316 StGB, § 24 a I StVG</p> <p>konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, hier Drogen § 24a -2- StVG</p>	<p>Gesamtzahl der Beschäftigten:</p> <p>2004 = 8.135 2005 = 8.114 2006 = 8.179 2007 = 8.204 2008 = 8.204 2009 = 8.182</p> <p>Planstellen und Stellen der Haushaltsjahre 2004 bis 2009 im Kapitel 0410 - Polizei - inkl. Stellen für Auszubildende.</p>	<p>Systematische Lageauswertung und la-geangepasster Ressourceneinsatz</p> <p>Die Steigerung der Aufklärungserfolge durch Fortsetzung der Qualitätsoffensive im Strafverfahren ist ein wesentliches Ziel der Landespolizei Schleswig-Holstein</p> <p>Durchführung von Schwerpunktkontrollen Alkohol</p> <p>Durchführung von Schwerpunktkontrollen Drogen Fortbildung von Beschäftigten „Drogenerkennung im Straßenverkehr“</p>
Externe Zielgruppen	Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Ämter und Kreise Staatsanwaltschaften und Gerichte Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft	
Vereinbarungszeitraum	2011/2012	
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0410	

Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Insbesondere: <ul style="list-style-type: none">▪ Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVwG - i. d. F. der Bekanntmachung vom 2. Juni 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 243; ber. S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. September 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 633)▪ Strafprozessordnung (StPO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074; 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2437)▪ Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2353)
Zeitplan/Meilensteine	Umsetzung des systematischen Zielvereinbarungsverfahrens ab 2009 Nutzung eines effektiven Controllings und Berichtswesens; Entwicklung eines Führungsinformationssystems bis 2012; Umsetzung des Bootkonzeptes bis 2013; Einführung des Digitalfunks bis 2012;
Berichtswesen	Jahresberichte Verkehrssicherheitslage und Polizeiliche Kriminalstatistik, darüber hinaus Controllingberichte

ⁱ hier dargestellt für die PD Neumünster

ⁱⁱ hier dargestellt für die PD Neumünster

ⁱⁱⁱ Ordnungswidrigkeiten/Regelwidrigkeiten nach dem Seeschiffahrtsrecht/Umweltschutzrecht/Binnenschiffahrtsrecht

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen
hier: **Soziale Wohnraumförderung**

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Die soziale Wohnraumförderung verfolgt folgende Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • bedarfsgerechte und nachhaltige Wohnraumversorgung für Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind, • Erhaltung und Schaffung angemessener Wohnumfelder und stabiler Wohn- und Nachbarschaftsverhältnisse sowie Bewohner- und Quartiersstrukturen, • Unterstützung des effizienten Einsatzes und Verbrauchs von Energie bei Wohngebäuden als Beitrag zum Klimaschutz. <p>Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung sind insbesondere Haushalte mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Mit den Fördergegenständen für investive und soziale Maßnahmen der Wohnumfeld- und Quartiersförderung bzw. für Konzepte, Pilot- und Modellprojekte sowie vorbereitende Untersuchungen, soweit sie der Energieeinsparung und dem Klimaschutz im Bereich Wohnen besonders dienen bzw. die Ziele der sozialen Wohnraumförderung unterstützen, wurden Fördermöglichkeiten geschaffen, die Wohnraumförderung und Stadtentwicklung u. a. stärker miteinander verknüpfen sollen.</p>				
<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>					
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Mengen (in Wohneinheiten)</p>				<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
	<p>2009 (Ist)</p>	<p>2010 (Plan)</p>	<p>2011* (Plan)</p>	<p>2012* (Plan)</p>	
<p>I. Mietwohnungsbau (MW) a) Neubau b) Bestand Summe MW</p> <p>II. Eigentum (ET) a) Neubau (davon in Präferenzgemeinden) b) Bestandserwerb Summe ET</p>	<p>1.241 952 <hr/>2.193</p> <p>624 343 <hr/>967</p>	<p>960 640 <hr/>1.600</p> <p>325 (180) 325 <hr/>650</p>	<p>960 640 <hr/>1.600</p> <p>325 (180) 325 <hr/>650</p>	<p>Ausrichtung der Förderbestimmungen auf die Zielgruppe durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mietobergrenzen: <ul style="list-style-type: none"> - Regionalstufe I 4,85 €/m² - Regionalstufe II 4,95 €/m² - Regionalstufe III 5,10 €/m² • Kostenobergrenzen der Bau- oder Erwerbsmaßnahme: <ul style="list-style-type: none"> - RMH/ETW* 163,0 T€ - DHH/REH* 178,0 T€ - freist. EFH* 190,0 T€ • Einkommensgrenzen für MW und ET nach § 8 Abs. 2 SHWoFG i. V. m. Abschnitt III der SHWoFG-DVO • Höhe der Förderdarlehen in Abhängigkeit von regionaler Prioritätensetzung • Niedrigverzinst und zinslose Kredite <p>* RMH = Reihemittelhaus, ETW = Eigentumswohnung, DHH = Doppelhaushälfte, REH = Reihenhendhaus, EFH = Einfamilienhaus</p>	
	<p>*Bei der HH-Verabschiedung lagen noch keine Programmzahlen für 2011/2012 vor, da der Aufstellungserlass erst zu Beginn des lfd. Jahres erscheint. Daher hier nur Fortschreibung des Programms 2009/2010 möglich.</p>				

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten in Mio. € (Plan)				Fachliche Zielerreichung
	2009 (Ist)	2010 (Plan)	2011 (Plan)	2012 (Plan)	2009 (Ist)
Kreditvolumen inkl. Bundesmittel: I. Mietwohnungsbau (MW) a) Neubau 91,5 b) Bestand <u>38,0</u> Summe MW 129,5 II. Eigentum (ET) a) Neubau 36,1 b) Bestandserwerb 18,1 c) Baulandförderg. <u>2,6</u> Summe ET 56,8					Programmzielerfüllung: Ist 2009 bezogen auf die Planzahlen des Doppelprogramms 2009/2010 1. Wohneinheiten (WE) I.a 1.241 WE = 64,6 % I.b <u>952 WE = 74,4 %</u> 2.193 WE = 68,5 % II.a 624 WE = 96,0 % II.b <u>343 WE = 52,8 %</u> <u>967 WE = 74,4 %</u> 2. Volumen (€) Mietwohnungsbau Plan 2009/2010 = 180,0 Mio. € Ist 2009 = 129,5 Mio. € = 71,9 % Eigentum Plan 2009/2010 = 70,0 Mio. € Ist 2009 = 56,8 Mio. € = 81,1 %
Externe Zielgruppen	Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind.				
Vereinbarungszeitraum	2011/2012				
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0416 Die Finanzierung der Programme erfolgt aus der Zweckrücklage des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der IB SH.				
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz, Kabinettsbeschluss für das jeweilige Programmjahr, Investitionsbankgesetz, Föderalismusreformbegleitgesetz				
Zeitplan / Meilensteine					
Berichtswesen	Fördercontrolling zwischen IM, IB SH und ARGE für zeitgemäßes Bauen				

Bewilligungsvolumen 2009/2010 insgesamt 250 Mio. € aus der Zweckrücklage Wohnraumförderung bei der IB SH inkl. 12,62 Mio. € Bundesmittel. (Landesmittel nicht HH-wirksam)

• Verwaltungskosten 0,5 % der Darlehenssumme, getragen von Fördermittel- bzw. Darlehensempfängenden (Abwicklung über IB)

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen
hier: **Städtebauförderung**

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	Ziel ist die Stärkung der Städte – insbesondere der Ober-, Mittel- und Untertentren des Landes. Sie sollen als attraktive, zukunftsfähige Wohn- und Wirtschaftsstandorte und als Versorgungszentren auch für die Region weiterentwickelt werden.											
Kennzahlen/Indikatoren für												
Ausgewählte Maßnahmen/ Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen (Mindestanzahl der Fördergebiete)				Qualitäten / Bürgerorientierung							
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012				
Städtebauförderung (Bund-Länder-Programme) 1. Sanierung und Entwicklung 2. Soziale Stadt 3. Stadtumbau 4. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren 5. Städtebaulicher Denkmalschutz 6. Kleinere Städte und Gemeinden (*)	5	3			Die Messung der Beteiligungsverfahren und –veranstaltungen im Zusammenhang mit Städtebauförderungsmaßnahmen, bei denen in geeignetem Zusammenhang durch Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern auch die „Kundenzufriedenheit“ ermittelt werden kann, ist künftig geplant.							
	7	7										
	8	8										
	3	4										
	1	1										
	-	-										
Ausgewählte Maßnahmen/ Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten (Verwaltungskosten je 1000 € Zuwendungsbetrag)				Fachliche Zielerreichung							
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012				
Städtebauförderung (Bund-Länder-Programme) 1. Sanierung und Entwicklung 2. Soziale Stadt 3. Stadtumbau 4. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren 5. Städtebaulicher Denkmalschutz 6. Kleinere Städte und Gemeinden					Ländervergleichskennzahl: Einsatz von mindestens 90 % der Fördermittel in OZ , MZ und UZ							
	11,02	18,95	16,24	16,24					100 %	100 %		
	11,64	15,83	16,75	16,75					100 %	100 %		
	11,25	11,90	12,66	12,66					95 %	87,5 %		
	10,95	9,58	12,34	12,34					100 %	100 %		
	11,54	26,45	10,93	10,93					100 %	100 %		
	-	-	9,63	9,63	-	-						

(*)	
Externe Zielgruppen	Städte, insbesondere Ober-, Mittel- und Unterzentren, Bürgerinnen und Bürger der geförderten Städte und ihrer Umlandgemeinden / Region
Vereinbarungszeitraum	2011/2012
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0416
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Artikel 104 b GG, Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung, Besonderes Städtebaurecht (zweites Kapitel des BauGB), Städtebauförderungsrichtlinien 2005 und die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO
Zeitplan / Meilensteine	Jahresprogramme, die inhaltlich jährlich durch Ministerentscheidung bestimmt werden.
Berichtswesen	Jährliche Sachstands- und Ergebnisberichte der geförderten Gemeinden

(*) Es liegen derzeit noch keine Daten über die ausgewählten Förderkommunen dieses neuen Programms ab dem Jahr 2010 vor.

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 04 01 Ministerium	150
Kap. 04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster	154
Kap. 04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	162
Kap. 04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	163
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	172
Hebungen 2011	174
Hebungen 2012	175
Umwandlungen 2011	176

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

		Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
		2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01						
Bedarf an Beamtinnen und Beamten						
FESTE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
Planmäßige Beamtinnen und Beamte						
B10	Staatssekretäre/-innen	1	1	1		
B7	Ministerialdirigenten/-innen	1	0	0		
B5	Ministerialdirigenten/-innen	4	4	4		
B2	Ministerialräte/-innen	7	6	6		
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:		13	11	11	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
Planmäßige Beamtinnen und Beamte						
A16	Ministerialräte/-innen	17	18	18		1
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsbauinspektoren/-innen, Branddirektoren/-innen, Regierungsvermessungsdirektoren/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsdirektoren/-innen	19	19	19		2
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen, Oberbrandräte/-innen, Oberregierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Oberregierungsvermessungsräte/-innen	8	8	8		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Regierungsvermessungsräte/-innen, Brandräte/-innen	3	3	3		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	55	55 ¹⁾	55 ¹⁾		
A13 LG 2.1	Erste Polizeihauptkommissare/-innen, Erste Kriminalhauptkommissare/-innen	1	2	2		
A12	Amtsräte/-innen	41	40	40		3
A11	Regierungsamt männer/-frauen, Regierungsvermessungsamt männer/-frauen, Regierungsbrandamt männer/-frauen, Regierungsbauamt männer/-frauen, Bibliotheksamt männer/-frauen	46	46	46		4
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen, Regierungsoberbauinspektoren/-innen, Regierungsoberbrandinspektoren/-innen, Regierungsvermessungs oberinspektoren/-innen, Bibliotheks oberinspektoren/-innen	6	6	6		1
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	5	5	5		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	21	21 ²⁾	21 ²⁾		
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	21	21	21		

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A6 LG 1.1 Oberamtsmeister/-innen	1	1	1		
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:	244	245	245	0	11
Summe :	257	256	256	0	11

- 1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 11 zur Bes.Gruppe A 13 BBesO ausgestattet.
- 2) 6 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.Gruppe A 9 BBesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 LG 2.1		für ein freigestelltes Personalratmitglied	(aus HH 1992)
10 Stellen	A11	am 31.12.2013	Im Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei	(aus HH 2007/2008)
6 Stellen	A8	am 31.12.2013	Im Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei	(aus HH 2009/2010)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	B10	in B9	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (Änderung der Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012)	(aus HH 2011/2012)
1 Stelle	A6 LG 1.1	in E5	jeweils mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (ehemals 2)	(aus HH 2001)

Vermerke:

1 Stelle	A11	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	A10	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
1	B7				1							-1	gemäß § 50 Abs. 1 LHO nach 0901 - 422 01 (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
2	B2										1	-1	Umwandlung nach A 16 - Realisierung eines ku-Vermerkes (im Zusammenhang mit dem PKEK)
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
3	A16									1		+1	Umwandlung aus B 2 - Realisierung eines ku-Vermerkes (im Zusammenhang mit dem PKEK)
4	A13 LG 2.1							1				+1	Hebung aus A 12 gemäß tatsächlicher Besetzung
5	A12									1		-1	Hebung nach A 13 LG 2.1 gemäß tatsächlicher Besetzung
Summe:					1			1	1	1	1	-1	

neue Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	B10	in B9	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (Änderung der Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012)	(aus HH 2011/2012)
----------	-----	-------	---	--------------------

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

428 01	Entgeltgruppe	Stellenanzahl		
		2010	2011	2012
	AT B5	1	1	1
	E15	4	4	4
	E13	9	9	9
	E12	7	7	7
	E11	10	10	10
	E10	11	11	11
	E9	5	5	5
	E8	13	13	13
	E7	2	2	2
	E6	19	18	18
	E5	27	26	26
	E3	7	7	4
	E2	1	1	0
Summe :		116	114	110

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E15 (aus HH 2004/2005)

Vermerke:

1 Stelle E6 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

1 Stelle E5 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	E6		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
2	E5		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:			2									-2	
Veränderungen in 2012													
3	E3		3									-3	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
4	E2		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:			4									-4	

428 63 (63)	Entgeltgruppe	Stellenanzahl		
		2010	2011	2012
	Cheffahrer	29	23	23
	PKW-Fahrer	13	13	13
Summe :		42	36	36

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
		2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01						
Bedarf an Beamtinnen und Beamten						
FESTE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
Landesamt für Vermessung und Geoinformation						
B3	Direktor/-in des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation	0	1	1		
Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]:		0	1	1	0	0
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
Landesamt für Vermessung und Geoinformation						
A16	Leitende Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	2	3	3		
A15	Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	7	10	10		
A14	Oberregierungsvermessungsräte/-innen	7	11	11		
A13 LG 2.2	Regierungsvermessungsräte/-innen	1	2	2		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	11	14	14		
A12	Amtsräte/-innen	22	28	28		
A11	Regierungsvermessungsamt männer/-frauen, Regierungskartographenamt männer/-frauen	20	30	30		
A10	Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Regierungskartographenoberinspektoren/-innen	1	2	2		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	16	18 ¹⁾	18 ¹⁾		
A8	Regierungsvermessungshauptsekretäre/-innen, Regierungskartographenhauptsekretäre/-innen	5	6	6		
A7	Regierungsvermessungsobersekretär/-innen, Regierungskartographenobersekretäre/-innen	0	0	0		
Anw. LG 2.2	Regierungsvermessungsreferendare/-innen	0	6	3		
Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]:		92	130	127	0	0
Summe :		92	131	128	0	0

1) 2 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes. Gruppe A 9 BBesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	am 31.08.2011	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A13 LG 2.1	am 30.09.2012	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A12	am 30.09.2015	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A12	am 31.10.2015	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A9 LG 1.2	am 28.02.2013	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2011/2012)
1 Stelle	A8	am 31.03.2012	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2003)
1 Stelle	A8	am 31.08.2014	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A8	am 31.05.2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2009/2010)

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
Landesamt für Vermessung und Geoinformation													
1	B3			1								+1	Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
Landesamt für Vermessung und Geoinformation													
2	A16			1								+1	Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
3	A15			3								+3	Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
4	A14			4								+4	Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
5	A13 LG 2.2			1								+1	Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
6	A13 LG 2.1		1									+3	Realisierung eines kw-Vermerkes (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
7			1										Realisierung eines kw-Vermerkes (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
8				5									Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
9	A12		1									+6	Realisierung eines kw-Vermerkes (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
10				7									Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
11	A11		1									+10	Realisierung eines kw-Vermerkes (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
12				11									Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
13	A10			1								+1	Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
14	A9 LG 1.2			2								+2	Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
15	A8			1								+1	Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
16	Anw. LG 2.2			6								+6	Übertragung von 0403-422 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
Summe:			4	43								+39	
Veränderungen in 2012													
Landesamt für Vermessung und Geoinformation													
17	Anw. LG 2.2		3									-3	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:			3									-3	

neue Vermerke:

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A9 LG am 28.02.2013 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit (aus HH 2011/2012)
1.2

		Stellenanzahl		
		2010	2011	2012
428 01				
	<i>Entgeltgruppe</i>			
	Landesamt für Vermessung und Geoinformation			
	E12	14	27	26
	E11	41	62	62
	E10	6	11	11
	E9	2	0	0
	E8	102	135	135
	E7	0	2	2
	E6	169	188	188
	E5	61	71	64
	E3	0	0	0
	Auszubild.	36	40	34
Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]:		431	536	522
Summe :		431	536	522

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E12 am 31.12.2011 für ein freigestelltes Personalratsmitglied (aus HH 1990)

Vermerke:

1 Stelle E6 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

1 Stelle E5 darf nur mit einem oder einer Schwerbehinderten besetzt werden (besondere Überleitung nach dem TVÜ-L; ursprünglich aus dem HH 2001) (aus HH 2007/2008)

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
Landesamt für Vermessung und Geoinformation													
1	E12			13								+13	Übertragung von 0403-428 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
2	E11			21								+21	Übertragung von 0403-428 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
3	E10			5								+5	Übertragung von 0403-428 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
4	E9		2									-2	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
5	E8			33								+33	Übertragung von 0403-428 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
6	E7			2								+2	Übertragung von 0403-428 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
7	E6			19								+19	Übertragung von 0403-428 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
8	E5		9									+10	Realisierung von kw-Vermerken (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
9				19									Übertragung von 0403-428 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
10	Auszubild.			4								+4	Übertragung von 0403-428 61 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
Summe:				11	116							+105	
Veränderungen in 2012													
Landesamt für Vermessung und Geoinformation													
11	E12		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
12	E5		2									-7	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
13			5										10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
14	Auszubild.		4									-6	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
15			2										10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:				14								-14	

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E12 am 31.12.2011 für ein freigestelltes Personalratsmitglied

(aus HH 1990)

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
		2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 61	(61)					
	FESTE GEHÄLTER					
	<i>Bes. Gruppe</i>					
B3	Direktor/-in des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation	1	0	0		
	AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
	<i>Bes. Gruppe</i>					
A16	Leitende Regierungsvermes- sungsdirektoren/-innen	1	0	0		
A15	Regierungsvermessungsdirekto- ren/-innen	3	0	0		
A14	Oberregierungsvermessungsräte/- innen	4	0	0		
A13 LG 2.2	Regierungsvermessungsräte/- innen	1	0	0		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	5	0	0		
A12	Amtsräte/-innen	7	0	0		
A11	Regierungsvermessungsamtmän- ner/-frauen, Regierungskartogra- phenamt männer/-frauen, Regierungsamt männer/-frauen	11	0	0		
A10	Regierungsvermessungsoberin- spektoren/-innen, Regierungskar- tographenoberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/- innen	1	0	0		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	2	0	0		
A8	Regierungsvermessungshauptse- kretäre/-innen, Regierungshaupt- sekretäre/-innen	1	0	0		
A7	Regierungsvermessungsoberse- kretär/-innen, Regierungsoberse- kretäre/-innen	0	0	0		
Anw. LG 2.2	Regierungsvermessungsreferen- dare/-innen	6	0	0		
Anw. LG 2.1	Regierungsvermessungsoberein- spektor anwärter/-innen, Regierungskartographenoberein- spektor anwärter/-innen	0	0	0		
Summe :		43	0	0	0	0

04 03 Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	B3				1							-1	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
2	A16				1							-1	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
3	A15				3							-3	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
4	A14				4							-4	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
5	A13 LG 2.2				1							-1	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
6	A13 LG 2.1				5							-5	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
7	A12				7							-7	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
8	A11				11							-11	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
9	A10				1							-1	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
10	A9 LG 1.2				2							-2	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
11	A8				1							-1	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
12	Anw. LG 2.2				6							-6	Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
Summe:					43							-43	

Stellenanzahl

2010 2011 2012

428 61 (61)

Entgeltgruppe

E12	13	0	0
E11	21	0	0
E10	5	0	0
E8	33	0	0
E7	2	0	0
E6	19	0	0
E5	19	0	0
E4	0	0	0
E3	0	0	0

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
	2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01	Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
A15	Branddirektoren/-innen	1	1	1	1
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	1	1	1	
2.1					
A12	Amtsräte/-innen	3	3	3	2
A11	Regierungsbrandamtmänner/- frauen	4	4	4	1
A10	Regierungsoberbrandinspektoren/ -innen	1	1	1	
A9 LG 1.2	Hauptbrandmeister/-innen	2	2	2	1
Summe :		12	12	12	0

	Stellenanzahl			
	2010	2011	2012	
422 03	Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst			
<i>Bes. Gruppe</i>				
Anw. LG	Brandreferendare/-innen	1	1	1
2.2				
Anw. LG	Regierungsoberbrandinspektoranwärter/-innen	2	2	2
2.1				
Summe :		3	3	3

	Stellenanzahl		
	2010	2011	2012
428 01	<i>Entgeltgruppe</i>		
E12	1	1	1
E11	5	5	5
E8	3	3	3
E6	4	4	4
E5	6	6	6
E4	4	4	4
Summe :	23	23	23

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
	2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
B3 Landespolizeidirektor/-in, Direktor/ -in des Landeskriminalamtes	2	2	2		
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
A16 Leitende Regierungsmedizinale- rektoren/-innen	1	1	1		
A16 Leitende Polizeidirektoren/-innen, Leitende Kriminaldirektoren/-innen	12	12	12		
A15 Regierungsdirektoren/-innen	2	2	2		
A15 Regierungsmedizinalektoren/- innen	5	5	5		
A15 Wissenschaftliche Direktoren/- innen	3	3	3		
A15 Polizeischulrektoren/-innen	1	1	1		
A15 Polizeidirektoren/-innen, Kriminal- direktoren/-innen	30	32	32		
A14 Oberregierungsräte/-innen	1	1	1		
A14 Polizeischulkonrektoren/-innen	1	1	1		
A14 Wissenschaftliche Oberräte/-innen	7	7	7		1
A14 Polizeioberräte/-innen, Kriminal- oberräte/-innen	33	32	32		
A13 LG 2.2 Regierungsräte/-innen	3	3	3		
A13 LG 2.2 Wissenschaftliche Räte/-innen	0	0	0		
A13 LG 2.2 Polizeiräte/-innen, Kriminalräte/- innen	19	19	19		
A13 LG 2.1 Oberamtsräte/-innen	9	11	11		
A13 LG 2.1 Polizeischuloberlehrer/-innen	6	6	6		
A13 LG 2.1 Erste Kriminalhauptkommissare/- innen	55	59	63		
A13 LG 2.1 Erste Polizeihauptkommissare/- innen	88	94	100		
A12 Amträte/-innen	11	12	12		
A12 Kriminalhauptkommissare/-innen	114	115	122		
A12 Polizeihauptkommissare/-innen	172	181	195		
A11 Regierungsamt männer/-frauen	14	15	15		
A11 Kriminalhauptkommissare/-innen	248	251	264		
A11 Polizeihauptkommissare/-innen	465	475	495		1
A11 Verwaltungsamt männer/-frauen	1	1	1		
A10 Regierungsoberinspektoren/- innen	16	12	12		
A10 Verwaltungsoberinspektoren/- innen	3	3	3		
A10 Kriminaloberkommissare/-innen	351	357	363		
A10 Polizeioberkommissare/-innen	1.430	1.440	1.450		1
A9 LG 2.1 Regierungsinspektoren/-innen	8	8	8		1
A9 LG 2.1 Kriminalkommissare/-innen	279	264	234		
A9 LG 2.1 Polizei-kommissare/-innen	645	645	630		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	51	51	51		
A9 LG 1.2	Polizeihauptmeister/-innen	1.443	1.423	1.408		
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	6	6	6		
A8	Polizeiobermeister/-innen	798	783	763		
A8	Verwaltungshauptsekretäre/-innen	0	0	0		
A7	Polizeimeister/-innen	356	356	356		
A7	Regierungsobersekretäre/-innen, Regierungsfischereiobersekretäre/-innen	0	0	0		
Summe :		6.689	6.689	6.689	0	4

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A16	künftig wegfallend gem. § 12 a Abs. 2 HG 2006	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A13 LG 2.2	künftig wegfallend gem. § 12 a Abs. 2 HG 2006	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A13 LG 2.1	(EPHK) für freigestelltes Personalratsmitglied (HG 2007/2008)	(aus HH 2009/2010)
2 Stellen	A10	(POK) für freigestellte Personalratsmitglieder (HG 2007/2008)	(aus HH 2009/2010)

Dienstwohnungen:

2011 2012

0 0 Beamtinnen, Beamte des ländlichen Dienstes BesGr. A 7 bis A 9

Nachrichtlich:

Freistellung von Polizeivollzugsbeamten/-innen für Tätigkeiten an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz gemäß § 17 Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2006:

			2010	2011	2012
1.	Fachbereich Polizei				
1.1	A 15	höherer Dienst		1	1
1.1	A 14	höherer Dienst	1	1	1
1.2	A 13	höherer Dienst	1	1	1
1.3	A 13	gehobener Dienst	1	1	0
1.4	A 12	gehobener Dienst	1	1	1
<i>Summe zu 1.</i>			4	5	4
Zusammen			4	5	4

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	A15			2								+2	2 Planstellen übertragen von 0410 422 67; gem. tatsächlicher Besetzung
2	A14				1							-1	1 Planstelle übertragen nach 0410 422 67; gem. tatsächlicher Besetzung
3	A13 LG 2.1							2				+2	Hebungen aus A 12 (Strukturverbesserungen)
4	A13 LG 2.1							4				+4	Hebungen aus 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
5	A13 LG 2.1							6				+6	Hebungen aus A 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
6	A12							3				+1	Hebungen aus A 11 (Strukturverbesserungen)
7									2				Hebungen nach A 13 (Strukturverbesserungen)
8	A12				1							+1	1 Planstelle übertragen nach 0410 422 67; gem. tatsächlicher Besetzung
9								6					Hebungen aus A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
10									4				Hebungen nach A 13 (Strukturverbesserungen Polizei)
11	A12							15				+9	Hebungen aus A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
12									6				Hebung nach A 13 (Strukturverbesserungen Polizei)
13	A11							4				+1	Hebungen aus A 11 (Strukturverbesserungen)
14									3				Hebungen nach A 12 (Strukturverbesserungen)
15	A11							9				+3	Hebungen aus A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
16									6				Hebungen nach A 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
17	A11							25				+10	Hebungen aus A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
18									15				Hebungen nach A 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
19	A10								4			-4	Hebungen nach A 11 (Strukturverbesserungen)
20	A10							15				+6	Hebungen aus A 9 (Strukturverbesserungen Polizei)
21									9				Hebungen nach A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
22	A10							15				+10	Hebungen aus A 8 (Strukturverbesserungen Polizei)
23								20					Hebungen aus A 9 LG 1.2 (Strukturverbesserungen Polizei)
24									25				Hebungen nach A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
25	A9 LG 2.1								15			-15	Hebungen nach A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
26	A9 LG 1.2								20			-20	Hebungen nach A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
27	A8								15			-15	Hebungen nach A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
Summe:				2	2			124	124			0	
Veränderungen in 2012													
28	A13 LG 2.1							4				+4	Hebungen aus 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
29	A13 LG 2.1							6				+6	Hebungen aus A 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
30	A12							6				+7	Hebungen aus A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
31								5					Hebungen aus A11 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
32									4				Hebungen nach A 13 (Strukturverbesserungen Polizei)
33	A12							15				+14	Hebungen aus A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
34								5					Hebungen aus A11 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
35									6				Hebung nach A 13 (Strukturverbesserungen Polizei)
36	A11							9				+13	Hebungen aus A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
37								15					Hebungen aus A10 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
38									6				Hebungen nach A 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
39									5				Hebungen nach A12 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
40	A11							25				+20	Hebungen aus A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
41								15					Hebungen aus A10 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
42									15				Hebungen nach A 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
43									5				Hebungen nach A12 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
44	A10							15				+6	Hebungen aus A 9 (Strukturverbesserungen Polizei)
45								15					Hebungen aus A 9 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
46									9				Hebungen nach A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
47									15				Hebungen nach A11 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
48	A10							20				+10	Hebungen aus A 8 (Strukturverbesserungen Polizei)
49								15					Hebungen aus A 9 LG 1.2 (Strukturverbesserungen Polizei)
50								15					Hebungen aus A 9 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
51									25				Hebungen nach A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
52									15				Hebungen nach A11 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
53	A9 LG 2.1								15			-30	Hebungen nach A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
54									15				Hebungen nach A10 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
55	A9 LG 2.1								15			-15	Hebungen nach A10 (Strukturverbesserungen/Aufschlag)
56	A9 LG 1.2								15			-15	Hebungen nach A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
57	A8								20			-20	Hebungen nach A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
Summe:								185	185			0	

Stellenanzahl

2010 **2011** **2012**

422 03

Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst

Bes. Gruppe

Anw. LG	Polizeikommissaranwärter/-innen, Kriminalkommissaranwärter/-innen	185	185	185
2.1				
Anw. LG	Polizeimeisteranwärter/-innen, Kriminalmeisteranwärter/-innen	350	350	350
1.2				
Summe :		535	535	535

Einstellungen 2011: 210 Anwärterinnen und Anwärter; Einstellungen 2012: 190 Anwärterinnen und Anwärter

Stellenanzahl

2010 **2011** **2012**

428 01

Entgeltgruppe

E15		1	1	1
E14		2	3	3
E13		1	1	1
E12		6	5	5
E11		20	20	20
E10		38	45	45
E9		17	17	17
E8		156	181	181
E7		16	16	16
E6		100	102	102
E5		442	410	410
E4		41	41	41
E3		23	23	23
Auszubild.		3	3	3
Summe :		866	868	868

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Vermerke:

4 Stellen	E8	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E8	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
4 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
2 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2006)
15 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
2 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
4 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
5 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
3 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
2 Stellen	E3	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	E14			1								+1	Übertragen von 0410 428 67; gem. tatsächlicher Besetzung
2	E12				1							-1	Übertragen nach 0410 428 67; gem. tatsächlicher Besetzung
3	E10							7				+7	Hebung aus E5 zur Einstellung von IT-Fachkräften (Digitalfunk, Leitstellen)
4	E8							25				+25	Hebung aus E5 aufgrund arbeitsgerichtlicher Urteile
5	E6			2								+2	von 1354-428 01
6	E5								25			-32	Hebung in E8 aufgrund arbeitsgerichtlicher Urteile
7									7				Hebung in E10 zur Einstellung von IT-Fachkräften (Digitalfunk, Leitstellen)
Summe:				3	1			32	32			+2	

Stellenanzahl

Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit

2010 2011 2012 beamteten Hilfskräften Arbeitnehmern

422 67 (67)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A15	Regierungsdirektoren/-innen	3	1	1
A14	Oberregierungsräte/-innen	0	1	1
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	1	1	1
A12	Amtsräte/-innen	2	3	3
A11	Regierungsamt männer/-frauen	0	1	1

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	1	1	1		
Summe :		7	8	8	0	0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	A15				2							-2	2 Planstellen übertragen nach 0410 422 01; gem. tatsächlicher Besetzung
2	A14			1								+1	1 Planstelle übertragen von 0410 42201; gem. tatsächlicher Besetzung
3	A12			1								+1	1 Planstelle übertragen von 0410 422 01; gem. tatsächlicher Besetzung
4	A11					1						+1	1 Planstelle umgewandelt von E 11 und übertragen von 0410 428 67; gem. tatsächlicher Besetzung
Summe:				2	2	1						+1	

Stellenanzahl

2010 2011 2012

428 67 (67)

Entgeltgruppe

E14	1	0	0
E12	1	2	2
E11	4	3	3
E8	1	1	1
E5	2	2	2
Summe :	9	8	8

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	E14				1							-1	Übertragen nach 0410 428 01; gem. tatsächlicher Besetzung
2	E12			1								+1	Übertragen von 0410 428 01; gem. tatsächlicher Besetzung
3	E11						1					-1	1 Planstelle umgewandelt in A 11 und übertragen nach 0410 422 67; gem. tatsächlicher Besetzung
Summe:				1	1		1					-1	

428 68 (68)	Entgeltgruppe	Stellenanzahl		
		2010	2011	2012
	E12	1	1	1
	E11	1	1	1
	E10	2	2	2
	E9	4	4	4
	E8	0	0	0
	E6	10	10	10
	E5	10	10	10
	E4	2	2	2
Summe :		30	30	30

04 Innenministerium

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2011 / 2012

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
04 01	Ministerium	2012	256	-	-	146	-	402
		2011	256	-	-	150	-	406
		2010	257	-	-	158	-	415
04 03	Geoinformationen, Landesvermessung und Liegenschaftskataster	2012	128	-	-	488	34	650
		2011	131	-	-	496	40	667
		2010	135	-	-	507	40	682
04 05	Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	2012	12	-	3	23	-	38
		2011	12	-	3	23	-	38
		2010	12	-	3	23	-	38
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	2012	6.697	-	535	903	3	8.138
		2011	6.697	-	535	903	3	8.138
		2010	6.696	-	535	902	3	8.136
Summe		2012	7.093	-	538	1.560	37	9.228
		2011	7.096	-	538	1.572	43	9.249
		2010	7.100	-	538	1.590	43	9.271

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2011 / 2012

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2012	Ministerium	04 01
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Geoinformationen, Landes- vermessung und Liegen- schaftskataster	04 03
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Brandschutz, Landesfeuer- weherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	04 05
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	04 10
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012		Summe
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		

04 Innenministerium

Hebungen 2011

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
04 01	Ministerium				1
	A12	A13 LG 2.1			
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz				6 4 2 15 6 3 25 9 4 15 20 15 7 25
	A12	A13 LG 2.1			
	A12	A13 LG 2.1			
	A12	A13 LG 2.1			
	A11	A12			
	A11	A12			
	A11	A12			
	A10	A11			
	A10	A11			
	A10	A11			
	A9 LG 2.1	A10			
	A9 LG 1.2	A10			
	A8	A10			
				E5 E5	
Summe	125	125	32	32	157

04 Innenministerium

Hebungen 2012

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz				
	A12	A13 LG 2.1			6
	A12	A13 LG 2.1			4
	A11	A12			15
	A11	A12			6
	A11	A12			5
	A11	A12			5
	A10	A11			25
	A10	A11			15
	A10	A11			15
	A10	A11			9
	A9 LG 2.1	A10			15
	A9 LG 2.1	A10			15
	A9 LG 2.1	A10			15
	A9 LG 1.2	A10			15
	A8	A10			20
Summe	185	185	0	0	185

04 Innenministerium

Umwandlungen 2011

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz						
			E11	A11			1
Summe	0	0	1	1	0	0	1